Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045, 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 22251

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 23. Mai 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 118

Deutsches Oppositionstheater in Paris

Gegensätze in der deutschen Delegation — Die Gläubigerantwort überreicht Dr. Vögler tritt zurück

(Eig. Drahtm.) Paris, 23. Mai.

Die Bedingungen der Gläubiger sind gestern nachmittag der deutschen Delegation zugegangen. Es bestätigt sich, daß sie von dem Young-Plan stark abweichen und die deutschen Vorbehalte wenig berücksichtigen. Wie groß die Mehrforderungen der Alliierten auf Jahreszahlungen sind, konnte nicht festgestellt werden. Man hat von dem französischen Delegierten Quesnay mündliche Erläuterungen zu der Jahresskala erfucht. Fest steht, daß die Zahlen von dem Young-Plan vollständig abweicht. Die Forderungen für die belgische Besatzungsmark sind erhöht. Es wird die Verpflichtung der 2,5-Milliarden-Dawes-Rate bis 1. Januar 1930 verlangt. Offen bleibt die Frage der deutschen Zusatzleistungen an die Reparationsbank. Der Betrag des ungeschützten Teiles soll herabgesetzt werden. Das belgische Moratorium ist abgelehnt worden.

Dr. Vögler will zurücktreten!

Die Telegraphen-Union berichtet, daß Dr. Vögler mit der Reichsregierung die Frage seines Austrittes aus der deutschen Sachverständigen-Delegation klären werde. Als Nachfolger wird bereits Generaldirektor Kastel, das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, genannt.

*

Die „Vossische Zeitung" erfährt über die Unstimmigkeiten in der deutschen Delegation vorhanden sind, daß anläßlich der letzten Reise Schachts und Vöglers nach dem Ruhrgebiet bei der Villa Hügel in Essen eine Konferenz mit den maßgebenden Vertretern der Schwerindustrie, Krupp, Thyssen, Silberberg, Kirdorf, Springorium, Reusch und Vögler, stattgefunden hat, auf der es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Seitens Kirdorf und Thyssen wurden Forderungen radikaler Art gemacht, während sich Krupp von Bohlen-Halbach bemühte, eine Einigung zustande zu bringen. Es ist bekannt, daß Dr. Vögler zurücktritt, so weicht er damit dem Druck seiner Auftraggeber, der großen Kapitalsmagnaten der deutschen Industrie. Diese Kreise versuchen, die deutsche Delegation im letzten Augenblick auseinanderzusprengen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Man muß sichere Mitteilungen abwarten müssen, ehe man zu dieser mehr recht ernsten Entwicklung der Dinge endgültig Stellung nimmt. Der „Vorwärts" enthält sich jeden Kommentars. Die „Germania" schreibt: „Wir halten es für verfehlt, sich im Augenblick auf Spekulationen über die Gründe dieses Rücktrittes einzulassen. Hingegen hindert nichts, dieses Ereignis als ein ernstes Symptom für die Entwicklung der Reparationsverhandlungen zu werten. Alle Stellen verfolgen die Pariser Vorgänge mit immer wachsender Besorgnis, die durch den Inhalt des Gläubigermemorandums weiter erheblich gesteigert wird. Das letzte Wort ist zwar noch nicht gesprochen, aber in ihrer jetzigen Form kann die deutsche Delegation die Vorschläge der Gläubiger schwerlich annehmen." Die „Börsen-Zeitung" spricht von „unangenehmen Gegenvorschlägen der Tributmächte. Die Annahme dieser Forderungen durch die deutsche Delegation in der vorliegenden Form könne als ausgeschlossen gelten".

Zweifelsohne sind innerhalb der deutschen Bourgeoisie Gegensätze in bezug auf die Taktik in der Reparationsfrage vorhanden, die aber keineswegs grundsätzlicher Natur sind. Der Kuhhandel wird weitergehen und, wie bisher, mit der Annahme der Forderungen der Alliierten enden.

Der fünfte Rätekongreß der Sowjetunion zur Kriegsfrage

(WTB.) Moskau, 22. Mai.

Der Rätekongreß der Sowjetunion hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Rätekongreß billigt ohne Einschränkung die Politik der Regierung und ihren unentwegten Kampf um den Frieden, der unmittelbare Kriegsgefahr einigermaßen in die Ferne gerückt und dank dem Abschluß einer Reihe neuer internationaler Verträge die friedlichen Stellungen der Sowjetunion gefestigt hat. Der Kongreß stellt fest: Die Ablehnung des Abrüstungsvorschlages der Sowjetunion durch die vorbereitende Abrüstungskommission und die Weigerung der in der Kommission vertretenen Staaten, auch nur den kleinsten Schritt in Richtung auf eine Herabsetzung der Rüstungen zu unternehmen, bestätigen wieder einmal, daß diese Staaten ungeachtet der auf Grund des Kellogg-Paktes übernommenen Verpflichtungen zum Verzicht auf Krieg in Wirklichkeit ihre gesamte Politik auf die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges aufbauen. Der Kongreß fordert die Regierung auf, neben unermüdlicher Arbeit zur Wahrung friedlicher Beziehungen zu sämtlichen Staaten auch Maßnahmen zur Festigung der Wehrfähigkeit des Landes zu treffen.

Alle SPD.-Führer tuschen vor Groener

Die „Weltbühne" über die SPD.-Führerschaft — Bei der SPD. ist Sozialismus nicht mehr zu finden

In der neuesten Nummer der „Weltbühne" vom 21. Mai befaßt sich Offiezky Stellung zur sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung bei den letzten Reichstagswahlen und zu dem Verbot des „Volksblatt" und „Volksbote", die sonst sehr gern diverte Artikel der SPD. gerichtete Artikel dieses Organs abdrucken, werden wahrscheinlich unterlassen, den sozialdemokratischen Artikel zu berichten. Wir wollen deshalb nicht verfehlen, einen Auszug aus diesem Artikel zu zitieren.

„Koalitionspolitik seit dem 20. Mai 1928 schreibt u. a.:

Die Sozialdemokratie hat nicht viel versprochen, das Wenige aber mit Posaunenstärke, und dies Wenige hat die zur Regierung gekommene Führersippe von Anbeginn mit einer Unverfrorenheit verleugnet, für die sich auch in den an Skandalen Katastrophen so überreichen Geschichte des Parlamentarismus schwerlich eine Parallele finden läßt (!) . . . Ihre Genossen haben in allen Stücken das ausgeführt, was bürgerliche Minister sich zu tun gescheut hätten (!) . . . Hermann Müller hat die Regierungsbildung mit einer Intrige betrieben, die ihn als Dorfschulzen unmöglich machen müßte. Hilferding murkst an dem Etat und macht vor den Agrariern schön, Herr Severing fuscht vor der Schwerindustrie, und alle zusammen tuschen sie vor Herrn Groener (!) . . . Die Aera des Herrn v. Keudell erscheint, gemessen an der gegenwärtigen des Herrn Severing, wie die eines Liberalen, vor starker Hand geschirmten Liberalismus!"

Zum Maimorden in Berlin:

Sozialismus bei der Sozialdemokratie suchen, nein, das ist, von einem Brombeerbusch Bananen verlangen. Der „Vorwärts" z. B. ist das einzige deutsche bürgerliche Blatt Berlins . . . hat nicht gegen den konzentrischen Angriff der Berliner Polizei auf die Berliner, der „Vorwärts" den fettesten Schwindel über Attrocitäten Kommunisten publiziert, während sich bürgerliche Blätter Reserve zurückhielten? . . . Wir haben ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten. Ganz ergebnislos ist dieses eine Jahr sozialdemokratischen Sieges doch nicht gewesen. Die bürgerlichen Regierungen spannten schamhaft und voll chevaleresker Hemmungen noch das Reichsgericht an, das ist eine vergangene Epoche. Heute ruht das Ausnahmegesetz im Gummiknüppel jedes Schutzpolizisten!"

Das Verbot des RFB. bezeichnet Offiezky als „eine wahrhaft provokatorische Dummheit". Und wenn der Staat sich auf seinen weisheitsschweren Kopf stellt: eine junge vitale Bewegung läßt sich nicht das Recht auf die Straße nehmen. Wenn die Konsistorialräte der SPD. nicht die Geschichte der eigenen Partei vergessen hätten, würden sie nicht auf den absurden Gedanken kommen das zu verbieten, was nicht verboten werden kann . . . Die sozialdemokratischen Führer haben es sich auf der anderen Seite der Barrikade bequem gemacht und starren unheilvoll fasziniert auf die Gefahr von links . . . Das Kommunistengesetz muß fort . . . Sonst wird eines traurigen Tages der in der Stille gewachsene Faschismus da sein und das Präsentieren spielen!

Die sozialdemokratischen Arbeiter erhalten hier aus dem Munde eines bürgerlichen Intellektuellen eine immerhin treffende Charakterisierung ihrer Führer. Es liegt an der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, wie lange sie sich noch in solcher Gesellschaft wohlfühlen oder ob sie es vorziehen, gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern zu kämpfen.

Kommunistischer Bürgermeister in Straßburg

(Eig. Meld.) Straßburg, 22. Mai.

Nach den französischen Departements-Wahlen, die den Kommunisten und Autonomisten besonders im Elsaß starke Erfolge brachten, fand am Sonntag in Straßburg die Sitzung des neuen Gemeinderats statt. Mit 18 Stimmen wurde der Genosse Hueber zum Bürgermeister von Straßburg gewählt.

Die Hand Moskaus und das Ohr Berlins

Von D. Sasiawski (Moskau)

Mit erstaunlicher Tiefsinnigkeit behauptet die bürgerliche Presse, daß bei den Berliner Mai-Ereignissen „die Hand Moskaus sichtbar sei". Aber was ist denn das eigentlich, die Hand Moskaus? Als altrussische Patrioten vor hundert Jahren ausriefen: „Die Hand des Höchsten hat das Vaterland gerettet!", war das zwar eine mystische, aber jedenfalls eine durchaus verständliche Hand. Es war die Hand Gottes, der alles weiß, alles kann und allgegenwärtig ist. So eine Hand vermag alles.

Und was ist die „Hand Moskaus?" Nach der alten klassischen Auffassung ist das ein gefälschtes Komintern-Dokument. In Moskau unterschreibt „eine Hand" ein Papierchen und — eins, zwei, drei! — ist in Berlin, London und Paris der Aufstand fertig. „Hier zeigt sich die Hand Moskaus", vor kurzem noch hieß das: Eine neue Fälschung ist gerade in Arbeit.

Aber in diesem klassischen Sinne ist die „Hand Moskaus" doch schon etwas kompromittiert, und vor allem gerade in Berlin. Mit einem Papierchen aus Moskau kann man in Berlin keine großen Sprünge machen. Das Publikum verlangt stärkere Beweise für die Allgegenwart der Sowjets, für deren Allmacht und Allwissenheit. Und jetzt liegen diese Beweise vor.

Völlig objektiv belegt durch Angaben der deutschen bürgerlichen Presse und keineswegs durch irgendwelche Winkelblätter: des „Berliner Tageblatt", des „Vorwärts" des „8-Uhr-Abendblatt", kann ich berichten, wie die Hand Moskaus in Tätigkeit trat. Zwar werde ich Geheimnisse der Komintern verraten, aber die sind ja sowieso schon enthüllt, und was soll man sich da noch zieren?

Also, sofort, nach dem bekannt wurde, daß Zörgiebel die 1.-Mai-Demonstration in Berlin verbot, reisten sieben Mann aus Moskau ab. Es war das, um nicht zu lügen (aber auch lügen ist keine Sünde), am 27. oder 28. April. Diese Leute fuhren unter falschem Namen nach Berlin, konspirierten unterwegs sehr angestrengt, aber kann man vor Zörgiebel irgend etwas geheim halten? Sie hatten noch nicht einmal die Reisekleider gewechselt und schon hieß es in den Zeitungen, daß drei Generalstäbler und drei Tschekisten aus Moskau herbeigeeilt seien, der siebente aber das sei Manuilski selbst.

Das Bild änderte sich sofort. Nach dem Verbot Zörgiebels begibt sich keiner der kommunistischen Berliner Arbeiter auf die Straße, und niemand wagte es auch nur, soviel wie die Nasenspitze sehen zu lassen. Schließlich ist doch bekannt, was für gehorsame, wohlerzogene Leute die fortgeschrittenen Berliner Arbeiter sind. Sie machen ausschließlich das, was ihnen Zörgiebel erlaubt. Aber da kamen Manuilski und drei Tschekisten und noch drei Generalstäbler angereist, und Manuilski befahl sofort: „Marsch, auf die Straße!" Was sollen nun die Berliner Arbeiter machen? Sie würden ganz gern nicht auf die Straße gehen, aber „die Hand Moskaus" führt sie. Die Lage ist verzweifelt, und es gibt in der Tat keinen Ausweg. Geht man auf die Straße, so erschießen einen die Sozialdemokraten Zörgiebels, bleibt man zu Hause, so erschießen einen die Tschekisten. Die Berliner Arbeiter überlegten sich: Was ist fürchterlicher — die Panzerwagen und Maschinengewehre der gesamten deutschen Polizei oder die Mauser der drei Tschekisten? Natürlich sind die Tschekisten mehr zu fürchten. Die Arbeiter weinten, aber marschierten in den Kugelregen der wackeren Polizisten Zörgiebels. Manuilski befahl, die Generalstäbler gaben Anweisungen, und die Tschekisten drohten mit ihren furchtbaren Mausern. So und nicht anders — beglaubigte Abschrift — wird das Bild der Maitage in der Berliner bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse dargestellt.

Es versteht sich von selbst, daß Zörgiebels Spione sich die Beine abliefen, um Manuilski und sein Expeditionskorps zu finden, das zur Eroberung Deutschlands entsandt worden war. Aber hier zeigte sich plötzlich wieder die Göttlichkeit der „Hand". Als ob der Erdboden sie verschlucht hätte! Ganze Stadtteile wurden abgesperrt, Säuglinge durchsucht, auf allen Bahnhöfen wurden besondere Wachen aufgestellt — nicht die geringste Spur. Weder Tschekisten noch Generalstäbler, weder Manuilski, noch Manuilskis Pfeife.

Und plötzlich kam man dennoch „auf die Spur Tarassows!" Feierlich, mit den größten Schlagzeilen, teilten die Zeitungen, darunter auch der „Vorwärts", mit, daß in Warschau ein verdächtiger Mann von „elegantem Aussehen" (Aha!!) festgenommen wurde. Er lenkte die Aufmerksamkeit dadurch auf sich, daß er nach dem Wege nach Moskau oder nach der Abfahrt des Moskauer Zuges fragte (Hm!). Er wurde durchsucht; man fand bei ihm einen Plan von Berlin (also doch!) und — man höre! — eine Liste von Mitarbeitern der führenden kommunistischen Organisationen von Berlin. Aber er hatte nicht nur eine mormorne Büste Lenins um den Hals gehängt und ein Denkmal von Karl Marx in der Westentasche. Auch alles andere, das man bei ihm fand, diente zu seiner Ueberführung. Er nannte sich Jan Kredetski (Haha!). Aber es stand über jeden Zweifel klar, daß das und niemand anders als Manuilski war . . . Die Zeitungen teilten mit, daß die deutsche Regierung sofort anfragen ließ, wer dieser fürchterlich verdächtige Mensch wirklich sei.

*

Ich habe getreulich alles mitgeteilt, was ich über die Taten der „Hand Moskaus" finden konnte. Mehr weiß ich nicht und mehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0001

wissen auch die Spione Zörgiebels nicht. Aber ich gestatte mir, mich in diesem Feuilleton vertrauensvoll an Zörgiebel mit dem Rat und dem Hinweis zu wenden: „Herr Zörgiebel, Ihre Spitzel sind nichts wert, Ihre Sozialdemokraten sind dumm wie ein Pfropfen. Sie haben Manuilski auf einer falschen Spur gesucht. Es gibt bei Ihnen Polizisten, die als Scharfschützen auf unbewaffnete Arbeiter Erkleckliches leisten, auch gibt es bei Ihnen nicht schlechte Polizisten. Aber Ihr geheimer Aufklärungsdienst ist unter jeder Kanone. Zörgiebel, was machen Ihre Moskauer „Informatoren"? Sie werden für nichts bezahlt und sehen nicht, was man unter Ihrer Nase macht. Sie hätten Manuilski noch jahrelang in allen Weltteilen, auch in Berlin, Paris, Neuyork usw. suchen können, ohne ihn zu finden. Wenn Sie in Moskau wirkliche Informatoren und nicht Schlafmützen hätten, so hätte man Ihnen rechtzeitig mitgeteilt, daß bis zum 30. April einschließlich in Moskau eine Parteikonferenz stattfand, daß Manuilski im Präsidium dieser Konferenz saß, überhaupt sahen ihn in diesen Tagen in Moskau Hunderte und Tausende. Er verbarg sich nicht, seine Anwesenheit war kein Geheimnis und somit war es nicht besonders schwer, herauszubekommen, wo Genosse Manuilski am Vorabend des 1. Mai sich befand.

„Ja, wendet Zörgiebel ein, am Vorabend . . . Aber am 1. Mai selber? Wir kennen diese „Hand Moskaus". Heute ist sie hier und morgen schon dort.

Aber Ihre „Informatoren" erweisen sich auch hier wiederum als Schlafmützen. Am 1. Mai konnte man Genossen Manuilski auf dem Roten Platz sehen, wo Hunderttausende ihn sahen. Er stand an sichtbarer Stelle und hatte nicht nur eine „Hand Moskaus", sondern deren ganze zweie in seinen Taschen. Wie konnte Ihnen das entgehen? Wo waren Ihre Augen? Mußte man die Berliner Bullen drei Tage lang, Tag und Nacht, herumjagen, ganze Bezirke abriegeln, Kinderwagen durchsuchen, um Genossen Manuilski zu finden?

Ja, wird Zörgiebel einwenden, tagsüber war er in Moskau auf der Parade, aber wo war er abends? Die „Hand Moskaus", Gott weiß, was die alles kann . . .

*

In den Berliner Ereignissen sieht die bürgerliche und sozialdemokratische Presse die „Hand Moskaus". Es ist zwecklos, ihnen das auszureden. Der vor Schreck wildgewordene Kleinbürger schenkt der Stimme des gesunden Menschenverstandes kein Gehör. Er heckt die dümmsten Märchen aus, wie die Geschichte mit den drei Tischlerlisten, und erschrickt vor ihnen, nachdem er sie selber in die Welt gesetzt hat. Aus der beschränkten, klassenmäßig bestimmten Vorstellung des Kleinbürgers verwandelt sich dieser in einen „ihrantenlosen" Esel. Diese Eselsohren sehen wir in der Berliner sozialdemokratischen Presse; aber wir schreiben diesen Ohren keine göttlichen Attribute zu. Es sind eben nichts als ganz gewöhnliche Eselsohren.

23.5.29

Wer betreibt Arbeiterverrat im Leuna-Werk?

Am Sonnabend schrieb darüber der „links"sozialdemokratische „Volksbote", Zeitz. Diesen Verrat sollen nach seiner Meinung die kommunistischen Arbeiterratsmitglieder begangen haben. Die Bergholz und Konsorten, die aus Tradition gewerbsmäßige Arbeiterverräter sind, die sich einsetzen für das Wehrprogramm — die sich gegen das Volksbegehren zum Panzerkreuzerbau gewehrt haben, die den neuen Steuern des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding zustimmen, die einem Reichswehrminister Groener das Vertrauen aussprechen, dieselben sogenannten „linken" Sozis, die das Blutbad Zörgiebels an der Berliner Arbeiterschaft gutheißen — sie wollen den Kommunisten Arbeiterverrat nachreden. Diese armen Schluder, die zu solchen Methoden greifen müssen, um ihre Mitglieder an der Stange zu halten!

Wie sieht nun der kommunistische Arbeiterverrat aus?

Als im Jahre 1921 die Leuna-Arbeiter durch die Hörsing-Garden niedergeschlagen, die Kommunisten aus dem Werk entfernt waren, schlossen die Sozialdemokraten — Daniel, als Arbeiterratsvorsitzender, und die Gauleiter Schneider und Tolski des Fabrikarbeiterverbandes mit der Leuna-Direktion eine Arbeitsordnung ab, die eine Zuchthausordnung ersten Ranges ist. In ihr sind auch Strafbestimmungen enthalten, die es der Werksleitung allein überlassen, ihre Arbeitsbienen zu bestrafen, wie es ihnen beliebt. Die Protokollnotiz besagt:

„Die Vertragsschließenden stimmen überein, daß die Anwendung der Ordnungsbestimmungen im Einzelfall Sache der Werksleitung ist."

Die Strafen nahmen in letzter Zeit überhand und so wurde in der letzten Arbeiterratssitzung des alten Arbeiterrats ein Antrag folgenden Inhalts einstimmig angenommen:

„Bei Festsetzung von Strafen nach § 33 hat der Arbeiterrat mitzuwirken. Die Strafe darf erst zum Abzug gelangen, wenn eine Einigung über die Höhe zwischen dem Arbeiterrat und der Werksleitung erfolgt ist."

Dieser Antrag war von der SPD. eingebracht worden.

Der Betriebsausschuß war beauftragt, diesen von der SPD. eingebrachten und vom Gesamtarbeiterrat einstimmig angenommenen Antrag bei der Werksleitung zu vertreten. In einer Besprechung der Werksleitung mit dem Betriebsausschuß, an welcher die SPD.-Leute Walter und Dietz teilnahmen, wurden Vorschläge gemacht, wie die praktische Mitwirkung des Arbeiterrats in Zukunft aussehen soll.

Unsere Genossen Schmitt und Lehmann gaben der Werksleitung unzweideutig zu verstehen, daß sie grundsätzlich gegen jede Strafe sind, und daß ihre Stellungnahme immer von den jeweiligen Kräfteverhältnissen abhängt. Das Fazit dieser Aussprache wurde schriftlich festgehalten und als Entwurf dem Arbeiterrat zur Beratung vorgelegt. Alle vier Betriebsausschußmitglieder waren sich darüber einig, daß dieser Entwurf vollkommen dem SPD.-Antrag entsprach.

Doch die SPD.-Fraktion unter Walter und Tenhagens Führung haben nichts anderes zu tun als den Kommunisten Knüppel zwischen die Beine zu werfen, um der Werksleitung damit zu nützen. Am Tage der Arbeiterratssitzung ging Walter, aufgefordert von Tenhagen, zu dem Prokuristen Dr. Höing und entschuldigte sich schon im Voraus bei ihm, daß er in der Sitzung eine andere Stellung einnehmen müsse. Er hat die Werksleitung, an dieser Sitzung teilzunehmen. In der Sitzung wurde dieser Entwurf mit 20 gegen 17 Stimmen angenommen. Die SPD.-Fraktion stimmte jetzt plötzlich dagegen, obwohl sie genau wußte, daß durch diesen Beschluß für die einzige Strafe mehr ausgesprochen werden kann, wenn nur der Betriebsausschuß auf dem Posten ist.

Die kommunistische Mehrheit des Arbeiterrats bürgt außerdem dafür, daß sie keiner Strafe zustimmen wird.

Die Zukunft wird ja lehren, wie sich die SPD. in ihrer jogenannten Oppositionsstellung zu den Strafen stellen wird. Aber eins steht wir der Arbeiterschaft von Leuna jetzt schon sagen: die SPD. wird getreu ihrer Politik sich immer auf die Seite des Unternehmertums stellen. Der beste Beweis dafür, wie die Werksleitung die Kommunisten einschätzt, ist die Tatsache, daß bei allen größeren Entlassungen der letzten Jahre vorwiegend Kommunisten entlassen wurden.

Bei den jetzigen Entlassungen sind wieder acht Kandidaten der oppositionellen Liste dabei.

Ueber die demagogische Stellungnahme der SPD. im Werk in Verbindung mit ihrer verbrecherischen, unternehmerfreundlichen Politik im Reichsmaßstabe ein Urteil zu fällen, das überlassen wir in aller Ruhe jedem aufrecht und ehrlich denkenden Arbeiter.

Zur Neuwahl des Betriebsrats für Messingwerk Hettstedt

Hettstedt, 22. Mai

A.-K. In der „Mansfelder Volkszeitung", einem Ableger des hallischen „Volksblättchens", speit der Reformist Sauer gemeinsam mit dem Renegaten Weber Gift und Galle gegen die Kandidaten der roten Oppositionsliste 4. Die Messingwerkarbeiter werden an diesem Geschreibsel immer mehr erkennen, was für ein Kind Weber ist, da aus dem Bericht klar hervorgeht, daß Weber kommunistische Arbeiter bei den Reformisten anzuzeigen hat als er noch Parteimitglied war. Die Reformisten stellen Weber das beste Zeugnis aus. Offen wird zugegeben, er schon längst ein Brandlerianer sei, dessen Weg zu den Reformisten führen mußte. Das zeigt der Beleggschaft erneut, daß kein Vertrauen mehr zu derartig schwankenden Elementen haben kann. Sie wird es begrüßen, daß die kommunistischen Arbeiter den Ausschluß von Weber aus der Partei fordert haben und die KPD. denselben vollzogen hat.

Mit offenen Armen wird Weber von der Partei der Sozialfaschisten empfangen und in Schutz genommen.

Damit bestätigt sich das alte Sprichwort von August Bebel „Wenn mich meine Gegner loben, so habe ich zu mindestens Schlimmes angangen". Jawohl, wir geben offen zu, daß Weber vor das Forum der Betriebszelle geladen war, um seine reformistischen Schandtaten zu verantworten. In der KPD. können, das sagen wir den Leute nicht mehr Mitglied sein, wie in der SPD., wenn die Arbeiter den Ausschluß wegen bewiesener Schädigung von Arbeiterinteressen aus der Partei fordern.

In der Betriebszellensitzung versuchte Weber, anstatt wie nun einmal ist, durch die Latten zu kriechen, um mit seiner Zeit zu gewinnen.

Er verpflichtete sich sogar, die Belegschaftsversammlung zu berufen, in der Genosse Schlag sprechen sollte. Was hat er jedoch getan? Gleich am anderen Morgen setzte er sich mit dem Gewerkschaftsbürokraten Sauer in Verbindung und forderte dessen Anwesenheit in der Versammlung. In der Versammlung lehnte er es ab, wie ja auch die Reformisten schreiben, das er dem Genossen Schlag zu erteilen, weil das gegen die „gesetzlichen Bestimmungen" verstoße und die Mansfeld A.-G. für ihm Miete für den Versammlungsraum zahlte! Inzwischen ist wir festgestellt, daß der Raum überhaupt nichts kostet. Es ging ihm lediglich auf seine Position an, nicht auf die Belegschaftsinteressen.

Inzwischen ist den Kandidaten der roten Liste von den Reformisten der Ausschluß aus dem Verband angedroht worden, falls sie nicht von der Liste zurücktreten. Die Kandidaten werden nicht den Weg eines Weber gehen, sondern werden gemeinsam mit der Belegschaft den Kampf gegen die Ausschlußtaktik der Rötzlich-Konsorten aufnehmen. Die Gewerkschaftsbürokraten werden es überlegen müssen, ob sie auch im Mansfeldischen den DMV. kaputt wollen. Die Belegschaft wird dann die Antwort nicht schuldig bleiben. Allen klassenbewußten Arbeitern und Arbeiterinnen rufen wir zu:

Am Wahltage keine Stimme dem Reformisten Weber und Gesinnungsgenossen!

Keine Stimme dem Stahlhelm und den Christlichen!

Alle Stimmen der oppositionellen roten Liste Nr. 4!

Leipziger Straßenbahnerwahl ungültig!

Renegaten und Reformisten fälschen das Wahlresultat

Das Arbeitsgericht Leipzig hat am 15. Mai die Betriebsratswahl bei der Großen Leipziger Straßenbahn für ungültig erklärt. Aus der Urteilsbegründung heißt es, daß die vorliegenden 66 eidesstattlichen Versicherungen, wonach 66 Belegschaftsmitglieder erklärten, für die Liste 4 (Opposition) gestimmt zu haben, gelesen und gleichzusetzen sei. In den Wahllisten seien aber nur 44 Stimmen für die Liste 4 aufgeführt, ohne daß der Wahlvorstand in der Lage sei, über die Differenz von 21 Stimmen Aufschluß zu geben.

Also selbst das bürgerliche Arbeitsgericht muß hier eine Wahlfälschung der rechten Renegaten mit den Reformisten feststellen. Auf Grund desselben war es diesen Leuten trotz des Sieges der Opposition bei der Betriebsratswahl noch möglich, den Vorsitz im Betriebsratsvorsitzenden mit einem Brandlerianer zu besetzen. Die Opposition wird in dem neuen Wahlkampf erneut mit einer eigenen Liste auftreten. Ihr Sieg über die Einheitsfront der reformistischen und brandleristischen Wahlfälscher ist sicher.

„Aus wilhelminischem Geist geboren"

Eine christliche Stimme zum RFB.-Verbot

„Das Neue Volk", die Zeitung der Christlich-Sozialen, fällt zum RFB.-Verbot und dem Maimord folgendes aus:

„Wir müssen auch wieder feststellen, daß ohne das Blutvergießen des Maiumzuges durch einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten das Blutvergießen unmöglich war . . .

Die SPD. sollte aber aus ihrer eigenen Geschichte so viel gelernt haben, daß Sozialistengesetze das Gegenteil bewirken.

Dieses Verbot ist aus dem Geiste und der Methoden des wilhelminischen Zeit geboren: mit der Macht der Bajonette mit Bajonetten Ueberzeugungen niederzuknüppeln . . .

Diese Sprache einer gewiß nicht kommunistenfreundlichen Bürgerpresse sticht immerhin wohltuend von den kakianischen nationalistischen Erzeugnissen der sozialfaschistischen Mörderpresse

Sozialdemokratie gleich kapitalistischer Staat

Ein bemerkenswerter Beschluß des Dresdener Amtsgerichtes — Neues Schanddokument der deutschen Klassenjustiz!

Va SReg 963/29 Nr. 1
zu B 1 759/29

Abschrift!

Dresden, den 13. Mai 1929.

Preßsache!

Beschluß

1. In der Strafsache gegen den unbekannten Verfasser der Druckschrift „Blutige Maitage in Berlin" von Werner Hirsch, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin, wegen

Hochverrats, Gefährdung des öffentlichen Friedens

wird hiermit auf den Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden die

Beschlagnahme

der vorbezeichneten Druckschrift verfügt.

Nach dem Inhalt der erwähnten Druckschrift, deren entgeltliche bzw. unentgeltliche Verteilung begonnen hat, wird mehr oder weniger verkappt zur gewaltsamen Aenderung der Verfassung des Deutschen Reiches aufgefordert und es werden in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt. So heißt es u. a. Blatt 27: „Zörgiebel handelt im Auftrage der Sozialdemokratie"

„Das Verbrechen Zörgiebels war nicht das Verbrechen eines einzelnen Mannes. So sehr gerade dieser Mann, der gleich Noske den Typ des ehemaligen preußischen Feldwebels zu repräsentieren scheint, für seine Rolle als Einthund alle notwendigen Eigenschaften mitbrachte, die skrupellose Brutalität, wie die dumpfe, borniierte Roheit, so wenig ist das Problem des vergessenen Arbeiterblutes Berliner Maitage lediglich ein Problem Zörgiebel."

Blatt 28:

„Die SPD. wollte das Blutvergießen"

Blatt 29:

„Die KPD. und der bewaffnete Aufstand

Die Kommunisten haben es nicht nötig, mit ihren Absichten und Plänen Versteck zu spielen. Die Kommunistische Partei ist eine revolutionäre Partei und sie macht keinen Hehl daraus, daß ihr Ziel der Umsturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung der proletarischen Diktatur als Vorbedingung für den Sozialismus ist.

Blatt 32:

„Gerichtet ist, wer in den Betrieben es wagt, sich zur Partei Zörgiebels, zur Partei des Arbeitermordes zu bekennen!"

Verbrechen nach § 81, Ziffer 2, RStGB. und 86 RStGB.

Hierdurch und weil die Druckschrift als Beweismittel für das begangene Verbrechen bzw. Vergehen dient und der Einziehung unterliegt, rechtfertigt sich die verfügte Beschlagnahme. (§§ 94, 98 RStPO.)

Das Amtsgericht Dresden, Abt. V
gez. **Busch**

2. p. p.

Ausgefertigt, den 13. Mai 1929.
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Dresden, Abt. V, Dresden."

Stempel.

Ein wahrhaft klassisches Dokument! Die „Beleidigung" der Sozialdemokratie, die Feststellung des Verbrechens von Zörgiebel bedeutet für die deutschen Gerichte Hochverrat, Gefährdung des öffentlichen Friedens. Das Verwachsen der Sozialdemokratie mit dem kapitalistischen Staatsapparat, mit dem kapitalistischen Staate selbst wurde noch nie in so offenherziger Weise anerkannt, wie in dem vorliegenden Beschlusse des Dresdner Amtsgerichts. Wir werden bald erleben, daß jede Feststellung in der kommunistischen Presse oder in revolutionären Eingaben und Zeitschriften über die Verbrechen der SPD. den Staatsanwälten und Gerichten zur neuen Verfolgung, zu neuen Verboten und Unterdrückungsmaßnahmen Anlaß geben wird.

Früher galt Majestätsbeleidigung als Hochverrat, heute Beleidigung der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Der Fortschritt ist nicht minder groß als von Jagows Plakaten „Halt! Wer weitergeht, wird erschossen!" bis zu Zörgiebels „Halt! Hier wird geschossen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0002

Bildlicher Aufruf zum SPD.-Parteitag in Magdeburg

„Trotz Verbot, Rot Front marschiert"

Eingeständnis und neue Verbotshetze eines SPD.-Blattes

Die Pfingstaufmärsche der revolutionären Arbeiterschaft in Deutschland veranlassen die sozialdemokratische Presse zu einer Hetze zum Verbot der KPD. Die sozialdemokratische „Volkswacht" in Essen berichtet zunächst in ihrer Art über den dort stattgefundenen grandiosen Aufmarsch der Arbeiterschaft des Rheinlandes. Sie lügt die Teilnehmerzahl von 35 000 auf 7000 bis 8000 herab, reimt dann allerhand dummes Zeug über „die wahnsinnigen Ideen der KPD.-Führer vor der eigenen Anhängerschaft, die genau wissen, Berlin ganz sicher mit einer katastrophalen Massenkundgebung vorbereitet hätte", zusammen und muß dann wider Willen bekennen:

„Berlin, wir sind aufrichtig genug (?), ganz offen zu bekennen, daß das bolschewistische Rhein- und Ruhrtreffen einige Tausend Menschen mehr in Bewegung brachte, als frühere KPD.-Kundgebungen." (!)

Dann widerlegt die „Volkswacht" ihren Schwindel von 7000 Teilnehmern selbst, da schon sehr oft in Essen Kundgebungen mit 7000 Teilnehmern und darüber stattgefunden haben. Dafür klagen Genossen Severing und Grzesinski einen verständnislosen Staat noch brutalerem Vorgehen und Verboten, indem sie:

„Einen großen Erfolg haben die Arrangeure des bolschewistischen Rhein- und Ruhrtreffens zu verzeichnen: sie haben es verstanden, das Rot-Front-Verbot zu umgehen und den Beschluß in der kommunistischen Ruhrpresse verkündeten Wahlmaßnahmen: „Trotz Verbot — wir marschieren!!"

Nach diesem Zitat spricht die ganze Wut über die gelungenen Pfingstaufmärsche. Ein Ansporn mehr, immer neue Massen zum Rot Front zuzuführen.

Krach im Erfurter Reichsbanner

SPD.-Arbeiter rebellieren gegen Polizei-Sozialismus

Die Mitgliederversammlung des Erfurter Reichsbanners in der Woche kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über den Zörgiebels am 1. Mai in Berlin. Die oppositionelle Stimmung der Mitgliedschaft machte sich schon dadurch bemerkbar, daß kaum 10 Prozent derselben in der Versammlung waren. Trotzdem die anwesenden Bonzen eine wüste Hetze entfachten, um von den Blutaten ihres Zörgiebels zu retten, ließen sich die anwesenden Reichsbanner-Arbeiter durch derartige Hetze nicht einlullen. Eine ganze Reihe von Rednern beteiligte in der Diskussion das Vorgehen Zörgiebels auf das schärfste. Sie bezeichneten es als eine Niedertracht, wenn ein Arbeiter am 1. Mai den Arbeitern die Straße verbiete. Als die Debatte immer erregter wurde, stellte sich der Vorsitzende der Arbeiter und drohte ihnen mit Zusammenstutzen, wenn sie Ruhe hielten, d. h., wenn sie ihre Kritik an dem Verhalten Zörgiebels nicht unterließen. Die Mißstimmung der vielen Reichsbanner-Arbeiter wuchs dadurch noch stärker und sie äußerten sich in langen und heftigen Diskussionen noch nach der Versammlung bemerkbar.

Vorgänge sind gleich denen in der Kölner Künstler-Vereinigung in der der Frankfurter SPD.-Funktionäre ein Zeichen wachsenden Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über den Polizei-Sozialismus. Doch es kann zu nichts führen, wenn die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter glauben, sie auf den Weg des Klassenkampfes zurückführen zu können, nämlich die sozialdemokratische „Volksstimme" in Essen M mitteilen muß, haben ihre oppositionellen Genossen Briefen versandt, aus dem die „Volksstimme" u. a. folgendes zitiert:

„Man verbietet den Rotfront-Bund, dessen Mitglieder auch an der Seite mit unseren Reichsbanner-Kameraden gestanden haben."

Es bescheinigt, daß die „Volksstimme" von einer „kommunistischen Opposition" spricht, die sich in der Gewerkschaft bemerkbar mache, nur weil die letztere zu begreifen beginnt, daß die Politik ihrer Führer nur für der Bourgeoisie liegt. Aber weder mit dieser Verdächtigung noch mit oppositionellen Rundschreiben kann die Politik der SPD.-Führer bekämpft werden. Es wird, daß man konsequent mit dem Reformismus und in die Reihen der KPD. eintritt.

Kerkermauern gesprengt, um mit dem revolutionären Proletariat zu demonstrieren!

Die politischen politischen Gefangenen Georg Schneider, Rudolf Preuß, Otto Erdmann, die in der Festung Gollnow sitzen, dem Kommunistischen Pressedienst aus Essen mitteilen:

„Empört auf das Verbot des Internationalen Treffens der Bergarbeiter in Hamburg rief in allen Bezirken Deutschlands die Kommunistische Partei das revolutionäre Proletariat zu Roten Pfingsten auf.

Am Tage bringt der Kampfruf gegen das Zörgiebel-Verbot in die Kasematten der kapitalistischen Justiz, holt der Tritt der Arbeiterbataillone auch an die Tore der Klassenjustiz Eingekerkerten. Keine Schikanen der Kerker, keine Verfolgungen konnten uns politischen Gefangenen der Festung Gollnow hindern, zum Roten Pfingsttreffen unsere Klassenbrüdern in Essen zu demonstrieren.

Wir versprechen gemeinsam für die Verteidigung der sozialistischen Revolution, gegen den Imperialismus und seine sozialdemokratischen Mörderpartei, gegen die weiße Klassenjustiz.

Unentwickelten Proletariat ein kräftiges Rot Front!

Die politischen Gefangenen Gollnows.

Gez.: Georg Schneider, Rudolf Preuß, Otto Erdmann."

Zörgiebel fürchtet die Wahrheit

(Eig. Meld.) **Berlin**, 22. Mai.

Die Nummer der „Weltbühne" veröffentlicht folgenden Brief Zörgiebels an die Polizeiviereie gesandt hat:

„Der Liga für Menschenrechte wurde ein Ausschuß von Pressevertretern usw. gebildet, zwecks Klärung der Vorgänge vom 1. bis 3. Mai. Ich unterlage allen Beamten, Angestellten und Arbeitern, dem Ausschuß irgendwelche Aufschlüsse zu

Der Polizeipräsident. gez.: Dr. Mosle."

Die Liga für Menschenrechte hat es bekanntlich abgelehnt, in den Untersuchungsausschuß der Maivorgänge einzutreten, weil sich kommunistische Reichstagsabgeordnete angehören und weil den obigen besonderen Untersuchungsausschuß gebildet. Die Ergebnisse der Untersuchungen dieses gewiß nicht unparteiischen Ausschusses fürchtet der Polizeisozialist wie Bewußtsein seiner Blutschuld an der Arbeiterschaft. Ist der Befehl Zörgiebels geeignet, den „demokratischen" Herren von der Liga für Menschenrechte etwas zu

Sie beschuldigen sich gegenseitig

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 23. Mai.

Die Vorgänge am 1. Mai in Berlin gibt Kommandeur Heimsberg von der Berliner Schutzpolizei in dem führenden Organ „Die Polizei" eine Darstellung, in der, entgegen den Erklärungen Grzesinskis im Preußischen Landtag, zugegeben wird, daß die Polizei bereits am Vormittag scharf geschossen hat und nicht erst am späten Nachmittag. Nach Angabe Heimannsbergs wurden 51 Beamte verletzt, davon aber nur in einem Falle durch einen Pistolenschuß durch die rechte Hand, die anderen lediglich durch Steinwurf, Schläge und Fußtritte zu Fall gekommener Beamten. Nur noch neun Beamte befinden sich im Krankenhaus.

Es wird immer schöner bei der Reichswehr

(Eig. Meld.) **Berlin**, 22. Mai.

Nach dem Bericht der „Weltbühne" hat das Reichswehrministerium vor etwa zwei Monaten eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Spionage in Groß-Berlin errichtet, die vornehmlich die Aufgabe hat, das dienstliche und außerdienstliche Leben und Treiben von Personen zu bespitzeln, die der republikanischen Gesinnung und pazifistischen Tendenzen verdächtig sind. Herr Groener, der Koalitionsbruder der SPD.-Minister, hat als Chef dieser Spionagezentrale den berüchtigten Oberleutnant der Marine Proske eingesetzt, gegen den eine ganze Anzahl u. a. auch kriminneller Verfahren laufen. Proske war auch in die bekannten Kieler Munitionsschiebungen verwickelt. Er ist also der geeignete Mann.

Zum Streik der Gemeindearbeiter in Frankfurt

Am Sonnabend, dem 18. Mai, stellten in Frankfurt am Main die Arbeiter der sogenannten Kämmereibetriebe (Müllabfuhr, Straßenreinigung usw.) die Arbeit ein. Am Pfingstfeiertage wurde jedoch die Arbeit teilweise wieder aufgenommen. Die Ursache für dieses Streikmanöver der Verbandsbürokratie war, daß der Darmstädter Schiedsspruch, der zur Lohnbewegung gefällt worden war und den die Gewerkschaftsleitung annahm, der Arbeitgeberverband ablehnte, durch den Spruch des Berliner Zentraltarifamtes noch verschlechtert wurde. Nach dem Darmstädter Spruch sollte eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig für gelernte Arbeiter vor, für angelernte 2 Pfennig und für ungelernte 1 Pfennig pro Stunde für Beschäftigte über 24 Jahre und eine Laufdauer des Tarifes von zwei Jahren. Dieser Berliner Schiedsspruch wurde mit 85 Prozent der Stimmen von den Gemeindearbeitern abgelehnt und der Streik in oben genannten Betrieben beschlossen.

Noch am Sonnabend haben neue Verhandlungen in Darmstadt stattgefunden, die zu einer Einigung der Gewerkschaftsbürokratie mit dem Arbeitgeberverband führten. Die im Berliner Spruch festgelegten Lohnsätze bleiben bestehen, lediglich die Laufdauer des Tarifes wurde von zwei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt. Auf Grund dieses völlig ungenügenden Resultats wurde von der Verbandsbürokratie der Streik bereits am Sonntag abgeblasen.

Von vornherein war die Verbandsleitung nicht gewillt, einen ernsten Kampf zu führen. Das elende Ergebnis der Lohnbewegung, das weit hinter der ursprünglichen Forderung der Gemeindearbeiter zurückbleibt (es wurden 10 Pfennig Lohnerhöhung gefordert), nennt die „Frankfurter Volksstimme" einen „schönen Sieg der Gewerkschaften". Die betroffenen Arbeiter werden ein anderes Urteil fällen.

Haftentlassung Orloffs abgelehnt

Berlin, 22. Mai.

Bei dem gestrigen Haftprüfungstermin in der Dokumentenfälscher-Affäre Orloff-Pawlonowski wurde deren Haftentlassung abgelehnt. Es wurde eine neue Zusatzanklage gestellt, die sich auf einen Fall aus dem Jahre 1926 stützt. Hier soll Orloff und seine Kumpane ebenfalls Dokumente gefälscht haben, die nachweisen sollten, daß im Auftrage der Sowjetunion in Deutschland eine umfangreiche Spionage getrieben wird. Orloff hat die Dokumente — angeblich — gefälscht, um sich eine von dem berüchtigten Reichskommissariat ausgesetzte Belohnung zu verdienen. Diese neueste Wendung der Fälscheraffäre Orloff beweist die absolute Richtigkeit der Ausführungen des Genossen Rykow, die er jetzt dem 5. Rätekongreß der USSR. gemacht hat und über die die kapitalistische Presse förmlich Wutanfälle bekommen hat.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Ein Streik der Kraftwagenführer der Krawesa in Magdeburg und Bernburg führte nach 24stündiger Dauer zu einem erheblichen Teilerfolg der Streikenden.

Der Deutsche Lehrerverein eröffnete in Dresden mit einer großen Kundgebung seine diesjährige Tagung.

Verhandlungen über die Löhne der preußischen Verwaltungsarbeiter haben zu den lächerlichen Zugeständnissen von 3 bis 4 Pf. pro Stunde geführt.

Auf einem sogenannten Wartburg-Fest der deutschen Republik, das von republikanischen Vereinigungen veranstaltet war, hielt u. a. Grzesinski vor einer Zuhörerschaft, die meist aus Studenten bestand, eine Rede, in der er erneut die Arbeitermorde in Berlin als eine Tat für die Festigung der Republik notwendige Maßnahme verteidigte.

In der Pfalz werden ab 25. Mai Gefechtsschießübungen der französischen Truppen, die sich auf mehrere Tage Dauer erstrecken werden, abgehalten.

Auf der Kandidatenliste der Labour Party zu den englischen Unterhauswahlen kandidieren nicht weniger als 13 Geistliche an aussichtsreicher Stelle. Das ist äußerst bezeichnend für die Entwicklung der Sozialdemokratie.

Die Internationale Ausstellung in Barcelona wurde am Pfingstmontag mit nationalistischem Klamauk eröffnet. Um den ausländischen Gästen vorzumachen, als ob in Spanien alles in Ordnung wäre, wurden durch königlichen Erlaß die über zahlreiche Universitäten verhängten Schließungen einstweilen aufgehoben.

Die Kriegslage in China

(WTB.) **Schanghai**, 22. Mai.

Der Nanking-Regierung nahestehende Kreise melden einen entscheidenden Sieg der Regierungstruppen. Durch diesen Sieg soll Kanton endgültig gegen eine Eroberung durch die Kuangsi-Truppen gesichert sein. Diese Truppen sinken, so sagt man, überall zurück unter Aufgabe der wichtigsten Stützpunkte Swatau und Kueilin. Die nahe bevorstehende Ankunft von zwei weiteren Nanking-Divisionen von Schanghai sichere die baldige endgültige Erledigung der Kuangsi-Revolte. Nanking erwarte davon eine entscheidende Rückwirkung auf die militärische und die politische Entwicklung in Nordchina, da die Erfolgsaussichten Fengjuhsiangs im Kampfe gegen das geeinigte Zentral- und Südchina gering seien.

Demgegenüber verlautet aus anderen Quellen, die Lage sei durchaus unentschieden, da die Kuangsi-Truppen nur wegen Munitionsmangels zeitweise zurückgewichen seien und innerhalb weniger Tage sicher im Besitz Kantons sein würden.

Jedenfalls sind die Aussichten einer anderen als einer militärischen Erledigung der Streitigkeiten zwischen Fengjuhsiang und Tschiangkaischek engültig geschwunden.

Der Beginn des Kampfes zwischen Fengjuhsiang und Tschiangkaischek wird unmittelbar nach Sunjatsens Beisetzung erwartet, die ungestört bleiben dürfte. Man nimmt an, daß der erste Vorstoß Fengjuhsiangs gegen Hankau gehen, und daß vielleicht gleichzeitig ein Vorstoß in Richtung Tientsin gegen die Pukau-Eisenbahn erfolgen wird.

Schlußsitzung der Kleinen Entente

Belgrad, 22. Mai.

Am Schluß der Konferenz der drei Außenminister der Kleinen Entente wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in welchem ausdrücklich zuerst betont wird, daß die Erörterungen zunächst die Lage jedes der drei Staaten hinsichtlich des Verhältnisses zu Sowjet-Rußland betrafen, wobei festgestellt wurde, daß an den Beschlüssen früherer Konferenzen nichts zu ändern sei. Diese offensichtlich als Demonstration an den Anfang des Schlußkommuniqués gestellten Worte zeigen deutlich den Hauptzweck dieser Konferenz. Am Schluß heißt es, daß die Frage der Wahl eines Mitgliedes der Kleinen Entente in den Völkerbundsrat erörtert und beschlossen wurde, die Kandidatur Titulescus für Genf vorzuschlagen.

Kampf der KP. Frankreichs gegen den Militarismus

(Inprekorr.) **Paris**, 22. Mai.

Die von der „Humanité" geführte Kampagne hatte die Veranstalter der geplanten Luftflotterparade in Vincennes gezwungen, ihr Programm zu ändern. Vor der die Vorführungen ohne jeden Enthusiasmus verfolgenden Menge wurden keine Uebungen militärischen Charakters, sondern rein sportliche Flüge ausgeführt.

Das Polizeiaufgebot war überaus stark; dennoch gelang es einigen Gruppen von Genossen, sich zu sammeln, Flugblätter zu verteilen und im Sprechchor Parolen gegen den Krieg auszubringen. Alle bekannten Genossen wurden am Eingang zum Flugplatz verhaftet. Bei dem Abströmen der Zuschauer kam es zu leichteren Zusammenstößen mit der Polizei, die mit der allergrößten Brutalität vorging, insgesamt wurden über 40 Verhaftungen vorgenommen. In den benachbarten Ortschaften, vor allem in Montreuil, wurden mehrere gut gelungene Kundgebungen und Demonstrationen veranstaltet.

Flugzeuge bei Kriegsübungen abgestürzt

In der Nähe von St. Raphael stürzte ein Jagddoppeldecker der französischen Kriegsmarine mit zwei Fähnrichen an Bord hinab, als der Pilot in 500 Meter Höhe Kunstflüge ausführte. Der Apparat wurde vollständig zerstört, beide Insassen verbrannten auf schreckliche Weise. Sie konnten erst nach geraumer Zeit aus den Trümmern hervorgezogen werden.

*

In der Nähe von Antwerpen geriet während einer Flugübung ein Militärflugzeug in Brand und stürzte in feuriger Kometenbahn ab. Vier Insassen verbrannten auf schreckliche Weise. Sie konnten erst nach geraumer Zeit aus den Trümmern hervorgezogen werden.

Die persische Regierung läßt 6 Kanonenboote bauen

(WTB.) **London**, 22. Mai.

Der Teheraner Korrespondent der „Times" meldet, daß von der Regierung Geldmittel bewilligt worden sind, um in Italien sechs Kanonenboote für den Dienst im Persischen Golf zu bauen. Die Kanonenboote werden je 200 Tonnen Raumgehalt haben.

Wann brauchen Sie Augengläser? Sobald Ihr Auge in der Ferne schlecht sieht oder in der Nähe ermüdet. — Im größten Teil aller Fälle, sobald Sie das 40. Lebensjahr überschritten haben. — Achten Sie auf die Augen Ihrer Kinder. Rechtzeitige Anpassung von Gläsern ist unendlich wertvoll

Brillen-Schmidt

53 Spezialist für Augen-Optik Große Ulrichstraße 53

Krankenkassen-Lieferant

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0003

Die KP. Amerikas an das EKKI

(Inprekorr.) **Moskau**, 21. Mai.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erhielt vom ZK. der KP. Amerikas folgendes Telegramm:

Das Polit-Büro hat in seiner Sitzung vom 18. Mai einstimmig beschlossen:

1. Das Polit-Büro nimmt an und billigt das Schreiben des EKKI. an sämtliche Mitglieder der KP. Amerikas und verpflichtet sich, alle Mitglieder zur Unterstützung des Schreibens des EKKI. heranzuziehen.

2. Das Polit-Büro verpflichtet sich, die im Schreiben enthaltenen Beschlüsse vorbehaltlos zu verwirklichen.

3. Das Polit-Büro verpflichtet sich, das Schreiben des EKKI. vor der Parteimitgliedschaft gegen jegliche ideologische oder andere Opposition gegenüber diesem Schreiben zu verteidigen.

4. Das Polit-Büro ruft die Mitglieder der Delegation der KP. Amerikas in Moskau auf, auf jegliche Opposition gegen das Schreiben des EKKI. und die in demselben enthaltenen Beschlüsse zu verzichten und alles, was in ihren Kräften steht, aufzubieten zur Unterstützung der Komintern und des ZK. der KP. Amerikas in bezug auf den Zusammenschluß der Kräfte der KP. und zur Durchführung der Beschlüsse der Komintern.

5. Das Polit-Büro beauftragt das Sekretariat, unverzüglich mit Einverständnis des EKKI. die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der im Schreiben des EKKI. dargelegten Beschlüsse zu treffen.

6. Das Polit-Büro billigt sämtliche Beschlüsse des Sekretariats des ZK. der KP. Amerikas (Annahme des Schreibens des EKKI. und Hinweis betreffs der unverzüglichen Veröffentlichung in der Parteipresse am gleichen Tage) und beauftragt das Sekretariat, sie unverzüglich durchzuführen.

Wir bitten, dies der Delegation der KP. Amerikas in Moskau mitzuteilen

Erbitterte Klassenkämpfe in Amerika

(Inprekorr.) **Neuyork**, 21. Mai.

In Boston wurde ein Gerichtsverfahren gegen den bekannten Kommunisten Camter eröffnet, der den Ex-Gouverneur Fuller öffentlich als Mörder Saccos und Vanzettis bezeichnet hatte. Als Staatsanwalt ist der gleiche Richter Williams bestellt worden, der die Anklage gegen Sacco und Vanzetti vertrat. Fuller ist als Zeuge geladen, womit der ganze Fall Sacco und Vanzetti wieder aufgerollt werden dürfte. Die IRH. hat die Verteidigung Camters übernommen.

Die 6500 Arbeiter und Arbeiterinnen der amerikanischen Betriebe der Glanzstoffwerke und der Bemberg-Werke in Elizabethton setzen den Streik fort. Die AFofL. setzt ihre Bemühungen fort, den Streik abzuwürgen. Die von der Direktion ausgehaltenen bewaffneten Banditen haben an verschiedenen Stellen der Stadt die Hauptrohre der Wasserleitung gesprengt und die Schuld dafür den Streikenden zugeschoben. Auf diese Weise soll eine Epidemie unter den streikenden Arbeitern hervorgerufen werden; beide Betriebe haben eine eigene Wasserleitung. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wurden über hundert Personen verhaftet. Einer der Führer der AFofL., Berry, hat dem jetzigen Gouverneur den Rat erteilt, die in Elizabethton stationierten Truppen zu verstärken.

Die streikenden Textilarbeiter von Gastonia setzen den Streik fort, obschon die ihnen zuteil werdende Unterstützung nicht ausreicht, um des zunehmenden Elends Herr zu werden.

Da die Bureaus der revolutionären Textilarbeitergewerkschaft und der IRH. nirgends Räume mieten können, haben die Arbeiter selber den Bau von Räumlichkeiten für diese Bureaus unternommen.

Verschärfung der Klassenkämpfe in Mexiko

(Inprekorr.) **Neuyork**, 21. Mai.

Der Kassierer der Nationalen Bauernliga Mexikos, Rodrigez, wurde wegen „Raubes von Waffen aus Regierungsbesitz" zum Tode verurteilt. Der Kriegsminister Calles hat das Urteil bestätigt, ebenso auch wie das Todesurteil gegen den Bauernführer Gomez. Beide hatten als Führer der mexikanischen Nationalen Bauernliga aktiv an dem Kampfe gegen den reaktionären Aufstand teilgenommen und ihre Organisationen mit Waffen ausgerüstet und in den Kampf geführt. Zugleich waren sie jedoch mit aller Schärfe gegen die Nachgiebigkeit der mexikanischen Regierung den großen Gutsbesitzern und amerikanischen Imperialisten gegenüber aufgetreten.

Diese Urteile sind als Signal zur Zerschlagung der Bauernorganisationen durch die Regierung zu betrachten. Die Kommunistische Partei Mexikos ruft die Bauernorganisationen auf, diesen Plänen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, wobei sie darauf hinweist, daß Calles und Portes Gil trotz ihrer Versprechen den Großgrundbesitzern gestatten, ihre grausame Ausbeutung der Bauern fortzusetzen und ihren Bodenbesitz nach wie vor auf Kosten der Bauern und manchmal sogar auf Kosten städtischer und ländlicher Gemeinden auszudehnen.

Landarbeiter streiken in der Tschechoslowakei

Die Streikbewegung der Landarbeiterschaft ist im Fluß. Die Zahl der Streikenden beträgt bereits [illegible] gen begriffen. Der Schwerpunkt der Bewegung liegt in den Bezirken Türnau, Komorn, Neuhäusel und Galanta, wo der Streik vollständig ist. Im Neutraer Gebiet sind weitere [illegible] Höfe in den Streik getreten.

Sämtliche Versammlungen der Streikenden [illegible] auseinandergejagt. Der Bezirkshauptmann von Komorn [illegible] den Dörfern ausrommeln, daß der von den Reformsozialisten [illegible] räterischer Weise abgeschlossene Kollektivvertrag rechtsgültig [illegible] forderte die Arbeiter unter Drohungen auf, augenblicklich [illegible] beit anzutreten. Die Sozialdemokraten gehen überall [illegible] Hand mit den Großgrundbesitzern und Behörden.

Auch in Türnau trat die Arbeiterschaft weiterer [illegible] 6000 Landarbeiter, in den Streik. Gegen die Streikenden [illegible] mit der größten Brutalität seitens der Behörden und [illegible] darmerie vorgegangen. Die Gendarmerie belegte [illegible] den Streikenden bewohnten Dörfer und jeder Passant [illegible] artiges „Streikdorf" betritt, wird von den Gendarmen [illegible] gezwungen, sich zu legitimieren. Die ganze Gegend [illegible] druck eines Kriegsgebietes. Die Gutsbesitzer und [illegible] tragen ostentativ Gewehre, um die Arbeiter einzuschüchtern [illegible] ies provokatorische Vorgehen löst aber die gegenteilige [illegible] aus und hat dazu geführt, daß viele bisher schwankende [illegible] sich der Streikbewegung anschlossen.

Für die gesamte West- und Südslowakei wurde [illegible] gemeines Versammlungsverbot verkündet. [illegible] sich niemand auf den Straßen zeigen, ebenso ist es [illegible] auf den Feldern aufzuhalten. Mehr als zwei Personen [illegible] nicht zusammengehen und auf die einzelnen Höfe haben [illegible] beschäftigte Personen Zutritt. Laut Anordnung des [illegible] werden Personen, die sich gegen diese Anordnung vergehen [illegible] fängnisstrafen von 14 Tagen bis 6 Monaten und Geldstrafen [illegible] 100 bis 5000 Kr. bestraft. Diese Anordnung, die den Einsatz [illegible] den Kurierdienst, die Agitation unter den Streikbrechern [illegible] möglich machen soll, ruft unter der Landarbeiterschaft [illegible] heute Erbitterung hervor. In der Gemeinde Semerovo [illegible] Verlautbarung der Anordnung eine große Demonstration [illegible] an der sich auch die Ortsbevölkerung beteiligte.

Die Streikposten entfalten eine rege Agitation unter [illegible] brechern in den einzelnen Höfen. An vielen Stellen [illegible] die Streikbrecher zur Einstellung der Arbeit zu überreden [illegible] dies nicht gelang, griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe.

In Budapest wurde der polnische Minister des [illegible] Zaleski, von Horthy empfangen.

Stadt-Theater
Heute 609
Donnerstag
19½—22¼ Uhr
Julius Cäsar
Oper von Händel
Freitag
20—23 Uhr
Ein Maskenball
Oper v. G. Verdi

Erste Marken!
Kinderwagen
Mk. 58.- 68.- 71.- 80.- 85.- 90.- 95.-
Klappwagen
mit Verdeck. Mk. 45.50 47.50 50.- 54.- 59.-
Klappwagen
ohne Verdeck. Mk. 17.50 21.50 24.- 27.- 32.-
Stubenwagen
garniert Mk. 28.- 34.- 39.- 44.- 58.-
ungarniert Mk. 12.50 15.50 17.50 26.-
Auswahl enorm!
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen
Bettenhaus
Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
2 Minuten vom Markt

Edison-Theater
Goethestraße 26
Freitag bis Sonntag 19 und 20.30 Uhr
Das Paris in
„Matrosen liebchen"
Eine spannende u. romantische Liebesgeschichte zweier Frauen zu einem Seemann
Die Liebe der Bajadere
Diese aufregende Abenteuerfilm voller Spannung und atemraubenden Erlebnissen spielt in dem dunkelsten Innerasien, Kampf m. Tigern, Panthern, Krokodilen, Verfolgungen und Abstürzen mit einem brennenden Flugzeug auf Leben und Tod
Hierzu 603
Eine tolle Sportstecke
Alles lacht!
Sonntag 14 u. 16 Uhr
Jugend-Vorstellung

Leder
zu bekannt billigen Preisen 600
Sommer & Kurbals
Albrechtstraße 46
Ecke Geißstraße

Inserenten
fordert Offerten über Drucksachen ein

599
Freitag
Schlachtefest
8-9 Uhr an Wellfleisch
P. Kühlewind,
Schweinschlachterei 28

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns — Fernspr. 283 85
Den genußreichsten Abend bereitet Ihnen unstreitig 610
„Noni"
denn Noni ist ein Begleiter der Menschheit durch seinen göttlichen Humor, durch seine Persönlichkeit!
Noni zu sehen und seine Golden Saxophone zu hören, bleibt ein unvergeßliches Erlebnis!
Dazu 7 Sensationen von Weltruf
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Schlieder-Ausschnitt
Billig! Billig!
Gummiabsätze, Schuhcreme
bei 601
Wilh. Kranig, Waisenhausring 14

Werbt für den Klassenkampf

Blumenkästen
in allen Längen mit Bandeisen beschlagen . . von 1,45
Blumengitter
passend für jedes Fenster . . . . . von 0,65
Grabtüten
für frische Blumen, fein lackiert 0,50
Gießkannen
fein lackiert, groß . . . . von 0,95
Sobel
Steinweg 45
Gr. Ulrichstr. 9
am Kellek

D/E BESTE
Kleeblatt Butter
FEINSTE EMMENTALER Pfd. 140
F.H. KRAUSE

Öl- u. Lackfarben
sämtliche Anstrichmaterialien
kauft man bei
Maaß & Lipper
Fabrikat. Lack-, Rostschutz- u. Anstrichfarben
602 Herrenstraße 11 — Fernspr. 24703

Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend, e. G. m. b. H.
Die für Sonntag, den 26. Mai, nach Merseburg einberufene 604
Vertreter-Versammlung
wird verlegt auf Sonnabend, den 1. Juni 1929, 18 Uhr, in Merseburg, Lokal „Junkenburg"
Die Tagesordnung lautet:
1. Bericht vom Verbandstag in Lauterberg
2. Bericht über die Verhandlungen mit der Verwaltung des Halleschen Konsumvereins betreffs Verschmelzung
3. Anträge der Mitglieder nach § 33 des Statuts
Wir ersuchen alle Genossenschaftsvertreter, zu dieser Versammlung bestimmt zu erscheinen
Die Verwaltung. J. A.: Bernhard Koenen

Ansichtskarten empfehlen die Buchhandlungen Karlschulstraße 14 und Hatz 5.

Freitag, früh
Irische Wurst sowie alle Sorten Fleischwaren 597
fl. Würstchen und Sülze
Fr. Becker, Wittenberg, Kurfürstenstraße 10 a

Max Werner
Wittenberg, Hundestraße Nr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
Fleisch- und Wurstwaren
598

Volksbuchhandlung Wittenberg
Judenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Entgegennahme sämtlicher Aufträge an
Drucksachen u. Inserate

613
Das Beste und doch Billigste!
Echte Patentmatratzen
Mk. 20,— 25,— 29,—
Stahldrahtmatratzen
Mk. 7,— 11,50 15,— 17,—
Auflegematratzen, dreiteilig, mit Keil
Mk. 15,— 22,— 25,— 30, 38,—
Einfache . . . . . Mk. 12,50
Jedes gewünschte Maß in kürzester Frist
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen
Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
2 Minuten v. Markt
Bettenhaus Bruno Paris
Nach auswärts ohne Transportbeschädigung durch eigenes Auto

Werbt für die Rote Hilfe

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Molmeck gesucht
Meldungen sind sofort an den Genossen Paul Köhler, Molmeck, Hauptstr. 7, zu richten

Inserenten
fordert Offerten über Drucksachen ein

Ist's im Mai auch noch so kalt
in der
Nordsee
gibts viel Fisch
Freitag und Sonnabend
1 Kühlwagen
Kabeljau 3
ohne Kopf . . Pfd.
Goldbarsch ohne Kopf
Karbonaden beste Fertig
Kabeljaufilet ohne Haut und Gräten
Goldbarschfilet ohne Haut und Gräten
Angelschellfisch
Rotzungen
Echte Makrelen
Täglich frisch
Räucherwaren
Frühjahrsdelikatessen
Echte Makrelen
Maifische
Kieler Bücklinge
Für Ausflug, Sport und Reise sind unsere
Fischkonserven u. Delikatessen
der beste, preiswerteste und schmackhafteste Ersatz
Riesenauswahl, Wurst- und Kannier Käse

Gasthof Dölzig
Sonntag und Montag, 26. u. 27.
Vogelschießen
Empfehle beste Speisen
Bestes helles Bier
frische Jungen, dicke Weiße, kräftiges Fett, Rouladen, alles vom Schweinefleisch gemischt
Dix Nachfolger, Inh. [illegible]
Scharrenstraße, Telephon [illegible]

LICHTSPIELE
Capitol · Centralhalle
Zeitz Donnerstag bis Sonntag
In beiden Theatern großes Programm
Das Schicksal derer von Habsburg
Die Tragödie eines Kaiserhauses v. Anfang bis Ende
Dazu:
Der große bunte Teil
Hotelgeheimnisse
(Die Abenteuer eines Hochstapler)
Der große Kriminalfilm eines Hochstaplers
Der reiche [illegible]
Beginn in beiden Theatern montags 15 u. 8½ Uhr, [illegible]

In der Nacht vom 9. zum 10. Mai 1929 sind auf der Kreisstraße Zeitz—Kayna Kilometer 63, bis 0,8 von 10 Stück jungen Kirschbäumen die Kronen abgebrochen worden.

Ich ersuche um Unterstützung zur Ermittelung des Täters, wobei ich bemerke, daß der Kreis für die Ermittlung von Baumfrevlern Belohnungen aus Kreismitteln bewilligt.

Zeitz, den 16. Mai 1929. 606

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Sandoch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0004

Beilage – Nr. 118

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Kongreß der Vagabunden

Die Proletarier der Landstraße treffen sich in Stuttgart

Auf der Landstraße bei Etzlingen

Berlin, kurz vor der Abreise, traf ich einen Tippelbruder auf dem Schlesischen Platz: „Kommst Du mit nach Stuttgart zum Kongreß?" — „Nee, die Marie ist knapp . . . und in Pommern muß ich zu holen."

Georg Gog,
Initiator des Vagabundentreffens

Jetzt tipple ich bereits seit drei Tagen von Heidelberg aus in der Richtung Stuttgart, immer fein abseits der großen Landstraße, durch die Kaffs, die nicht so überlaufen sind, und je mehr ich mich meinem Ziele nähere, desto optimistischer werden meine Tippelkollegen.

Das ist ja auch schließlich das erste Mal, daß sich sämtliche Vagabunden, Landstreicher, Tippelbrüder und Kunden treffen und kennenlernen werden, und daß man sich Stuttgart als Treffpunkt ausgesucht hat, ist nicht reiner Zufall. Schon immer ist Stuttgart das geistige Zentrum der Kunden gewesen ... dort erscheint auch die Zeitschrift „Der Kunde", und der Vagabundenkönig Georg Gog hat dort seinen Wohnsitz. Die Schwaben sind ja auch Wandervolk gewesen und haben kein Sitzfleisch.

Treffen sich also dreitausend Vagabunden in Stuttgart und einen Kongreß abhalten. Was dort besprochen wird, ist keinem von uns Walzbrüdern klar. Auf Kongressen wird meistens Berufsfragen besprochen, aber schließlich und endlich Vagabundieren ja kein Beruf, sondern eine Ueberzeugung. Ich bin nicht Vagabund, sondern man ist einer — das ist eine Art Temperamentes und des Blutes. Wer einmal die Landstraße hat, den läßt sie nicht wieder los, und die Romantik der Landstraße ist keineswegs tot. Im Gegenteil, sie ist lebendiger denn je, wenn auch in modernerer, zeitgemäßerer Form. Der Vagabund walzt per Auto oder Brautomobil, und hier ist der Punkt, der die Existenz der Tippelvagabunden bedroht, wie es etwas zuvor. Dazu wird man Stellung nehmen, dazu sich die echten Brüder Straubinger im Garten der Natur in Stuttgart versammeln und werden den Reden der prominentesten Vagabunden lauschen, die zum Kongreß eingeladen sind. Da kommen die „Altmeister der Landstraße", Knut Hamsun und Maxim Gorki. Norbert Jaques ist eingeladen und Max Hoelz wird sprechen. Professor Theodor Lessing aus Hannover, und Heinrich Lersch haben sich zur Verfügung und voller Verständnis für die Träume und die Sehnsucht der Vagabunden.

Es ist das. Ein paar Tage lang wird Stuttgart ein Herz und Auge bieten, wie es sich Jack London in seinen kühnsten Träumen nicht erdacht haben könnte, wird die Armee der Namenlosen, Rechtlosen der Welt zeigen, was für Kerle sie eigentlich sind . . .

Die Herbergen und Asyle auf meinem Wege von Heidelberg her sind überfüllt. Aus der ganzen Welt sind sie gekommen . . . nicht weil sie hoffen, daß in Stuttgart nun etwa „viel zu erben ist". Keineswegs. Im Gegenteil sogar, ich höre, daß die Stuttgarter ordentlich knausrig sind und nicht gern mit Gaben herausrücken, sie sind alle nur von dem Gedanken beseelt, zu zeigen, daß das Ruhelose, Rastlose, so zeitgemäße Dinge sind, daß man sich ihrer nicht zu schämen braucht. Nicht jeder, der das heiße Blut des Vagabunden in sich fühlt, ist mit solchen Glücksgütern gesegnet, daß er per Auto auf der Landstraße vagabundieren kann. Leider nicht, und wenn sie alle kämen, die eingesandenen und uneingesandenen Abenteurer, mit dem großen Herzen und der Sehnsucht nach dem Unbekannten, es würde ein Treffen werden, wie es die Welt noch nie gesehen hat.

J. R.

Künstler der Landstraße

Tippelschicke und Tippelbruder auf der Wanderschaft

Aus Anlaß des Weltkongresses der Vagabunden findet in Stuttgart eine Ausstellung von kunstgewerblichen Arbeiten, Radierungen und Gemälden statt, die sämtlich Künstler der Landstraße zu Schöpfern haben. Unser Bild zeigt eine Kohlezeichnung, betitelt: „Wanderer"

Menschenfresserprozeß in der Tschechoslowakei

Zigeuner vor dem Schwurgericht in Kaschau — Sie sollen Menschen erschlagen, zerschnitten, [illegible] und gefressen haben — Die Behörden wollen die Kulturschande ihres Systems vertuschen

Dienstag begann in Kaschau, einem kleinbürgerlichen tschechischen Städtchen, ein Sensationsprozeß gegen 19 [illegible]ende Zigeuner. In der Anklageschrift ist [illegible] Morden und einem Mordversuch die Rede. Die Zigeuner, [illegible] Kannibalismus selbst eingestehen, haben sich zum Teil zu [illegible] Raubmördern entwickelt, weil man nichts weiter mit [illegible] anfangen wußte, als sie unendlichen Vernehmungen zu [illegible]. Die wirkliche Kulturschande ist das entsetzliche Leben der Zigeuner, die aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen, verfolgt, vertrieben und gehetzt werden. [illegible] verwunderlich, daß sich diese Menschen selbst unmenschlichen Taten zuschulden kommen lassen?

Die tschechischen Behörden scheinen schuldbewußt zu versuchen, die schlimmsten Tatsachen zu vertuschen, um [illegible] ihrem Lande den Makel einer solchen Kulturschande zu lassen. Dieser Kulturskandal ist jedoch mit dem vor [illegible] Schwurgerichtssaal zu Kaschau begonnenen „Menschenfresser"-Prozeß aufgerollt. Ueber den

Verlauf des Menschenfresserprozesses

[illegible] der Sonderberichterstatter der Zeitung „Berlin am Mittag" folgendes:

[illegible] wird das zeitlich am weitesten zurückliegende Verbrechen [illegible]. Es handelt sich um einen bestialischen Mord, der im [illegible] des Jahres 1923 im Wald von Bodokpuszta in der Nähe [illegible] tschechischen Städtchens Stoß verübt worden war. Das Opfer [illegible] wurde, auf dem Rücken liegend, mit gespaltenem [illegible]. Die Füße bis zu den Knien im Wasser, aufgefunden. [illegible] Untersuchung gab der Koloman Jano (Alexander Filke) [illegible] begangen zu haben. In der Verhandlung leugnete [illegible] Jano, diese Tat begangen zu haben.

[illegible] der Zigeuners Ribar bringt nun die erste große [illegible] zum Platzen. Es wird nämlich ein Mord eingestanden, der gar nicht unter Anklage steht. Dadurch wird der [illegible] der Staatsanwaltschen Anklage handgreiflich!

Der zerstückelte Bettler.

[illegible] Angeklagte Jenö Ribar erzählt nämlich, als Koloman Jano [illegible] Wald geführt hat, um das erste Opfer umzubringen, [illegible] vorher einen alten Bettler erschlagen und dann seine [illegible] zentimetergroße Stücke zerschnitten. Filke und [illegible] sollen dies getan haben. Der Vorsitzende verlangt, diese neue Selbstbezichtigung zu unterbrechen und [illegible] zu lenken, da diese Ermordung des Bettlers gar nicht [illegible] steht. Aber der Zigeuner kommt immer wieder [illegible].

[illegible] Im Verlauf der Vernehmungen kommt heraus, daß die [illegible] der Gendarmerie geschlagen worden sind. Alexander Ribar leugnet die Tat an Imling und erklärt sein Geständnis mit dem Hinweis auf die furchtbaren Schläge der Gendarmen. Auch der Angeklagte Czizar Gula leugnet.

Ein Antrag der Verteidigung auf Hinzuziehung des Direktors der Landesirrenanstalt, wird vom Vorsitzenden abgewiesen.

Die Opfer aufgefressen . . .

Darauf erhebt sich der Verteidiger zu einer sensationellen Erklärung:

„Ich beharre auf der Zuziehung der Psychiater, weil sich im Zuge der Voruntersuchung der starke Verdacht ergeben hat, daß die Angeklagten ihre Opfer aufgefressen haben. Dies würde die Vermutung bestärken, daß es sich um Irrsinnige handelt."

Nach dieser sensationellen Erklärung wurde die Verhandlung vertagt.

Wir werden auch über den weiteren Verlauf der Verhandlung ausführlich berichten.

Lustmord in der Pfalz

Die 30jährige Ehefrau des Bahnbediensteten Kreuzenberger aus Lingenfeld (Pfalz) wurde ermordet aufgefunden. Nach den bisherigen Untersuchungen liegt Lustmord vor.

☆

Die Hauptangeklagten im Menschenfresserprozeß

Unser Bild zeigt die Hauptangeklagten im Menschenfresserprozeß. Oben von links nach rechts: Czemero Esti, die Geliebte des Zigeuners Alex Filke; Rose Maink, die Geliebte Paul Ryhars; Paul Ryhar, der Führer der Bande; Jano Tamos und Andrasy Czemer. Unten: Aladar Konya aus Turni, Jurich Zsiga, Rudolf Ryhar, Joseph Zsiga und Piroska Konya

☆

Glosse vom Tage

Kunstwochenend in Berlin

Kürzlich fiel mir eine illustrierte Zeitschrift in die Hände. Darin fand ich ein Bild: „Notwohnung vor Berlin". Das Bild zeigte ein großes Erdloch. Darüber waren einige Säcke wie ein Zelt aufgespannt. Vor diesen Säcken hockten die Bewohner: leibhaftige Menschen, die man irgendwo in der Reichshauptstadt exmittiert hatte. In guter Hoffnung, daß das Wohnungsamt sich noch gelegentlich um sie kümmern werde, hatten sie sich vor den Toren Berlins eigenhändig in die Erde gewühlt. Das war ihre „Notwohnung" . . .

Berlin kann aber auch anders. Kürzlich erstrahlte es „im Licht" und dann gab's eine ganze „Grüne Woche" und vieles andere mehr. Das lohnt sich eher als Wohnungsbau. Die Berliner Geschäftemacher verfallen aller vier Wochen auf einen neuen Trick.

Jetzt liest man überall von den Berliner Festspielen. Auf jedem Bahnhofe, vor jeder Pißbude hängen Plakate, die auf diesen Jahrmarktsrummel hinweisen. Berlin bringt sich in empfehlende Erinnerung — und hat es nötig. Zörgiebel hat den deutschen Spießern den Spaß an der Reichshauptstadt verdorben, seit er die Berliner Mailuft mit Pulverdampf vermischen ließ. Am 1. Mai sollen ja wohl auch behäbige Spießer unter die Gummiknüppel und Stiefelabsätze der „Schutz"-Polizisten geraten sein. Da ist ihre Verstimmung erklärlich!

Nun soll das deutsche Spießergemüt wieder repariert werden. Die Berliner „Verkehrspolitiker" haben ein Rezept zusammengestellt, von dem vorhin gesagt wurde, daß es in jedem Bahnhofe hängt: Plakateinladungen zu den „Berliner Festspielen".

Warum man die Plakate für dieses Kunstwochenend nur in die Wartesäle für Holzklasse hängt? Die da drinnen warten, kommen ja für den Kunstgenuß doch nicht in Frage! Denn eine Opernkarte fürs Parkett kostet zum Beispiel 40 Mark. Von den anderen Genüssen wollen wir gar nicht erst reden.

So wird der größte Teil der Bevölkerung vom Kunstgenuß ausgeschlossen. Eine kleine Schicht der Besitzenden wird sich amüsieren. Das Ende vom Kunstwochenend ist wahrscheinlich ein gewaltiges Defizit. Dann kriegen die Berliner Arbeiter zu den ihnen am 1. Mai beigebrachten blauen Flecken auch noch einen Steuerzettel, damit sie ihr Scherflein zur Deckung des Defizits der Berliner Festspiele beitragen . . .

Das ist ebenso in der „Ordnung", wie die Erdhöhle, die ich als Berliner „Notwohnung" in einer illustrierten Zeitschrift sah.

—ng

Start des Zeppelin

heute nach Friedrichshafen

Im Luftschiffhafen von Cuers herrscht reger Betrieb. Am Mittwoch sollten die neuen Motoren in der Ruhestellung geprüft werden. Hieran sollte sich eine Probefahrt anschließen. Falls nicht neue Komplikationen eingetreten sind, ist der Start heute früh nach Friedrichshafen erfolgt.

Wir berichten über die „Zeppelin"-Rückfahrt und die politischen Hintergründe der „Not"-Landung in Frankreich aus Raumgründen morgen.

Erdbeben in Japan

Nach Tokioer Meldungen ist in den Orten Myasaki und Oita auf der japanischen Insel Kiusichiu das schwerste Erdbeben seit zehn Jahren verspürt worden. Die Bewohner flüchteten in größter Panik ins Freie. Bisher liegen Nachrichten über die Zahl der Opfer an Menschen nicht vor.

Absturz eines französischen Wasserflugzeuges

Aus Algier wird berichtet, daß ein Verkehrs-Wasserflugzeug aus bisher nicht aufgeklärten Gründen über dem Meer abstürzte. Der Pilot konnte sich durch Schwimmen retten, vier Passagiere ertranken.

Brand im Greiffenberger Rathaus

Das Wahrzeichen der Stadt Greiffenberg in Schlesien, der vierzig Meter hohe Rathausturm, an dem Ausbesserungsarbeiten vorgenommen wurden, ist durch Feuer zerstört und eingestürzt.

Ein Personenauto von einem Schnellzug überfahren

Gestern vormittag überfuhr ein Schnellzug an einem Uebergang bei dem Bahnhof Rüsselsheim ein Personenauto. Der Besitzer des Autos, Albert Hirsch aus Groß-Gerau, wurde getötet, der Kraftwagenführer blieb unverletzt.

Revision im Dujardin-Prozeß

Nach einer Blättermeldung aus Königsberg hat die Insterburger Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil im Dujardin-Prozeß Revision eingelegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0005

Stadt Halle

23. Mai 1929.

Jubiläumstagung der Kant-Gesellschaft in Halle

Die Kant-Gesellschaft, die größte philosophische Organisation der Welt, veranstaltet in diesen Tagen in Halle anläßlich ihres 25jährigen Bestehens eine große Tagung, zu der auch zahlreiche ausländische Vertreter anwesend sind. Bereits gestern vormittag fand in der Aula der Universität die Generalversammlung dieser Gesellschaft statt, der sich eine öffentliche Sitzung anschloß, in der der Vorsitzende, Professor Dr. A. Liebert, eine Eröffnungsansprache über den Zweck der Kant-Gesellschaft hielt. In derselben Sitzung wurden auch eine Reihe neuer Ehrenmitglieder gewählt. Zu denen gehören u. a. der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin, Professor Schurman, Geheimrat Dr. Stumpf (Berlin), Professor Dr. Husserl (Freiburg), Dr. Bierens de Haan (Holland), Oberbürgermeister Dr. Rive (Halle) (!), Generaldirektor Dr. Vögler (Dortmund), der bekanntlich auf der Pariser Reparationskonferenz die erste Geige für die Interessen des deutschen Imperialismus spielte, sowie der sozialdemokratische Verleger Eugen Diederichs (Jena).

Kennzeichnend für den Charakter der Tagung dieser Philosophen-Gesellschaft war vor allem die Ansprache, die der Botschafter Schurman in der gestrigen Sitzung unter großem Beifall der Mitglieder gehalten hat. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß die Satzungen des Völkerbundes und auch der Kellogg-Vertrag von kantischem Geiste erfüllt seien. (!) Als natürliche Folge des Kellogg-Vertrages werde jetzt schon die Möglichkeit einer Herabsetzung der Rüstungen angesehen. Kant habe schon eingesehen, daß der ewige Friede eine Aufgabe darstelle, die nur stufenweise zu lösen sei und deren Ziel dauernd näherrücke.

Diese sehr bezeichnenden und offenherzigen Ausführungen Schurmans beweisen, daß die Kant-Gesellschaft voll und ganz vom Geiste der imperialistischen Politik durchdrungen ist. Anders kann es auch nicht sein. Der Kapitalismus benötigt zur Rechtfertigung und Aufrechterhaltung seiner Herrschaft auch seine Wissenschaftler und Professoren, die den „untrüglichen wissenschaftlichen Nachweis" von dem „ewigen Bestand" dieser gotigewollten, auf Ausbeutung und Unterdrückung breiter Volksmassen begründeten bürgerlichen Weltordnung erbringen. Auf diese bedeutungsvolle Tatsache haben Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest hingewiesen. Die Phrasen von der Möglichkeit einer Herabsetzung der Rüstungen auf der Grundlage des Kellogg-Paktes und — unter Berufung auf den Philosophen Kant — der nur stufenweise zu lösenden Aufgabe zur Herstellung des ewigen Friedens zeigen mit aller Deutlichkeit den wahren Zweck und Sinn dieser Gesellschaft. Verkleisterung der imperialistischen Kriegspolitik und des fieberhaften Wettrüstens der imperialistischen Mächte, Ablenkung der Massen von den ihnen drohenden Gefahren, darauf läuft ihr Geist und ihre Wirksamkeit hinaus. Allein schon die verschwommenen Phrasen, die man anzuwenden gezwungen ist, um das Bestehende Bankrott der bürgerlich-idealistischen Philosophie, wie überhaupt der gesamten bürgerlichen Weltanschauung erkennen. Die Sterbestunde der bürgerlichen Gesellschaft rückt immer näher, und da stehen die „großen Philosophen" auf, und verkünden feierlichst das Herannahen des „Reiches des Friedens und der Gerechtigkeit".

Das revolutionäre Proletariat weiß, wie es dieses Geschwätzl zu bewerten hat. Es wird durch dasselbe in seiner Ueberzeugung von seiner historischen Mission zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft und der Errichtung des Sozialismus nur bestärkt.

Wir werden in unserer Sonnabend-Ausgabe ausführlich das Wesen der Kantschen Philosophie im Zusammenhang mit der Tagung der Kant-Gesellschaft behandeln.

Der „Rot-Front"-Schrecken

(Jungarbeiter-Korrespondenz)

Am Pfingstsonntag gegen Abend hatte sich am Hallmarkt ein Trupp jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen versammelt, um eine Abendwanderung vorzunehmen. Diese Jugendlichen trugen zum Teil eine Uniform. Sie setzten sich dann in Marschordnung in Bewegung und — man sollte nicht glauben — sangen revolutionäre Kampflieder. Also — Kommunisten! Die ersten Meldungen liefen im Polizeipräsidium ein. Anordnungen erfolgen, Befehle schwirren.

Unterdessen waren die Jugendlichen singend weitermarschiert: „Nicht zählen wir den Feind — Rot Front!" Dieser Gesang ertönte an der Holzbrücke, die über den Mühlgraben führt. Zwei auftauchende Schupoleute wurden leichenblaß. Beide verschwinden mit Windeseile und erstatten Meldung: „Eben zog ein Trupp roter Frontkämpfer geschlossen nach der Peißnitz." Rückantwort: „Gut, im Auge behalten, wir kommen. Schluß." Zwei Rollkommandos werden alarmiert. Ab geht's in rasender Fahrt.

Unterdessen hatten sich die vermeintlichen „Roten Frontkämpfer" in wirkliche Jugendliche umgewandelt und mit Volkstänzen begonnen. Doch dies fröhliche Spiel dauerte nicht lange. In dem Halbdunkel tauchten plötzlich zwei Gestalten auf. Ein Genosse ruft: „Achtung, es kommen zwei Jungens in Spielanzügen und wollen die Sachen kappen." Aber weder Sachen noch Rote-Frontkämpfer-Uniformen waren vorhanden.

Nun einmal erfolgte ein allgemeines Auseinanderlaufen. Was war los? 15 bis 20 Schupobeamte hatten sich in aller Stille herangepirscht. Sie wollten den verwandelten RFB. aufstöbern. Ausgerechnet auf die „ältesten Kameraden" (es waren 15jährige Jugendgenossen!) hatten sie es abgesehen und packten sie beim Kragen. Lange Gestalten beugten sich und suchten die Abzeichen des RFB. Da nichts zu finden war, mußten sie unverrichteter Sache wieder abziehen.

Nach kurzer Zeit brachen die Jugendlichen unter dem Gesang revolutionärer Lieder wieder auf. Auf einmal tauchen zwei Lichter auf, „Halt!" donnerte ein Ruf und annähernd 30 Polizisten stellten sich den Jugendlichen entgegen. Was soll geschehen? Ein Jugendgenosse erklärte dem Führer des Rollkommandos, daß es doch jeder Blinde merken könne, daß diese Jugendlichen keine Frontkämpfer sind. Kleinlaut erfolgte die Antwort: „Sie können weitergehen." Die Jugendlichen singen wieder: „Nicht zählen wir den Feind — Rot Front".

Das war die „schreckliche Erscheinung" vom Pfingstsonntagabend. Was war die Ursache dieses Vorgehens und der Blamage der Polizei? Die Bourgeoisie und das Spießertum ist mit den bisherigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die RFB. nicht zufrieden. Sie verlangen mehr. Nervosität in der Regierung, Nervosität bei der Polizei — warum? In ihrem blinden Eifer sehen sie nichts weiter als die Rote Front. Alles ist Rot Front. Wie ein Alp lastet Rot Front auf ihren ängstlichen Seelen. Rot Front ist für sie eine Riesengefahr. Jawohl!

Rot Front ist aber nicht nur ein Alp, sondern ist lebendige Kraft, die zur gegebenen Zeit die Bourgeoisie und ihre Lakaien zertrümmern wird.

Die Jugend wird dabei ihren Mann stehen.

Durch wirtschaftliches Elend zur Diebin geworden

13,20 Mark Wochenlohn — Die verhängnisvolle Pfandleihe

Bittere Not brachte die Aufwartefrau Marie U. aus Halle auf die Anklagebank des hallischen Schöffengerichts. Der Ehemann hatte sie verlassen und ihre beiden Söhne waren ein ständiges Opfer der Arbeitslosigkeit. Von der allgemeinen Proletarierkrankheit blieb die ganze Familie nicht verschont, so daß die arme Frau gezwungen wurde, für Bettelpfennige Aufwartungen zu übernehmen. Vom Juli bis November 1928 ging sie einer derartigen Beschäftigung bei der Firma Mettner nach. Ihre Entschädigung belief sich pro Woche auf 13,20 Mark, wovon sie den Haushalt bestreiten sollte. Zum Unglück mußte die Angeklagte U. selbst für längere Zeit das Krankenhaus aufsuchen, wodurch ihre Verschuldung immer größer wurde.

Sie war bereits Stammgast auf der Pfandleihe, so daß sie als „Versetzer" den Pfandverleiherinnen gar nicht mehr auffiel. Ihre kärglichen Habseligkeiten gingen aber selbst bald zur Neige. In der Hoffnung, durch eine größere Abfindung seitens ihres Mannes in eine bessere Lage zu kommen, entnahm sie aus den Beständen der Firma Mettner nach und nach 22 Anzüge, welche auf der Pfandleihe versetzt wurden. Sie kam natürlich bei ihrem spärlichen Einkommen niemals in die Lage, die Pfandscheine einzulösen.

Es war also ein erträgliches Geschäft für die Pfandverleiherin S. Diese hatte sich ebenfalls wegen Hehlerei zu verantworten. Sie und ihr Personal kannten die Angeklagte U. als Kundin sehr gut, waren also über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sehr wohl unterrichtet. Bezeichnend für den Buchführer der Frau S. war es, daß dieser, als Zeuge vernommen, die Angeklagte U. jetzt auf einmal so hinstellte,

als habe sie die Diebstähle nicht aus Not, sondern aus reinem Uebermut begangen.

Es sei noch zu bemerken, daß der Firma Mettner kein größerer Schaden weiter entstanden ist, da sie ihre Anzüge restlos wieder eingelöst hat. Der Verlust von 300 Mark höchstens steht doch wirklich in keinem Verhältnis zu dem Umsatz dieser Firma, die sich, wie Rechtsanwalt Bock feststellte, mit einer Ladenmiete von rund 40 000 Mark festlegen kann. Trotz ihrer hoffnungslosen Lage erklärte sich die Angeklagte U. bereit, der Firma den entstandenen Schaden zu ersetzen.

Blind geht der Staatsanwalt an der sonst einwandfreien Lebensführung und an der Not der Angeklagten vorbei. Die Angeklagte sei des Diebstahls überführt und gehört eben in das Gefängnis. Er bedenkt dabei nicht, daß dadurch die Familie völlig dem Hungertod geweiht ist. Sein Antrag von 3 Monaten Gefängnis [illegible] Frau U. ist ein ausgesprochenes Klassenurteil.

Gegen die Pfandverleiherin S. beantragte er wegen Hehlerei 2 Monate Gefängnis.

Außerdem war noch ein Dienstmann mitangeklagt, weil er [illegible] die Aufwartefrau U. Sachen nach der Pfandleihe brachte, ohne zu wissen, um was es sich handelte. Die erhobene Anklage gegen [illegible] war natürlich ein Mißgriff der Staatsanwaltschaft, so daß [illegible] der Anklagevertreter Freispruch beantragte.

Das Gericht dachte anders. Es schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an. Die Tat der Angeklagten entstammt [illegible] verbrecherischen Neigung oder gar Ueberm[illegible] Polizeiwachtmeister a. D. ins Stammbuch), sondern ist ein [illegible] druck wirtschaftlichen Elends und der Verzweiflung. Es [illegible] wohl auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat, will [illegible] Aussetzung der Strafe in Erwägung ziehen. Gegen die Pfand[illegible] leiherin wurde auf 100 Mark Geldstrafe wegen Hehlerei [illegible] Der Dienstmann E. kam frei.

Dieser Fall beweist wieder einmal, zu welchen Folgen das [illegible] Elend der proletarischen Klasse führt. Nach Ansicht der S[illegible] anwalts hätte diese arme Frau drei Monate hinter Schl[illegible] Riegel sitzen können. Dadurch wäre ihr dann bestimmt [illegible]

Halle in der Welt voran

Es geht langsam, aber sicher mit dem Aufschwung Halles zur Weltstadt. Wenn ungeduldige Gemüter oder gar gehässige Spötter (es gibt nämlich solche!) diese Entwicklung nicht sehen oder verleugnen wollen, so sei ihnen eröffnet, daß jetzt erneut ein untrüglicher Beweis dafür geliefert worden ist. Sogar auf einem der hervorragendsten Gebiete der Technik bewegt sich der neue Fortschritt unserer Stadt, der Oberbürgermeister Rive, bekanntlich in weiter Voraussicht, ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten vorausgesagt hat. Halle ist Deutschlands zweitgrößter Flughafen geworden, um es gleich herauszusagen und unsere Leser vor keine allzulange Geduldsprobe zu stellen. Mit Stolz wird es von einem bürgerlichen Nachrichtenbüro in die Welt posaunt. Denn ab 21. Mai finden täglich 20 Starts und 20 Landungen auf dem Flugplatz Halle-Leipzig statt und damit — so wird es verkündet — ist Halle nächst Berlin zum bedeutendsten Knotenpunkt im Streckendienst der Deutschen Lufthansa geworden.

Ist das nicht schon allerhand? Jeder Hallenser müßte angesichts dieser erhebenden und unumstößlichen Tatsache über sonstige „kleinlichen" Mängel und Unschönheiten, die unserer Stadt auf den verschiedensten Gebieten noch anhaften, mit Geringschätzung hinwegsehen. Man sollte auch nicht egalweg darüber schimpfen, daß die Stadt Halle für den Ausbau des Flughafens einige nicht unbeträchtliche Summen ausgeworfen hat. Freilich ist auch der Bau von Wohnungen notwendig. Aber schließlich zeigt es sich ja jetzt, daß der Ruhm und die Weltbedeutung Halles sich mit Riesenschritten entwickelt und darauf kommt es ja in erster Linie an. Herr Rive hat immer so gedacht und er weiß am besten, daß das Schlagwort: „Halle, die Stadt von morgen", nicht auf Sand gebaut ist. Wenigstens so lange nicht, solange er und seine untergebenen Bürgerblockleute das Regiment führen.

Die Gefahren der Straße

Dreißig Tote und zwanzig schwer verletzte Personen sind während der Pfingsttage in Deutschland der Straße zum Opfer gefallen. Viele solcher bedauerlichen Verkehrsunfälle sind auf Unvorsichtigkeit der Fahrer und vor allem auch auf die rücksichtslose Autorasserei zurückzuführen. Abgesehen davon, daß vielfach auf der Straße, Bahnübergänge usw. an den immer zahlreicher werdenden Verkehrsunfällen Schuld trägt, scheint es doch immer wieder gehoben, daß der Ruhm und die Weltbedeutung Halles sich mit Riesenschritten entwickelt und darauf kommt es ja in erster Linie an. Herr Rive hat immer so gedacht und er weiß am besten, daß das Schlagwort: „Halle, die Stadt von morgen", nicht auf Sand gebaut ist. Wenigstens so lange nicht, solange er und seine untergebenen Bürgerblockleute das Regiment führen.

Verkehrsregeln

Für Kraftfahrer:

1. Bilde Dir nichts auf Deinen Wagen ein, dulde auch einmal einen anderen Wagen vor Dir.
2. Sei vorsichtig vor Straßenkreuzungen. Gib erst Gas, wenn die Aussicht ganz frei ist.
3. Denke nicht, daß Du vorsichtiges Fahren durch übermäßigen Gebrauch der Hupe ersetzen kannst. Wer vorsichtig fährt, braucht nicht zu hupen. Die Anwohner und Fußgänger werden es Dir danken.
4. Sorge, daß Dein Wagen nicht qualmt, die Stadtluft ist schon schlecht genug.

Für Kutscher:

1. Fahre möglichst an der Bordschwelle. Vermeide die Schienen der Straßenbahn.
2. Gib deutlich Zeichen mit der Peitsche oder mit der Hand vor dem Abbiegen und vor dem Wenden, und gib sie rechtzeitig.
3. Mache das weit nach hinten überstehende Ende Deiner Ladung durch Lappen oder Stroh kenntlich.
4. Vermeide mit Deinem langsamen Wagen die Hauptverkehrsstraßen.
5. Schone Deine Pferde. Ueberlade den Wagen nicht!

Für Radfahrer:

1. Halte Dich nicht an Wagen oder Straßenbahnen fest.
2. Zage nicht über die Kreuzungen, sondern fahre dort und an allen unübersichtlichen Stellen vorsichtig.
3. Fahre langsam an den Haltestellen der Straßenbahnen. Halte lieber an, ehe Du Gefahr läufst, jemanden zu überfahren.
4. Laß die Lenkstange nicht los. Die Straße ist kein Zirkus.
5. Durch Mitnahme anderer Personen, für die kein Platz auf dem Rade ist, gefährdest Du Dich und andere.

Betriebe, Baubelegschaften!

Habt Ihr schon auf die Sammellisten der Roten Hilfe gezeichnet?

Die Maiopfer der Zörgiebel-Polizeiattacken brauchen Eure Hilfe!

Schlechter Silvesterscherz

Wegen vorsätzlicher Zerstörung von Bauwerken sollten sich [illegible] vor dem hallischen Schöffengericht der Arbeiter Willi B. und Maler Karl R., beide aus Halle, verantworten. B. saß allein [illegible] der Anklagebank, weil R. inzwischen auf Wanderschaft gegangen [illegible] In angetrunkenem Zustande hatten beide Angeklagte in der [illegible] vesternacht eine Gartenlaube in der Schreberkolonie des [illegible] berger Weges in Brand gesteckt. Dieser Uebermut hätte [illegible] ernste Folgen nach sich ziehen können. In der Laube schlie[illegible] junger Mann, außerdem war durch den Strohvorrat eine Ge[illegible] verbreitung leicht möglich. Das Verfahren gegen den Mit[illegible] wurde abgetrennt.

Staatsanwalt und Gericht sahen in der verwerflichen Tat [illegible] brecherische Gesinnung. Sie sei lediglich auf jugendlichen [illegible] mut zurückzuführen. Es wurde auf eine Verwarnung und [illegible] unter Schutzaufsicht erkannt. Außerdem müssen die beiden [illegible] den Schaden voll ersetzen.

Für die Opfer des Zörgiebel-Blutbades

veranstaltet die Interessengemeinschaft der ausgeschlossenen [illegible] vereine Halle und Umgegend morgen, Freitag, 18.45 Uhr, [illegible] Städte-Fußballspiel auf dem Sandanger. [illegible] eigennütziger Weise stellten sich die hallischen Arbeitersportler [illegible] Verfügung, um ihre Solidarität mit den Berliner Kämpfern [illegible] kunden. Die gesamte Einnahme des Spieles wird den Opfern [illegible] Polizeiterrors überwiesen. Aus diesem Grunde muß die Bev[illegible] tung einen Massenbesuch durch die merktätige Bevölk[illegible] Halles aufweisen.

Arbeiter von Halle! Bekundet Eure Solidarität. Unterstü[illegible] Opfer des Maibluthades! Unterstützt auch die ausgeschlo[illegible] Sportvereine in ihrem Kampf um die Einheit der revolutio[illegible] Arbeiter-Sport-Bewegung!

Hallische Tageschronik

Leitergerüst umgestürzt!

Mehrere Personen verletzt

Heute morgen, kurz nach 10 Uhr, ereignete sich auf dem [illegible] platz ein schwerer Unfall. Vor dem Gebäude der Dresdner [illegible] an dem Malerarbeiten vorgenommen werden, war ein [illegible] gerüst, bestehend aus zwei Bockleitern und einem quer [illegible] gelegten Brett, aufgestellt, auf dem zwei Maler ihre Arbeit [illegible] richteten. Plötzlich fuhr ein Radfahrer gegen eine Leiter [illegible] völlig ungesicherte Gerüst stürzte um. Die beiden Maler [illegible] aus beträchtlicher Höhe lo unglücklich auf die Straße, daß [illegible] beschlimme Verletzungen davontrugen. Der eine wurde in [illegible] solem Zustande in das Bankgebäude getragen, während der [illegible] sich noch mühselig von selbst erheben konnte. Der Radfahrer [illegible] ebenfalls vom Rade gestürzt und trug eine klaffende Wun[illegible] Kopf davon. Das Rad ist stark beschädigt worden. Zum [illegible] Unglück fiel das herunterstürzende Brett einer gerade vorbei[illegible] gehenden Frau auf den Kopf. Sie mußte ebenfalls in ärztlichen Zustande nach der Polizeiwache geführt werden. Der Vorfall erregte allgemeines Aufsehen. An der Unfallstelle hatte sich eine große Anzahl Neugieriger versammelt. Die Schuld an diesem bedauerlichen Vorfall liegt ohne Zweifel daran, daß in nächsten Fahrlässigkeitsweise an einer so verkehrsreichen Stelle ein Leitergerüst aufgestellt wurde, ohne dasselbe abzusperren.

Zusammenstoß. Am 22. Mai gegen 9.30 Uhr stießen an der Merseburger Straße und Königstraße ein Lastkraftwagen und ein Pferdefuhrwerk zusammen. Dabei wurde die Deichsel des Pferdefuhrwerks angebrochen. Personen kamen nicht zu Schaden.

Eine Frau umgefahren. Am 22. Mai gegen 11 Uhr wurde [illegible] der Magdeburger Straße vor dem Wasserturm eine 57jährige Frau bei dem Versuch, den Fahrdamm zu überschreiten, von einem Radfahrer umgefahren. Sie brach den linken Arm und wurde [illegible] Klinik gebracht.

Prosit! In der Nacht vom 21. zum 22. Mai wurde in [illegible] Kolonialwarenladen in der Friesenstraße ein Einbruch verübt. [illegible] Schaufensterscheibe wurde mit einem Backstein zertrümmert. [illegible] stohlen wurden zwei Flaschen Kognak, sechs Flaschen Kognak [illegible] beschädigt.

Warnung vor einem Schwindler! Bezugnehmend auf [illegible] einiger Zeit im „Klassenkampf" erschienene Warnung vor [illegible] Teschkawindler von der Firma Dr. Heinrich & Co., Leipzig [illegible] wir gebeten, mitzuteilen, daß sich alle Geschädigten bei [illegible] Halle, Marienstraße 7, melden sollen.

14tägige Straßensperrung. Auf Grund des § 30 der [illegible] verordnung über Kraftzeugverkehr vom 16. März 1927 [illegible] Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung vom 5. März 1927 [illegible] § 57 der hiesigen Straßenpolizeiverordnung vom 21. [illegible] wird die Auenstraße vom 22. Mai ab auf unglücklich [illegible] für den Reit- und Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr [illegible] umgeleitet.

Im Edison-Theater, Goethestraße 26, laufen diese Woche zwei [illegible] Ein Abenteuer aus dem dunklen Indien, „Die Liebe der Ma[illegible] mit Ellen Kürti, Karl v. Barany usw. Hierzu „Mädchenleid[illegible] mit Lya de Putti in der Hauptrolle, eine romantische Geschichte [illegible] Frauen zu einem Sermon. Für die Lachmuskeln ist auch gesorgt.

Beim gestrigen Rennungsschießen für die Schützen [illegible] nungen abgegeben bzw. stehengeblieben und ist infolgedessen auf [illegible] Feldern und gutem Sport zu rechnen.

Erfurt-Fahrt der Reitschule. Am Sonntag, dem 9. Juni, [illegible] Sommerausflug der Reitschule nach Erfurt statt. Das Ziel [illegible] u. a. einen Rundgang durch die Stadt vor, eine Besichtigung der [illegible] Universität, des Predigerklosters, des Domes und der Gerefter[illegible] Führung durch die Kunst- und Handelsgärtnerei Ernst Benary und eine [illegible] ausflug zum Steigerwald, einen Vortrag über Erfurt von Schulrat [illegible] Volkstänze des hallischen Volkstanzkreises und Vorführungen bei [illegible] der Reitschule. Karten zu 5,00 Mk. für Reiter und Fahrer [illegible] in allen Verkaufsstellen zu haben und möglichst sofort zu lösen. [illegible] programme werden unentgeltlich abgegeben.

(Fortsetzung des lokalen Teiles auf Seite 2)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0006

Betrug mit Zarenrubeln

Vor einigen Tagen erschien in einem hallischen Bankhause ein Mann und wollte rumänisches Geld einwechseln. Als Kurs der rumänischen Lei erfahren hatte, wechselte er 76 000 und 24 englische Pfund in deutsches Geld um. Er erhielt für das rumänische Geld 1967,60 Mark und für die englischen Pfunde 480 Mark. Darauf verabschiedete er sich in höflichster Form und verschwand. Wie sich nachher herausstellte, waren die umgewechselten Scheine, längst verfallene Zarenrubel. Der Betrüger wird geschildert: 25 bis 30 Jahre alt, etwa 1,66 Meter groß, schlank, nach hinten gekämmtes schwarzes Haar. Er trägt dunkelbraunen Jakettanzug und schwarzen reifen Hut, spricht fließend deutsch, jedoch mit starkem fremdländischem Anklang. Der Betrüger ist bereits am 4. Mai in Bremen aufgetreten und wird wahrscheinlich auch sofort nach seinem Gaunerstück aus Halle verschwunden sein. Sachdienliche Angaben sind der Kriminalpolizei, Polizeipräsidium, Zimmer 40, zu machen.

Verlobungsfeier mit Keilerei

bei einem „deutschen Turner"

Am Pfingstsonnabend wurde in der Familie des Kabelträgers Wilhelm M., der — nebenbei bemerkt — ein prominentes Mitglied der Deutschen Turnerschaft ist, Verlobung gefeiert. Schon nach Mitternacht wurden die Bewohner der Brunosstraße durch außergewöhnlichen Lärm darauf aufmerksam gemacht, daß nicht alles so war, wie es sein sollte. Gelegentlich der Verlobungsfeier der Tochter des Herrn M. war es zu „Meinungsverschiedenheiten" mit den eigenen Kindern gekommen, so daß eine wüste Schlacht, bei der Biergläser und sonstige beliebte Wurfgeschosse eine entscheidende Rolle spielten, entbrannte. Der eine von des deutschen Turners soll von seinem Vater derart die Treppe hinuntergestürzt worden sein, so daß er noch heute an den Folgen des Sturzes zu leiden hat.

In jedem Fall ist den Bewohnern der Brunoswarte wieder einmal bewiesen worden, womit man bei den „Treudeutschen" Meinungsverschiedenheiten „schlichtet".

Bei dieser Gelegenheit ist die Mitteilung unseres Gewährsmannes von Bedeutung, daß M. als städtischer Beamter und der Vater des Chauffeur bei der Stadt tätig ist, sehr oft Zeit haben, Privatangelegenheiten in der Dienstzeit zu erledigen. Scheint sich in um Nationalgesinnte, und da ist man anscheinend in unserer Stadtverwaltung gern bereit, ein Auge bzw. auch beide zuzudrücken; denn: „Am deutschen Wesen soll ja die Welt genesen".

Das Führen des unbeleuchteten Motorrades strafbar?

Eine für Kraftfahrer wichtige Frage hatte die 4. Strafkammer des Landgerichts Halle zu entscheiden. Der Generalagent H. aus G. kehrte am 5. September 1928 von einer dringenden Geschäftsfahrt mit dem Motorrade von Eisleben kommend. Er wurde von der Dunkelheit überrascht. Da er keine gute Beleuchtung an seiner Maschine besaß, stieg er ab und schob das Rad. Etwa zwei Kilometer vor G. fuhr ihm ein in hohem Tempo entgegenkommender Radfahrer in das Motorrad. Beide Seiten gab es Verletzungen und derbe Worte. Vom Amtsrichter G. wurde H. wegen Körperverletzung und Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Anklagevertreter legte gegen das Urteil Berufung ein. Vor der Angeklagte gegen dieses Urteil Berufung ein. Vor der Strafkammer erklärte der zuständige Oberlandjäger, daß er in Anbetracht eines unbeleuchteten Motorrades keine strafbare Handlung erblicke. Dennoch beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe. Der Verteidiger legte dar, daß der Kraftfahrzeugverkehr durch Gesetze und Verordnungen in Strafparagraphen gezwungen ist, daß er sich auf der Landstraße beim Verlagen der Lampe usw. auf jeden Fall strafbar machen müsse. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers an und wies Anklage der Staatsanwaltschaft zurück. Nur wegen Beleidigung wurde der Angeklagte eine kleine Geldstrafe.

Kraftdroschkengebühren und -Haltestellen

Nachdem Polizeipräsidium bekanntgemorden ist, bestehen über Anwendung des Kraftdroschkentarifs beim Publikum Unsicherheiten besonders dann, wenn die Kraftdroschke nicht am Platze bestellen, sondern zur Anfahrt an irgendeinen Ort gerufen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß nach dem Kraftdroschkentarifs vom 16. Dezember 1927 die Gebühr für die Anfahrt nach dem Bestellorte stets von dem dem Platze am nächsten gelegenen Kraftdroschkenhalteplatz zu berechnen.

Es bestehen folgende Halteplätze: Albrechtstraße, Universitätsring, Bahnhofsvorplatz, Grünstraße, Hettstedter Bahnhof, Hallmarktstraße, Königstraße, Martinsberg, Marktplatz, Riebeckplatz, Riebeckstraße (Saalschloß-Brauerei), Wettinerplatz und Wörmlitzer Straße (Ecke Rannischer Platz).

Mehr Sorgfalt bei der Schulaufsicht

Aus Erfahrungen der abgelaufenen Jahre der Schülerunfallversicherung hat der preußische Kultusminister mit Zustimmung öffentlicher Unfall- und Haftpflichtversicherungsträger in Deutschland verschiedene Abänderungen der Versicherungsbedingungen vereinbart. Das Merkblatt über Schülerunfallversicherung muß den Schülern bzw. Erziehungsberechtigten bei Beginn des Schuljahres oder bei Eintritt in die Schule unverzüglich alsbald ausgehändigt werden, ferner bei Eintritt eines Schadensfalles ein Stück der Versicherungsbedingungen. Es ist Sache der Erziehungsberechtigten über die zu ergreifenden Schritte sofort unterrichten können. Schon in früheren Runderlaß hatte der Minister auf Pflichten der Unfälle hingewiesen und Maßnahmen zu treffen, um ein weiteres Anwachsen der Schadensfälle zu verhindern und einzuschränken. Dieses Ergebnis ist leider nicht geworden, wie sich aus folgender Aufstellung ergibt, die der Preußische Presse- dienst dem Erlaß des Ministers

Zahl der Schadensfälle betrug im Schuljahre 1926/27 5615, 1927/28 29 (bis zum 31. Dezember 1928) 4988. Dazu sind noch vom 1. Januar bis 11. Februar 706 weitere Fälle gekommen, so daß also für das Schuljahr 1928/29 bis zum heutigen Tage die Zahl der gemeldeten Schadensfälle bereits 5694 ist. Für die folgende Zeit mit einer weiteren Steigerung von etwa 700 Fälle zu rechnen ist, sind also etwa 6300 Schadensfälle allein für das Schuljahr zu erwarten. Nimmt man noch hinzu, daß an Fällen schon Schwerbetrieb von vier Unfällen auf 100 versicherte Personen sehr hoch ist und daß bei einer ganzen Reihe von Fällen die ergebenden Sätze bis zu 10 Prozent und mehr Unfähigkeit ist es klar, daß die Versicherung nicht mehr weiter bestehen werden kann, wenn nicht für Abstellung unbedingt vorhandener Mängel gesorgt wird.

Der Erlaß weist daher die nachgeordneten Behörden erneut auf die Notwendigkeit hin, für eine Minderung der Zahl der Unfälle durch schärfere Beaufsichtigung der Schüler zu sorgen, die er den Anstaltsleitern ausdrücklich zur Pflicht macht.

Achtung, hallische Metallarbeiter!

Am Mittwoch, den 24. Mai, abends 7½ Uhr, im Saal der Prosperitätsschaft **Sitzung der oppositionellen Mitglieder der Vertreterversammlung. Kein Vertreter darf fehlen.**

Warum schwitzen wir?

Der Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung schreibt:

In diesen warmen Frühlingstagen wird, ebenso wie im Sommer, mancher Stoßseufzer gen Himmel steigen: „Ach, wie ist es heute, warum muß man nur so schwitzen?"

Nun, das Schwitzen ist eine weise und wohltätige Einrichtung unseres Körpers. Dieser ist bestrebt, seine Eigentemperatur stets auf gleicher Höhe, zwischen 36 und 37 Grad Celsius, zu erhalten. Wird diese durch äußere Hitzeeinflüsse gesteigert, so kann es zur Wärmestauung und zum Hitzschlag kommen, umgekehrt führt eine Unterkühlung des Blutes schließlich zur Erfrierung. Droht durch die sommerliche Wärme dem Körper eine Ueberhitzung, so sucht er sich dagegen zu schützen durch Oeffnung der Sicherheitsventile, der Schweißdrüsen, die in einer Anzahl von etwa 2½ Millionen die gesamte Oberfläche unseres Körpers bedecken. Sie pressen im Bedarfsfalle aus dem Körper Flüssigkeit heraus, die durch Verdunstung auf der Haut dem Körper die überschüssige Wärme entzieht und damit das gestörte Gleichgewicht wieder herstellt.

Es ist falsch, beim Auftreten von Durst nach vorangegangenem Schwitzen große Mengen kalten Wassers oder gar alkoholischer Getränke zu sich zu nehmen. Sie werden nur dazu beitragen, von neuem und erheblich größere Schweiße zu erzeugen. Richtig ist es vielmehr, den Durst durch kleine Mengen kalten Tees, ein paar Schluck Milch oder durch den Genuß eines Stückchens Schokolade zu bekämpfen. Weiterhin ist es wichtig, für die ungehinderte Tätigkeit der Schweißdrüsen durch Waschen und Baden Sorge zu tragen. Schließlich können wir übermäßiges Schwitzen vermeiden durch eine vernünftige Kleidung, die vor allem der Luft genügend Zutritt zur Hautoberfläche läßt. (Wenn Du Geld hast, Dir solche zu kaufen. D. Red.)

Wer die erwähnten vorbeugenden Maßnahmen beachtet, der wird sich in Zukunft nicht mehr über übermäßiges Schwitzen beklagen dürfen. (Wenn er nicht zu arbeiten braucht. D. Red.)

Meist ist die Bank ein Institut,
Wo, wer was hat, sein Geld hin tut.
Doch, wo nischt ist, sitzt selber drauf,
Was sie erlebt im Tageslauf —
Als Liebesbank und Elendsbahn —
Erzählt die neue A.-L.-Z.
Im Bilde ist und kennt die Welt,
Wer sich die A.-L.-Z. bestellt!

Der Schnorr-Graf macht wieder Reklame

Der Viermastschoner „Vaterland", der der Graf Luckner-Weltumseglung A.-G. gehört, ist, wie aus Bremen gemeldet wird, vor einigen Tagen von Graf Luckner gekauft worden. In das Schiff sollen zwei neue Motoren eingebaut werden. Nach Beendigung dieser Arbeiten wird das Schiff gründlich überholt. Es soll dann über den Atlantik gehen und in Amerika Graf Luckner an Bord nehmen, der eine neue Weltumseglung antreten will. Das Unternehmen soll von einem Deutschamerikaner finanziert werden. „Vaterländische" Schorrerei auf Aktien — es wird immer schöner.

Die „Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle

ist an den Wochentagen von 3 bis 7 Uhr. Sonnabends von ½9 bis 2 Uhr geöffnet. Schriftlichen Anfragen ist eine Gebühr von 15 Pf. sowie Rückporto von 15 Pf. beizulegen. Für Anfertigung von Anträgen, Klagen usw. ist eine Gebühr von 50 Pf. zu zahlen. Anfragen, die Gebühr und Rückporto nicht enthalten, werden nicht beantwortet.

„Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Quartiere gesucht!

Für eine Anzahl von Genossinnen, die an der am kommenden Sonnabend und Sonntag in Halle stattfindenden Frauen-Wochenendschule für Halle-Saalkreis teilnehmen, werden für die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Quartiere benötigt. Meldungen müssen sofort an die USV. Halle-Saalkreis, Halle, Lerchenfeldstraße 14, gehen.

Aus dem Saalkreis

Frauen-Wochenendschule für Halle-Saalkreis

An alle Parteiorganisationen im Unterbezirk!

Am Sonnabend, dem 25. und Sonntag, dem 26. Mai, findet in Halle für Halle und den Saalkreis eine Unterbezirksfrauenschule statt. Sie beginnt am Sonnabend pünktlich nachmittags um 5½ Uhr in der Produktiv-Genossenschaft und endet Sonntag nachmittags 3 Uhr im „Volkspark". Behandelt werden folgende Themen:

1. Was wollen die Kommunisten. 2. Geschichte der proletarischen Frauenbewegung. 3. Die Frau und der Krieg. 4. Unsere praktische Arbeit.

Jeder Stadtteil von Halle sendet 8 bis 10 Genossinnen, jede Ortsgruppe des Unterbezirks 1 bis 2. Keine dieser Parteiorganisationen darf bei der Beschickung der Konferenz versagen. Die Anmeldungen sind bis spätestens Donnerstag an die Unterbezirksleitung Halle, Lerchenfeldstraße 14, einzureichen.

Ueber die politische Notwendigkeit einer solchen Unterbezirksfrauenschule braucht nicht mehr viel gesagt zu werden. Sie entspricht geradezu einem Bedürfnis und es kommt jetzt nun nur noch darauf an, durch ihre gute Beschickung sie zu einem vollen Erfolg für die Partei zu machen.

Eine besondere Einladung ergeht nicht an die Ortsgruppen. Die Genossinnen werden gebeten, bei den Parteileitungen evtl. vorstellig zu werden.

Unterbezirksleitung Halle-Saalkreis
Frauenabteilung.

Dölau. Das Sängerfest am vergangenen Sonntag war ein voller Erfolg für die Arbeitersängerriege. Das Konzert hatte eine große Anhängerschaft angezogen, auch fügte der Besuch am Nachmittag wie am Abend von einer erfreulichen Solidarität der Dölauer Arbeiterschaft. — Der Anschluß der Gasserversorgung wird in Kürze hergestellt sein. Ebenfalls ist der Anschluß der Wasserleitung für die Baulustigen in der verlängerten Cröllwitzer Straße fertiggestellt.

Markttleinhandelspreise in Halle am 23. Mai

Obst und Gemüse:			
Aepfel, Eß-	1 Pfd	0,75—0,85	Mk.
Kochäpfel	1 Pfd	0,10—0,25	„
Bananen	1 Stck	0,10—0,20	„
Apfelsinen	1 Stck	0,05—0,15	„
Tomaten	1 Pfd	0,70—0,90	„
Surken Saure	1 Stck	0,08—0,35	„
Gurken Senf-	1 Pfd	0,80	„
Gurken Fleisch-	1 Pfd	0,80	„
Durken Salat-	1 Stck	0,40—0,80	„
Radieschen	1 Bd	0,15—0,20	„
Rhabarber	1 Pfd	0,10—0,15	„
Spargel	1 Pfd	0,40—1,00	„
Weißkohl	1 Pfd	0,25—0,30	„
Rotkohl	1 Pfd	0,30—0,35	„
Wirsingkohl	1 Pfd	0,30—0,35	„
Wurzelkohl	1 Kopf	0,10—1,00	„
Salat	1 Kopf	0,10—0,25	„
Spinat	1 Pfd	0,08—0,10	„
Mohrrüben	1 Pfd	0,18—0,20	„
Kohlrüben	1 Pfd	0,15	„
Rote Rüben	1 Pfd	0,15—0,20	„
Kohlrabi	1 Stck	0,03—0,05	„
Zwiebeln	1 Pfd	0,20—0,25	„
Schwarzwurzel	1 Bd	0,40	„
Sellerie	1 Stck	0,10—0,25	„
Porree	1 Bd.	0,20—0,30	„

Fische:			
Kabeljau	1 Pfd	0,80	„
Gr. Kal.	1 Pfd	2,00—2,40	„
Kal. ger.	1 Stck	3,50—4,00	„
Schellfisch, ger.	1 Pfd	0,60	„
Schleie	1 Pfd	2,00—2,25	Mk.
Seelachs, ger.	1 Pfd	0,60	„
Hechte	1 Pfd	1,50	„
Weißfisch	1 Pfd	0,40—0,90	„
Heringe, Norm.	1 Stck	0,05—0,06	„
Heringe, Schott	1 Stck	0,10—0,15	„
Bücklinge	1 Pfd	0,60	„
Karpfen	1 Pfd	1,50	„

Wild und Geflügel:			
Enten	1 Pfd	1,40—1,60	„
Gänse	1 Pfd	1,30—1,50	„
Hühner	1 Pfd	1,00—1,20	„
Tauben	1 Stck	0,60—1,00	„
Rehfleisch	1 Pfd	0,80—2,00	„
Hirschfleisch	1 Pfd	0,70—2,00	„
Kaninchen St.	1 Pfd	1,00—1,10	„
Kaninchen wild	1 Pfd	0,90—1,00	„

Sonstiges:			
Butter, Molk.	1 Stck	1,05—1,10	„
Butt. Bauern-	1 Stck	0,90—1,00	„
Quark	1 Pfd	0,30	„
Käse	1 Stck	0,15—0,20	„
Pflaumenmus	10 Pfd.	5,50	„
Kartoffl., milde	10 Pfd	0,60—0,70	„
Kartoffl., Rieb.	10 Pfd	0,80—1,20	„
Eier	1 Stck	0,10—0,12	„
Zitronen	1 Stck	0,08—0,10	„
Meerrettich	1 Stck	0,30—0,50	„
Kettich	1 Stck	0,5—0,10	„
Petersilie	1 Pfd	0,60—0,70	„
Schnittlauch	1 Bd	0,10	„

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:		Ziegenfleisch	0,60—0,90
Kochfleisch	0,80—1,10	Rollfleisch	0,70—0,80
Bratenfleisch	1,20—1,30		
Kalbfleisch:		**Wurstwaren:**	
Kochfleisch	1,00—1,10	Schlachtwurst	2,00—2,40
Bratenfleisch	1,30—1,40	Knackwurst	1,40—1,70
Hammelfleisch:		Schmorrauwurst	1,10—1,20
Kochfleisch	1,00—1,10	Rotwurst, frisch	1,10—1,20
Bratenfleisch	1,20—1,40	Rotwurst, geräuchert	1,20—1,30
Schweinefleisch:		Leberwurst, frisch	1,10—1,20
Kamm und Koteletten	1,20—1,40	Leberwurst, geräuchert	1,20—1,30
Bauch u. fettes Fleisch	1,10—1,20	Schinken, roh	1,80—2,20
Gefrierfleisch	0,70—1,00	Schinken, gekocht	2,35—2,40
		Speck, fett, geräuchert	1,10—1,20
		Speck, mager, geräuch.	1,30—1,40
		Zervelatwurst	2,40—2,60

Wir wissen das Wetter?

Für Freitag und Sonnabend: Stark wolkig und ziemlich warm, mäßiger Ostwind, vereinzelte Regenfälle oder Gewitter.

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Die Stadtteile Westen und Zentrum haben den Beschl. Kurs" noch nicht abgeholt. Freitag, 24. Mai, Sitzung der KPD. Zentralleitung des Bezirks Halle 20 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Vorbereitung als Kassenbeleg mitbringen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Freitag, 24. Mai, 19 Uhr, im Hummel 6 Tr. WU. Besuch der WU-Frauenabteilung. Sonnabend, 25. Mai, und Sonntag, 26. Mai, Frauenschule des Unterbezirks. Beginn am Sonnabend um 18.30 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Ortsgruppen, Stadtteile! Besuchen die Kursleiterinnen! **USV.**

Möderau. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, bei Müller Mitgliederversammlung.

Dieskau. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, im Geselligkeitshaus Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Gerlach.

Alt. Teeben. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, bei Freier, Teicha, KPD-Versammlung. Referent der KPD ist angemeldet. (Bericht vom Bezirksparteitag.)

Mettin. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, im „Al. Schwarzerling" Mitgliederversammlung. Referent der KPD ist angemeldet.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Görschen-Stien. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent Genosse Gerhardt.

Mücheln. Donnerstag, 23. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse R. Kollmann.

Schkeuditz. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, bei Zitter Mitgliederversammlung.

Altranstädt. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Kühn.

Kötschen. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse R. Schmidt.

Leipzig. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse F. Sauber.

Eisdorf. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Taubert.

Rottmannsdorf. Sonnabend, 26. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse R. Kollmann.

Braunsdorf. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Pohnke.

Alt. Dürrenberg. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, im „Grünen Hof", Gaddula, Arbeitsgebiets-Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, im „Germaniagarten" Mitgliederversammlung. Referent der Bezirksleitung ist angemeldet.

Granschütz. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, im Lokal Nordstern" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Wolf.

Zeitz. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, in der „Händlerhörle" Mitgliederversammlung.

Osterfeld. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, im „Kaiserkeller" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse O. Schlag, M. d. L.

Nebra. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, im „Preußischen Hof" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Lubemann, M. d. L.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, Funktionärsitzung im „Volkshaus".

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Freitag 20 Uhr in allen Gruppen Zusammenkünfte in den bekannten Lokalen.

Halle. Metallarbeiterfraktion. Alle Jugendgenossen, welche im DMVB. organisiert sind, haben unbedingt heute 20 Uhr in der Produktiv zu erscheinen.

Halle. Wir machen am Sonntag nach Cloßwitz. Abfahrtsmöglichkeiten sind folgende: Kahnpartie: ab Sonnabend, 20 Uhr, Weingärten. Fußtour: Abmarsch Sonntag früh 7 Uhr Hallmarkt. Nachmittags am Sonnabend, 20 Uhr, ebenfalls am Weingärten.

Zentralschule. Sonnabend, 20 Uhr, bei Herm Gruppenabend.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Agitpropkonferenz. Welche begnügt am Sonnabend, 20 Uhr, in der „Funkenburg". Die Gruppen haben alle den Agitpropleiter oder einen anderen Genossen zu schicken.

Merseburg. Alle Genossen nehmen rege am Vorverkauf der Programms zum Roten Kummer am Sonnabend teil.

Querfurt. Freitag 20 Uhr im „Schützenhaus" Gruppenabend.

Arbeitsgebiet Zeitz-Weißenfels

Am Sonnabend und Sonntag findet im Jugendheim Schkeuditz bestimmt unser Wochenendkursus statt. Lehrer: Genosse R., Halle.

Unterbezirk Weißenfels

Zeitz. Freitag, 24 Mai, Kursusstellenkursus.

Jung-Spartakus-Bund Bezirksleitung „Halle-Merseburg" Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Freitag 18 Uhr auf dem Sandanger Spielen. Bringt bestimmt Eure Schulfreunde mit.

Halle. Pionniere! Meldet Euch sofort zum Ferienlager an.

Halle. Alle Leiter erscheinen am Donnerstag um 19 Uhr zu einer Sitzung in der Produktiv-Genossenschaft.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Juni erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Erich Pepnke, Halle, für Lokales und Sonstiges; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Kothenbuch, Mansfeld, Nordhausen); Marianne Gundermann, Halle, für Provinz (Wittenberg, Bitterfeld, Torgau); Fritz Begling, Halle, für Feuilleton, Reporter, Sport; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krod, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Nr. 118 — Donnerstag, 23. Mai 1929

Morgen abend heraus zum Städte-Fußballspiel

auf dem Sandanger zugunsten der Opfer von Zörgiebels Mai-Blutbad

Wie wir schon berichteten, findet morgen abend ½7 Uhr ein Spiel zweier Auswahlmannschaften der Interessengemeinschaft für Halle und Umgebung statt.

Die gesamte Einnahme wird für die Opfer des Berliner Mai-Blutbades abgeführt;

denn alle Spieler stellen sich aus Interesse zur guten Sache zur Verfügung.

Es wird ein Massenbesuch erwartet, um so mehr, da die Mannschaften sehr gut zusammengestellt sind.

Die Aufstellung

A-Mannschaft: weiß-grün

Fiedler (Giebichenstein)
Leiter (Crölmiz) Koch (Giebichenstein)
Henze (Crölmiz) Meke (ASC.) Voigt (Teutonia)
Sorgenfrei (Crölmiz) Scheibe (Teutonia) Fiddeke M. (Teutonia) Bertram (Teutonia) Schulze (Teutonia)
Jack (Diemitz) Jäger (Viktoria) Knorr W. (ASC.) Schramm (Viktoria) Stammberger (Sportbrüder)
Schaul (Reideburg) Meisdardt (Teicha) Schmidt (Sportbrüder)
Brodte (Teicha) Schütz W. (ASC.)
Kuhn (Trotha)

B-Mannschaft: schwarz-gelb

Ersatz für A: Siegel (Crölmiz) und Kretschmer (Teicha)
Ersatz für B: Unold und Meinhardt (Viktoria).

Viktoria baut und stellt Bälle. **Viktoria** und Sportbrüder stellen Preß, ferner Kaffeetee und Kinderbecher je 4 Mann. Treffpunkt 18 Uhr in der „Eisbude", Jeder Spieler bringt weiße Hose und Schuhe mit.

Schönfeld.

Die Spiele der Ausgeschlossenen

Amtlich!

Sonntag, den 26. Mai, finden folgende Freundschaftsspiele statt:

283	13 Uhr:	Lettin 3. — Trotha 3.	Crölmitz
284	½15 Uhr:	Lettin 2. — Trotha 2.	Viktoria
285	16 Uhr:	Lettin 1. — Trotha 1.	Löbejün
286	½15 Uhr:	Viktoria 2. — Teicha 2.	Reideburg
287	16 Uhr:	Viktoria 1. — Teicha 1.	Teutonia
288	½15 Uhr:	Reideburg 2. — Diemitz 2.	Mötzlich
289	16 Uhr:	Reideburg 1. — Diemitz 1.	Trotha
290	14 Uhr:	Gröbers 2. — Giebichenstein 2.	Diemitz
291	½16 Uhr:	Gröbers 1 — Giebichenstein 1.	Sportbrüder
292	17 Uhr:	Sportbrüder 1. — Crölmitz 1.	Trotha
293	½14 Uhr:	ASC. Jugend — Reideburg Jugend	Teicha
294	½15 Uhr:	ASC. 2. — Crölmitz 2.	Viktoria
295	12 Uhr:	Viktoria 2. Jgd. — Löbejün 1. Jgd.	Erhardt u. Koch, Lettin
296	13 Uhr:	Viktoria 3. — Löbejün 2.	Heine Otto u. Alwin, Epthr.
297	½9 Uhr:	Trotha Jugend — Viktoria 1. Jugend	ASC.
298	½10 Uhr:	Sportbrüder 2. — Mötzlich 2.	Teicha
299	17 Uhr:	ASC. 1. — Mötzlich 1.	Giebichenstein

Nr. 297, 298 und 299 finden in Seeben statt.

Handball der Ausgeschlossenen

Zum Stiftungsfest in Seeben finden folgende Spiele statt:

½10 Uhr Seeben 2. — Wolfen 1. — Riß, Schwimmer Halle
15 Uhr Schwimmer 1. — Crölmitz 1. — Bandermann, Adler
16 Uhr Seeben 1. — Berlin-Wedding 1. — Oertel, Schwimmer Halle

Die Handballspiele finden in Seeben statt.

Im Spiel 295 und 296 haben die Prüflinge im Preß, mit Uhr und Schiedsrichterspiele zu erscheinen. Ferner haben alle Schiedsrichter pünktlich anzutreten. Nichtangetretene Schiedsrichter zu melden in der Geschäftsstelle. Schönfeld. Hübner.

ASV.-Mötzlich 1. — Fichte Berlin 22. Gruppe 1. 3 : 7 (1 : 3)

Erstmalig war es Mötzlich gelungen eine spielstarke Berliner Mannschaft nach hier zu verpflichten. Pünktlich 3 Uhr pfiff der jederzeit unparteiische Schirt (Zeidler) das Spiel an. Berlin hat Anstoß, jetzt setzt sich sofort in Mötzlichs Hälfte fest. Ein scharfer Schuß des Berliner Halb wird von Mötzlichs Torwart zur Ecke abgelenkt, selbige bringt auch Mötzlich nicht frei. Danach Mittelstellspiel. Die Hintermannschaft von Mötzlich spielt sehr zerstoben. Berlin nutzt die Schwäche aus und kann bis zur Halbzeit beständig einsenden, dem Mötzlich durch Alleingang des L.-V. nur einen Treffer entgegensetzen kann. Nach der Pause findet sich Mötzlich zusammen und ist meist tonangebend. Berlin, dadurch aufgemuntert, rafft sich zusammen und kann durch großartiges Kombinationsspiel des Innentrios drei Tore erzielen. Nachdem noch jede Mannschaft bis zum Schluß je einen Treffer buchen konnte, pfiff der Schirt das jederzeit einwandfreie, faire Spiel ab, das keinen Zweck als Werbespiel voll und ganz erfüllt hat. Der Besuch war sehr gut. — Mötzlich 2. — Fichte Berlin 22. Gruppe 2. 3 : 2 (3 : 1). — Mötzlich 1. Jgd. — Teicha 1. Jgd. 2 : 1 (2 : 0). Mötzlich 1. — Schönebergs-Ertebenau 1. 3 : 4.

Berlin-Friedrichshagen 1. — Diemitz 1. 4 : 1 (3 : 1)

Bei herrlichem Wetter und einer ansehnlichen Zuschauerzahl standen sich obige Mannschaften gegenüber. Von Anfang an entwickelte sich ein spannender Kampf und beide Tore kommen des öfteren in Gefahr. F. kam in den ersten 20 Minuten zu zwei billigen Erfolgen, die sofort aufs Tor geschossen wurden. D. hielt leicht im Vorteil, aber die gut arbeitende Hintermannschaft von F. klärt in schwierten Situationen. D. unternimmt einen Angriff, der vom Halb unhaltbar eingeschossen wird. F. kann bis zur Halbzeit auch noch ein Tor entgegenhalten. Nach einer Pause von 5 Minuten geht es weiter. Bald muß der Torwart von D. zum viertenmal den Ball aus den Maschen holen. — Berlin-Friedrichshagen 2. — Diemitz 2. 2 : 6.

Berlin-Woltersdorf 1. — Diemitz 1. 1 : 0 (1 : 0)

Am zweiten Feiertag standen sich obige Mannschaften zum fälligen Rückspiel gegenüber. Es entwickelte sich ein spannender Kampf, der reich an Momenten war. Die Verteiler müssen oft ihr Können unter Beweis stellen. Einige Ecken auf beiden Seiten werden von der Hintermannschaft geklärt. Dann folgt

eine Minute Ruhe zum Gedenken der Berliner Barricadenkämpfer.

Kurz vor Halbzeit kommt W. durch Durchbruch zum einzigen Erfolg. — Berlin-Woltersdorf 2. — Diemitz 2. 1 : 6.

Der Empfang in Berlin

Ermähnenswert ist noch für beide Vereine der herzliche Empfang und die gute Verpflegung. Nachdem uns die Genossen von Friedrichshagen nach Woltersdorf gebracht hatten und einige Begrüßungsansprachen gehalten wurden, bekam jeder Genosse sein Quartier zugewiesen.

Sportfreunde Teicha — F. T. Schöneberg 2 : 2 und gegen Fichte 22 Berlin 6 : 1

Am 1. Feiertag weilte in Teicha die erste Mannschaft der Freien Turner Schöneberg-Ertebenau zu Gaste. Nach herzlicher Begrüßung begann um 4 Uhr das Spiel, welches von einer stattlichen Zuschauermenge besucht war. Das Spiel wurde von Anfang bis Ende mit einer dem Arbeitersport sich geziemenden fairen Spielweise durchgeführt, leider fehlte der Schiedsrichter. Das Spiel endete mit einem gerechten Resultat von 2 : 2 (1 : 1). Im Spiel wurde auch nicht ein einziger Straffall verhängt. Ecken 5 : 3 für Teicha.

Am zweiten Feiertag weilte Fichte 22 mit ihrer 1. und 2. Mannschaft in Teicha. Die 2. Mannschaft von Berlin konnte einen 2 : 1-Sieg mit nach Hause nehmen. Die erste Mannschaft von Berlin wurde von Teicha mit 6 : 1 (3 : 0) glatt überfahren.

Reideburg 1. — Sparta 11 Berlin 1. 1 : 2 (0 : 1)

Vor 1000 Zuschauern begann pünktlich ½4 Uhr das Spiel unter Leitung von Lichtenberg. Sparta hat Anstoß. R. fängt den Ball ab. Sparta will R. in ihre Spielhälfte drängen. Das gelingt nicht, denn das Schlußdreieck wehrt gut ab und bringen hälfte drängen. Das gelingt nicht, denn das Schlußdreieck wehrt gut ab und bringen den Sturm immer wieder nach vorn. Dieser läßt aber taktische Sachen aus. Das Spiel wird offen, bald müssen die Torwächter abwechselnd sehr schwere Sachen halten. Sparta kommt zur ersten Ecke, die gut abgewehrt wird. Auch die weiteren Ecken bringen nichts ein. Durch gutes Spiel der Sp.-Stürmer fällt das erste Tor. Reideburg läßt sich nicht abschrecken. Sie setzen sich wieder vor das Sp.-Tor. Es wird ihnen ein Elfmeter zugesprochen der in sportlicher Weise verhindert wird.

Trotz des guten technischen Spieles mußte sich R. das zweite Tor nach der Pause gefallen lassen. Durch eine Flanke vom L.-A. kann der M.-St. das schon lange verdiente Tor einsenden. Dieses stärkte beide Parteien. Sp. verstärkt ihre Hintermannschaft, denn sie wollen nicht verlieren, so sie schon vom Bundesmeister eine Niederlage um die Meisterschaft einstecken mußten. Kurz vor Schluß passierte dem lang lange um die Meisterschaft einstecken mußten. Kurz vor Schluß passierte dem lang guten Schirt eine Fehlentscheidung. Ein gut getretener Torschuß streift die Hand des Verteidigers und landet im Tor. Anspruch dieses anzuerkennen, entscheidet er Strafstoß. Ecken 4 : 1 für Reideburg.

Eine neue Bezirkskartellsitzung

wird auch vom Sportkartell Niemegk verlangt

In seiner letzten Sitzung nahm das Arbeiter-Sportkartell Niemegk den Bericht von der Bezirkskartelltagung entgegen. Einmütig protestierte das Kartell gegen die Knebelung durch ZK. und die Handhabung der Leitung. Ferner wird gegen die Wahl des Fachbeirates auf das schärfste Protest erhoben und unbedingt

die Einberufung einer neuen ersprießlicheren Sitzung verlangt.

Weiter wird verlangt, daß das Kreissportkartell Zeitz bei der nächsten Sitzung wieder Thüringen angegliedert wird, da bis jetzt nur aus politischen Gründen dem hallischen Bezirkskartell angeschlossen, um dessen Arbeit im Auftrage der SPD. zu lähmen.

Der ZK. wird weiter zum Vorwurf gemacht, daß sie ein Interesse an der gesamten Sportbewegung begeht, indem sie in Zeitzer derartige Spaltungsmaßnahmen begünstigt und den Zeitzer Kartellen durch unnötige Fahrten die schwachen Kassen mehr erleichtert. Zum Schluß ging zum Protest noch ein Antrag ein, die Bezirksbeiträge bis zur Klärung zu sperren.

Darüber macht sich zum Schluß „Volksblatt" in der bekannten Weise lustig, was ihm wohl aber bald vergehen wird, denn die Spaltercliique soll sich nun endlich darüber klar werden, daß Drohungen die Arbeitersportler nicht abhalten, ihre Ziele durchzusetzen.

Im Bezirk muß sich das jetzt bald in der Einberufung einer neuen Bezirkskartellsitzung erweisen, wo dann ganze Arbeit im Interesse aller Kartelle verrichtet wird.

Großes internationales Kreisfest in Berlin

am 29. und 30. Juni 1929

Die oppositionellen Arbeitersportler des 1. Kreises werden in diesem Sommer ihr fülliges 14. Kreisfest in einer noch nie dagewesenen Großzügigkeit durchführen. An nicht weniger als 15 Bruderorganisationen sind Einladungen ergangen. Bisher haben Rußland, Norwegen, Schweden, Finnland und die Tschechoslowakei ihre Teilnahme bestimmt zugesagt. Ferner schweben aussichtsreiche Verhandlungen mit den französischen und englischen Arbeitersportlern.

Auch aus dem Reiche kommen bereits zahlreiche Anmeldungen, wenn auch nicht geplant wird, größere Massen aus dem Bundesgebiet zum Kreisfest aufmarschieren zu lassen, um keine Konkurrenz für das Nürnberger Bundesfest herzustellen. Viele aktive Sportler werden sich aber nicht die Gelegenheit entgehen lassen, bei der groß.n internationalen Veranstaltung in Berlin mit dabei zu sein. Auch Vereinsdelegationen haben ihre Teilnahme bereits angekündigt, um dadurch ihre Verbundenheit mit den Berliner oppositionellen Sportgenossen wieder einmal zu dokumentieren.

Ausgetragen werden turnerische, leichtathletische und Schwimmer-Wettkämpfe, sowie Fußball-, Handball-, Hockey- und Tennis-Spiele.

Die Ausschreibungen können beim Kreisrat des 1. Kreises, Berlin C 25, Landsberger Straße 82, per Adresse: Arbeiter-Sport- und Kultur-Kartell, angefordert werden. Dorthin sind auch alle sonstigen Anfragen und Meldungen zu richten. Alle auswärtigen Teilnehmer, auch passive, erhalten gegen Zahlung des Festbeitrages von 1 Mark freies Quartier und Verpflegung.

Beteiligt Euch am Kreisfest in Berlin am 29. und 30. Juni

Deutschland gewinnt die Länderspiele

In Karlsruhe wird die Schweiz mit 5 : 4 und in Augsburg 8 : 0 geschlagen

Die deutsche Mannschaft des ATSB. hat zwei Siege errungen, die auf sich würdige Weise zustande kamen. In Karlsruhe mußten vier deutsche Schweizer Spieler ausgewechselt werden. Nur durch einen Elfmeter, in Meinung noch „sportlicher" behandelt werden mußte, gewann Deutschland den Stande von 4 : 3 für die Schweiz.

Im zweiten Spiele war die deutsche Mannschaft besser. Das Spiel in Niederlage unentschieden. Der Sturm der Schweizer war durch die Spieler Spielers vom ersten Spiel gehandicapt.

Lorbeer-Hamburg und Döbeln

kämpfen am 25. Mai in Hamburg um die deutsche Fußballmeisterschaft im ATSB.

Die Hamburger Mannschaft schlug den bayrischen Meister Weiden. Sie 2 : 0, als Weiden durch den Mittelläufer ein Tor aufholt. Mit Glück burg in der zweiten Hälfte das Tor rein.

Fußball zu Pfingsten im Bitterfelder Industrie

Holzweißig 1. — Wacker Aschersleben 1. 7 : 1 (3 : 1)

Die unentwegten Pfingstfußballer kamen hier ein zuhiges, schönes Spiel, welches Holzweißig verdient gewann. Die Gäste, etwas abgespannt von Elbe, ließen im Laufe des Spieles stählich an Eifer nach. Dem Torwart gebührt

Petersroda 1. — Dresden 1. 3 : 2 (1 : 0)

einen guten Ruf.

Wittenberg 1. — Berlin-Pankow 1. 3 : 1

Auch hier bekamen fremde Gäste anderen Fußball zu sehen. Den in spielen wenig auffallenden Wittenbergern gelang es, Regreich abzuhalten.

Annaburg 1. — Berlin-Finsterwalde 1. 2 : 4

Finsterwalde mußte sich anstrengen, um zeigen Resultat zu erzielen. Sieg

— Finsterwalde 2. 2 : 3.

Sportfreunde Pieskerig 1. — Finsterwalde 1. 8 : 1 (3 : 1). Mit Kanonen begann das Spiel. Gleich nach den ersten Minuten konnte Sportfreunde einsenden. Sportfreunde war stark überlegen, trotzdem Finsterwalde, spielend, nicht schlecht war. Aber ihre Kunst reichte nur zum Ehrentor. Halbzeit stellte Pieskerig das Ergebnis auf 3 : 1. Jetzt ließ das Spiel Erst in der letzten Viertelstunde wurde es wieder lebhaft. Sportfreunde äußerst ruhig und konnte noch sinnmal einsenden. Ecken 6 : 3. Auch Mannschaft gewann 3 : 2.

Feiten-Wien spielt in Mitteldeutschland

Wacker Hohenmölsen unterlag im 3. Auslandstreffen gegen Feiten Wien 500 Zuschauern 1 : 0 (0 : 0). Bericht folgt. — In Trebnitz gegen Wienerl 5 : 1. — Am Sonnabend, dem 25. Mai, 18 Uhr, spielen die Greppin auf dem Preußen-Sportplatz gegen Fortuna.

Arbeiter-Athleten 5. Kreis

Am Freitag, den 24. Mai, 20 Uhr, im Lokal Reichert, Mansfelder Straße, ordnungsfitzung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist restlos erforderlich. Paul Kretschmann, Kreis

Turner

6. Bezirk, 5. Gruppe, Frauenturnen. Sonntag, 26. Mai, vormittags im „Bürgergarten" zu Kornhorn unsere zweite Leitung der Frauen-Bezirkstagung. Wir müssen unsere Reichs-Arbeiter-Sportfest-Wettkämpfe sind vollzählig vertreten zeitig

Die Gruppenleitung. J. V.: Karl Schön.

5. Kreis, 4. Bezirk. Sonntag, den 26. Mai, 8.30 Uhr findet in Turnerbund-Plan, obere Promenade, das Ausscheidungs-Turnen statt. Alle Wettkämpfer sowie Nürnberg-Jahrer sind verpflichtet, sich an der Vorführungen zum Bundesfest zu beteiligen. Deshalb bitte ich die Leiter, die Kreisvereinsübungen nebst den Bundesfestvorführungen zu stunden in den Vordergrund zu stellen. Otto Wolfert, Bezirks-Fachwart.

Radfahrer

Die Jugendleiter des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes der die Jugendgruppen nach nicht an den Bezirksjugendleiter O. Arbeiter-Turn-Bitten-Straße 23, entsandt haben, werden aufgefordert, diese zusenden.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund „Solidarität", Ortsgruppe tag, den 26. Mai, Motorfahrertreffen in Eilenburg. Abfahrt Gasthaus Radewell. Dienstag, den 28. Mai, Jugend Theaterprobe Dreierhaus". Sonntag, den 2. Juni, Schnitzeljagd der Schulgruppe.

Vereinsmitteilungen

Motorradfahrer, Ortsgruppe Halle. Freitag 7 Uhr Mettiner Platz Stunde. Sonntag vorm. 7 Uhr Treffen am Kopplitz. Abfahrt pünktlich

HJC. Minerva 08. Morgen, Freitag, abend 8 Uhr findet eine Ge bestimmtes Probe für Sonnabend nach Greppin statt. Vollzähliges Sonntag, 26. Mai, finden folgende Spiele statt: 1. — Merseburg 1. 2. — Bruckdorf 2. ½15 Uhr Stadion.

Freier Wassersportverein Halle, e. V. Heute, Donnerstag, bei Freitag treffen sich alle Sportlerinnen, die wieder Handball spielen im Bade.

VfB. 07 Lettin. Sonnabend, 25. Mai, wichtige Mitgliederversammlung.

Germania-Fußballer. Allen Mitgliedern und Angehörigen zur Sonntag, 26. Mai, unser Sommerfest in Diemitz. Lokal Schaul.

Turn- und Sportverein Zickte, e. V. Kinderausschuß. Sonntag in der „Terrasse" Sitzung.

ASV. Mötzlich. Sonntag spielt 1. und 2. Mannschaft in Seeben und Sportbrüder 2. Ich mache darauf aufmerksam, daß in Seeben das fest des Turnvereins Seeben Kostümfest. Jeder Sportgenosse soll beteiligen, auch wenn er nicht spielt. Abmarsch 9 Uhr Kingsau.

„Vorwärts"-Schwindeleien

Die Wolfener Kommunisten sollten bei den Arbeitersportlern angeschwärzt werden

Der „Vorwärts" veröffentlichte am 14. Mai in seiner Abendausgabe eine Notiz, in welcher der Schwindel verzapft wird, daß die Kommunisten in Wolfen dafür gestimmt hätten, daß einem bürgerlichen Fußballverein ein Darlehen von 1000 Mark von der Stadt gestundet wurde. Es versteht sich von selbst, daß sämtliche Ableger des „Vorwärts" nachplärrten, daß die Kommunisten die bürgerlichen Sportler „unterstützen". Die sozialdemokratische Presse hat wieder einmal ins eigene Lager getroffen, denn in Wirklichkeit verhält sich die Sache nämlich folgendermaßen:

Im Jahre 1926 erhielt ein bürgerlicher Sportverein in Wolfen mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten eine Anleihe von 1000 Mark. Nun ließ der Sozialdemokrat Vater vor einiger Zeit im Geschäftsausschuß der Gemeinde Wolfen durchblicken, daß der bürgerliche Verein die ihm geliehenen 1000 Mark zurzeit nicht zurückgeben könne. Die Gemeinde sollte ihm doch die 1000 Mark schenken. Hiergegen wehrten sich die kommunistischen Vertreter mit allen Mitteln. Um das Geld diesem bürgerlichen Verein nicht zuschenken, stellten sie deshalb den Antrag, es möge innerhalb zwei Jahren zurückgezahlt werden. Die Sozialdemokraten erhöhten die Frist auf drei Jahre und kamen damit wohl den Bürgerlichen am weitesten entgegen.

Der „Vorwärts" teilt dann noch mit, daß „ein Gesuch der Arbeitersportler auf Gewährung eines Darlehens von 300 Mark von der kommunistischen Vertretung abgelehnt worden sei. Er hütet sich jedoch, mitzuteilen, daß es sich hier um ein kleines Grüppchen handelt, das den Arbeitersportverein in Wolfen zu spalten versucht. Solche Elemente, die die Spaltung der Arbeiterbewegung in Wolfen mit öffentlichen Mitteln am liebsten handwerksmäßig betreiben möchten, wurden von den Kommunisten natürlich nicht unterstützt. Das wird jeder Arbeiter verstehen. Zugleich werden die Arbeiter aber auch den faustdicken „Vorwärts"-Schwindel durchschauen.

Mobilisiert schon jetzt alle Sportgenossen,

damit der ATSB. im Juni eine machtvolle Kundgebung für die Idee des revolutionären Arbeitersports wird. Unbekümmert aller Spaltungsversuche, die nun schon ein Jahr lang zur Praxis der reformistischen Sportführer gehören, stehen die hallischen Arbeitersportler in einer Front und folgen dem Rufe ihres Kartells

zu den Reichs-Arbeitersporttagen vom 20. bis 23. Juni!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0008

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Arbeiterinnen im Messingwerk Hettstedt! Heraus zur Betriebsratswahl!

Eine Arbeiterin aus dem Messingwerk Hettstedt richtet heute eine Mahnung an die über 190 im Betrieb beschäftigten Frauen und schreibt uns:

Als im Werk das Wahlausschreiben erlassen wurde, und neben der roten Liste Nr. 4 der Gewerkschaftsopposition, die reformistische Liste Weber, eine Stahlhelmliste und eine christliche prangte, entspann sich auch unter den Arbeiterinnen eine lebhafte Diskussion. Einige sind der Ansicht, daß die Frauen kein Interesse an der Betriebsratswahl haben. Wir wollen diese Frage erörtern. Die Arbeiterinnen werden mit mir dann übereinstimmen, daß gerade die Frau zu oft ein billiges Ausbeutungsobjekt für die Profitgier des Unternehmertums darstellt.

Bis jetzt haben wir Frauen noch nicht den Grundsatz: „Gleiches Lohn für gleiche Arbeit" im Betrieb verwirklichen können, obwohl unsere Leistungen fast dieselben wie die der männlichen Arbeitskollegen sind. Was können wir daran ändern?

In erster Linie muß sich die Frau einer freigewerkschaftlichen Organisation anschließen, und gemeinsam mit der Opposition den Kampf führen, daß die Gewerkschaften Klassenkampforganisationen werden und nicht von den reformistischen Gewerkschaftsführern herabgewürdigt werden zu Unterstützungsorganisationen im kapitalistischen System. Gemeinsam mit dem männlichen Betriebsarbeiter muß die Frau den Kampf um Lohn und Brot führen. Der Kampf um soziale Einrichtungen in den Betrieben, die von besonderem Interesse gerade für die Frauen sind, ist eine der wichtigen Aufgabe der Frau im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse neben dem Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen im Betriebe.

Die neue Wendung in der Taktik der Kommunistischen Partei, die Gewinnung der Unorganisierten bedeutet zugleich, Mobilisierung und Organisierung der Unorganisierten Betriebsarbeiterinnen. Hunderttausende von unorganisierten Arbeiterinnen haben in diesem Jahre bei den Betriebsrätewahlen beteiligt. Unorganisierte Arbeiterinnen, die das Vertrauen der Belegschaft gefunden, wurden zu Betriebsräten gewählt. Arbeiter und proletarische Hausfrauen standen gemeinsam in Wirtschaftskämpfen zusammen, mobilisierten breite Frauenschichten für den Kampf um Lohn und Brot unter Führung der Opposition. Genau wie im Weltkrieg 1914 die Betriebsarbeiterinnen im Dienste des imperialistischen Eroberungskrieges in den Betrieben fronen mußten, sucht das Unternehmertum auch jetzt wieder, bei dem bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion die Frau an die Rüstungsarbeit zu fesseln.

Alle Arbeiterinnen haben daher der Betriebsratswahl ihr Interesse entgegenzubringen und sich nicht selbst ihre Henker zu wählen. Erinnert Euch noch daran, als der Betriebsratsvorsitzende Weber, Euch einen Schandschiedsspruch von 4 Prozent Lohnabbau empfohlen hat, während dem er selbst nach der Futterkrippe der Reformisten schielte. Eure Interessen können weder der Stahlhelm noch die Christlichen vertreten, sondern nur die Vertreter der

Liste 4.

Der Lügen-„Vorwärts" wieder ertappt

Er will seinen Blutsbruder Zörgiebel unter allen Umständen reinwaschen

In der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom Mittwoch, dem 22. Mai, finden wir auf der letzten politischen Seite eine Notiz, die sich mit unserer Zeitung, dem „Klassenkampf", befaßt. Der „Vorwärts" glaubt da seinen Lesern, weitab vom Schuß, den nachstehenden Schwindel ohne Widerspruch vorsetzen zu können. Es heißt dort wörtlich:

Viertischrevolutionäre

Anträge, die nie gestellt wurden

Im „Klassenkampf", dem Ersatz für die „Rote Fahne", wird in der Nummer vom Sonntag erzählt, daß die Sektion der Fleischer im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter am 14. Mai beschlossen habe, die Zurücknahme des Demonstrationsverbotes und die Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpfer-Bundes zu fordern, ferner beim Hauptvorstand den Antrag zu stellen, wegen der Berliner Vorgänge am 1. Mai den Polizeipräsidenten Zörgiebel aus dem Verband auszuschließen.

Dazu stellen wir fest, daß am 14. Mai eine Versammlung der Sektion der Fleischer überhaupt nicht stattgefunden hat. Die Versammlung fand am 7. Mai statt. In der Versammlung ist aber weder dieser, noch ein ähnlicher Antrag gestellt und folglich auch nicht angenommen worden.

Zweifellos hat eines der Mitglieder der kommunistischen Fraktion einen entsprechenden Auftrag von der KPD. erhalten und dann mit zusammengeschlagenen Hacken berichtet: „Melde gehorsamst, Auftrag ausgeführt." Der Held zog es aber vor, in der Versammlung eine stoische Ruhe an den Tag zu legen.

Das sind nun die „revolutionären Klassenkämpfer", auf die sich die KPD. stützt. Sie schwindeln einander beim Bier vor, wie sie es den Reformisten ordentlich gegeben haben.

*

Soweit das Zentralorgan der Zörgiebel-Partei. Die sofort eingezogenen Erkundigungen bestätigen aber nun wortwörtlich, was wir am Sonntag (bzw. Sonnabend) berichteten. Die Versammlung war am 14. Mai und fand in Halle am Alten Markt im Restaurant „Zur goldenen Kette" statt. Die Versammlung war sehr gut besucht und die hallischen Freunde des „Lügen-Vorwärts" sind ja in der Lage, das Protokoll der Versammlung einsehen zu können, wobei sie feststellen werden, daß beide Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden.

Das hallische „Volksblatt", sonst ja auch zu jedem Schwindel bereit, hat sich in diesem Falle etwas mehr vorgesehen. Es wußte zu gut, daß ein so plumper Betrug der Leser doch allzu schnell von den Teilnehmern öffentlich aufgedeckt worden wäre. — Der „Vorwärts" aber „lebt", wenns auch nur von Lügen ist.

Betriebsmord

Vom Starkstrom getötet

In einem Großabraumbetriebe bei Hohenmölsen (Kreis Weißenfels) kam ein Arbeiter beim Transport von Eisenstangen der 5000-Volt-Starkstromleitung zu nahe. Er wurde sofort getötet.

Zum 25. Verbandstag der Zimmerer

Am 27. Mai wird in Kiel der 25. Verbandstag der Zimmerer eröffnet. Der Zentralvorstand hat diesen Verbandstag gut „vorbereitet", von 192 Delegierten gehören 36 zur Opposition. Ueberall, wo die Opposition starken Anhang hat, ist er mit den brutalsten Mitteln gegen sie vorgegangen. Ausschlüsse von führenden Genossen in den verschiedensten Zahlstellen, Ausnutzung des reaktionären Statuts haben für den Hauptvorstand eine sichere Mehrheit geschaffen. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, zeigen die Fälle, in denen Wahlschiebungen vorgenommen wurden, die selbst vom Zentralvorstand rückgängig gemacht werden mußten. Klassenbewußte Kameraden werden von den Angestellten in offiziellen Anweisungen als „ausländisches Verbrechergesindel" beschimpft und unter Bruch des reaktionären Statuts aus dem Verband ausgeschlossen. Selbst vor Auflösung ganzer Zahlstellen schreckt man nicht zurück, nur um den wirtschaftsfriedlichen Kurs durchzuführen, der zur Zerschlagung der Organisation führen muß.

Der Verbandstag findet in einer Zeit statt, wo die Baukapitalisten zur Aufrechterhaltung ihres Wirtschaftssystems neue Methoden anwenden, die zu einer gesteigerten Unterdrückung der Bauarbeiter führen und die Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum immer stärker hervortreten lassen. Auch im Baugewerbe ist die kapitalistische Rationalisierung zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiterschaft durchgeführt. Das Ziel des Unternehmertums ist Verbilligung der Produktionskosten durch verschärften Lohndruck, wobei die sogenannten „sozialen" Bauhütten als Muster dienen. Die Folgen dieser Rationalisierungsmaßnahmen, welche durch Einführung immer neuer Maschinen verschärft werden, bedeuten Herabsetzung der Lebenshaltung durch Sinken der Reallöhne, Steigerung der Profite der immer größer werdenden Baukonzerne, gestützt auf größeres Massenelend und das Vorhandensein einer ständig größer werdenden Erwerbslosenarmee. Besonders auf die Zimmerer wirkt sich die kapitalistische Rationalisierung aus, was deutlich aus den Zahlen der erwerbslosen Zimmerer hervorgeht. So waren im Juni des vorigen Jahres 10 200, im Oktober 16 991 und im Dezember 70 704 Zimmerer arbeitslos.

So umfangreich die Tagesordnung des Verbandstages ist — neun Punkte sind als Beratungsstoff vorgesehen — so fehlen doch wichtige Probleme. Vor allem fehlt die Behandlung der Kriegsgefahr, sowie des Kampfes gegen den Faschismus. Kriegsgefahr und Faschismus müssen auch in der Bauarbeiterschaft die unerschrockensten Gegner finden.

Diese Tatsachen müssen die Zimmerer veranlassen, auf ihrem Verbandstag die Kriegsgefahr, sowie das Wettrüsten der imperialistischen Mächte zu behandeln. Die Opposition wird mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Kriegsgefahr als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Entsprechend ihrer Einstellung zum bürgerlich-kapitalistischen Staat haben die Führer der baugewerblichen Verbände jeden ernsten Kampf der Bauarbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage unterbunden. Dort, wo Kämpfe sich trotzdem entwickelten, wurden diese als „wild" erklärt und so die Interessen ihrer eigenen Mitglieder verraten. Durch Betäubung des Schlichtungswesens, das nach ihrer Auffassung notwendig ist, zur „Sicherung des Wirtschaftsfriedens" im Baugewerbe wurde jede Regung der Bauarbeiter unterdrückt. Infolgedessen ist der Lebensstandard der deutschen Arbeiter ständig gesunken. Sozialdemokratische Schlichter sind es, die Schandsprüche für verbindlich erklären, die nur dem Unternehmertum zugute kommen. Das Beispiel der Frühjahrslohnbewegung im Baugewerbe und seine Abwürgung vor den Tarifämtern ist der beste Beweis, daß die Bernhard, Wolgast und Konsorten eine Lohnpolitik betreiben, die im Interesse ihrer vielen Bauhüttenbetriebe, aber nicht im Interesse der Bauarbeiterschaft liegt. Zulagen von 4½ Prozent für gelernte und 5,1 Prozent für Tiefbauarbeiter sind das Ergebnis ihrer „Wirtschaftsdemokratie"! Diese Zulagen sind nicht einmal ein Ausgleich für die gesteigenen Lebenshaltungskosten. Die Niederlagenstrategen fürchten die Kritik ihrer Handlungsweise durch oppositionelle Verbandstagsdelegierte.

Im Zusammenhang mit den Tarifstragen ist es notwendig, die Schaffung eines Industrieverbandes aller Bauarbeiter auf dem Verbandstag zu behandeln. Die immer mehr zunehmende Konzentration des Baukapitals drängt auch im Baugewerbe zur Schaffung neuer Organisationsformen. Die alten Berufsverbände müssen infolge der Betriebsrationalisierungen und Kampfmethoden, die gegen Tausende von Innungsskrautern noch zweckmäßig waren, sind gegen die immer größer werdenden Baukonzerne völlig unzureichend. In allen Kämpfen der Bauarbeiter haben sich Ereignisse abgespielt, die an die Mitglieder der Bauarbeiterorganisationen die ernste Mahnung richten, den Kampf um den Industrieverband mit aller Energie zu führen. Die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer gegenüber dem Bestreben der Arbeiterklasse, schlagkräftige Industrieverbände zu schaffen, muß gebrochen werden. Die aus den Mitgliedertreffen an den Verbandstag gestellten Anträge bzw. Industrieverband müssen von allen Delegierten unterstützt werden. Der Verbandsvorstehende Wolgast, sowie der gesamte Zentralvorstand des Zimmererverbandes sind es, die aufs schärfste den Gedanken des Industrieverbandes bekämpfen.

Außer den angeführten Fragen wird sich der Verbandstag mit der Einführung der gewerkschaftlichen Invalidenversicherung beschäftigen. Gerade bei dieser Frage wird es der Opposition ein Leichtes sein, den Nachweis zu erbringen, daß diese Maßnahme nicht zur Stärkung der Kampfkraft der Bauarbeiter führt. Die geplanten Aenderungen der Statuten sind ein weiteres Glied in der Kette zur Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder und Stärkung der Diktatur des Zentralvorstandes.

Die wichtigste Aufgabe der Bauarbeiterschaft ist es, den Weg freizumachen zur Schaffung der einheitlichen Kampffront aller im Baugewerbe Beschäftigten auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Arbeiter. Dazu ist notwendig die Einreihung aller klassenbewußten Bauarbeiter in die Kampffront der Opposition.

Die Gewerkschaftsbürokratie bestätigt ihren jahrelangen Verrat der Arbeiterinteressen

Hinein in die Gewerkschaften — Entreißt sie den Verrätern!

Worte und Praxis sind bei der Gewerkschaftsbürokratie zwei verschiedene Dinge. Es ist gut, wenn dieses hin und wieder am Beispiel nachgewiesen werden kann, um den Nachweis zu führen, wohin der reformistische Kurs führt.

In der „Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB. vom 4. Mai, veröffentlicht einen langen Artikel unter der Ueberschrift: „Stabilisierung der Löhne". In dem wird nachzuweisen versucht, daß die Forderungen der Gewerkschaften nach weiteren Lohnerhöhungen für die Arbeiter unberechtigt sind.

Es wird von amtlichem Zahlenmaterial wird festgestellt, daß der durchschnittliche tarifliche Wochenlohn vom 1. April 1928 bis April 1929 folgende Steigerung erfahren hat:

Facharbeiter von 50,19 auf 52,40 Mk.
Angelernte von 38,39 auf 40,56 Mk.

Es wird aber ausdrücklich festgestellt, und auch das ist ein neues Eingeständnis, daß die Steigerung der Tariflöhne durch Zulagen (für Leistung, Akkord usw.) vollständig gefahren wurden, während gleichzeitig der Ausfall für Kurzarbeit sich um mehr als 1 Prozent erstreckt.

In der gleichen Zeit sei aber der amtliche Lebenshaltungsindex von 156,5 gestiegen, d. h. die Kaufkraft der Mark ist um 1 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die „Gewerkschaftszeitung" sagt dazu:

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten droht also, alle Erfolge schwerer Arbeitskämpfe zu vernichten, falls es nicht gelingt, den Verfall an Kaufkraft der Mark durch eine entsprechende Erhöhung des Stundenlohnes auszugleichen."

Den Arbeiter, der mit den erbärmlichen Löhnen auskommen muß, wird es seiner amtlichen Statistik, um nachzuweisen, daß die „Leistungen" durch die Steigerung der Preise dank der Monopolität der Kartelle und Trusts längst überholt sind. Die Gewerkschaftsbürokratie aber erklärt immer wieder, wie erfolgreich ihre Tätigkeit gewesen seien und was alles an Lohnerhöhung herausgeschlagen wurde. Die „Gewerkschaftszeitung" straft sich selbst Lügen und schreibt an Hand des amtlichen Lebenshaltungsindex, der nicht im geringsten den wirklichen Tatsachen entspricht.

Der Artikel betont weiter, daß die Gewerkschaften in den letzten Jahren mehrere Produktionserhebungen veranstaltet haben, wobei sie immer neue Beweise für eine immer stürmischere Entwicklung der Produktivität der Arbeit ergeben hätten. Auch für das letzte Jahr für diese Behauptung, einmal an der Steigerung des Verbrauchs industrieller und gewerblicher Verbraucher, und zum andern an der Steigerung bei der Förderung von Kohlen, Material geliefert. Nach Anführung der Tatsachen erklärt „Gewerkschaftszeitung" 1

„Aus den beiden Zahlenreihen ergibt sich mit voller Deutlichkeit, daß die Kapazität der deutschen Industrie, die Produktivität der Arbeit im vergangenen Jahr, wie auch in den früheren Jahren gestiegen ist, und zwar in einem sehr erheblichen Maße; indessen blieb die entsprechende Steigerung des Reallohnes aus."

Was werden nun daraus für Schlußfolgerungen gezogen? Die „Gewerkschaftszeitung" appelliert an die Unternehmer sowie an die Schlichtungsbehörden, daß den Arbeitnehmern bei der Fällung von Schiedssprüchen ein „gerechter Anteil" an den Früchten der Rationalisierung geschehe, daß dabei vor allem auch die rasche Steigerung der Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden muß und daß deshalb unter Berücksichtigung der Steigerung der Produktivität höhere Löhne festgelegt werden sollen. Die „Gewerkschaftszeitung" fordert, daß beim Abschluß eines Vertrages auf die Dauer von ein bis einhalb Jahren

die Löhne mindestens um 8 bis 12,5 Prozent erhöht werden müßten, um einen Ausgleich zu schaffen und das weitere Sinken der Reallöhne zu verhüten.

Von Gewerkschaftsseite wird hier also klipp und klar bewiesen, daß die Arbeiter mit Hilfe der Schlichter von Jahr zu Jahr weiter betrogen werden, daß die Reallöhne sinken, ihre Arbeitsbedingungen sich also fortgesetzt verschlechtern. Aus der Praxis wird aber die Gewerkschaftsbürokratie auch nicht einen einzigen Schiedsspruch anführen können, wo den von der „Gewerkschaftszeitung" aufgestellten Forderungen Rechnung getragen wurde. Für jeden denkenden Arbeiter sind diese Feststellungen der „Gewerkschaftszeitung"

das Eingeständnis der völligen Bankrotts der Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbürokratie.

Sie schwört auf den Schlichteraparat, sie verhindert jeden Kampf um höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die brutalen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung. Sie schließt Hunderte der besten Funktionäre aus den Gewerkschaften aus, zerschlägt und spaltet die Organisationen, um damit die Kampfmöglichkeiten zu erschweren.

Die heute in den Gewerkschaften tonangebende „Führer"-garnitur, auf das engste verbunden und verfippt mit der Bourgeoisie, eingeschworen auf die sozialdemokratische Koalitionspolitik, ist außerstande, einen anderen Kurs einzuschlagen.

Die Arbeiterschaft aber muß um höhere Löhne, um Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen. Immer stärker muß sich deshalb die Arbeiterschaft in den Betrieben in revolutionärer Einheitsfront zusammenfinden, um unter Stärkung der Opposition den korrupten Führerapparat in den Gewerkschaften zu beseitigen und unter selbstgewählten Kampfleitungen den Kampf um höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit führen zu können."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0009

Mansfeld-Sangerhausen

Oeffentliche Einwohnerversammlung in Gerbstedt

In einer öffentlichen Einwohnerversammlung in Gerbstedt, in welcher der Genosse Lehnert ein ausführliches Referat über Wirtschaftsfragen und die politische Lage hielt, wurde eine Resolution wegen des RFB.-Verbots angenommen. Auch wurde eine Entschließung gegen die Erhöhung der Realsteuer von 150 auf 210 Prozent einstimmig angenommen.

„Die am 6. Mai in Gerbstedt stattgefundene Stadtverordnetensitzung hat wegen eines Schreibens des Regierungspräsidenten Grützner, der eine Aenderung der Steuerzuschläge verlangt, eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt, daß sich die Stadtverordnetenversammlung keine gerechtere Verteilung der Steuer denken kann, als sie dieselbe beschlossen hat. Ferner wird darin die Stadtverordnetenversammlung als die auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewählte Körperschaft bezeichnet usw. Diese Entschließung hat zunächst auch die Zustimmung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion gefunden.

Wir erklären aber heute ausdrücklich, daß sich unsere Zustimmung nur auf die Einmischung des Regierungspräsidenten in das Selbstverwaltungsrecht der Stadt erstreckt. Solche Einmischungen haben schon in früheren Jahren stattgefunden und haben damals eine steuerliche Mehrbelastung für die werktätige Bevölkerung gebracht.

Da in den folgenden Jahren die infolge der Einmischung des Regierungspräsidenten erhöhte Steuer immer wieder erhoben worden ist, kann von einer gerechten Steuerverteilung überhaupt keine Rede sein, zumal die auf Grund des Reichsfinanzausgleiches herabgesetzte Reichssteuerüberweisung von 90 auf 75 Prozent ebenfalls nur auf Kosten der ärmeren Bevölkerung erfolgte. In Anbetracht dieser Erscheinung ist die Redewendung vom freiesten Wahlrecht der Welt nur eine Phrase, die noch durch die Ereignisse der letzten Zeit (Demonstrationsverbot der revolutionären Arbeiterorganisationen, Blutbad unter den Berliner Arbeitern am 1. Mai, Verbot des RFB. usw.) besonders illustriert wird.

Infolge der Veränderung der politischen Struktur, wie sie sich insbesondere bei den Maiwahlen 1928 zeigte, entspricht die heutige Zusammensetzung des Stadtparlaments überhaupt nicht mehr dem Willen der damaligen Wähler. Aus diesem Grunde beantragen wir, die Stadtverordnetenversammlung aufzulösen.

Die kommunistische Fraktion."

Jetzt hat Bernhard Zober das Wort; es wird sich zeigen, wie er sich dazu stellt.

Eisterstedt. Mit dem Auto die Böschung hinunter. Am Sonnabend geriet an dem Bahnübergang bei Eisterstedt am Kyffhäuser ein Auto aus Chemnitz mit vier Insassen ins Schleudern, schlug mit voller Wucht am Bahnübergang gegen einen Baumstumpf und stürzte mitsamt den Insassen die drei Meter tiefe Böschung hinab, wobei es sich überschlug. Eine Frau erlitt schwere Verletzungen. Die drei anderen Insassen des Autos kamen mit leichteren Verletzungen davon, während das Fahrzeug selbst fast völlig zertrümmert ist.

Eislieben. Abmeldung vom Religionsunterricht. Die Freidenkergenossen melden ihre Kinder schriftlich vom Religionsunterricht ab. Der Lehrer erklärte hierauf, daß das nur quartalsweise ginge, also bei der Austritt aus dem Religionsunterricht erst am 1. Juli erfolgen könnte. Der Arbeiterschaft sowie den Lehrern zur Kenntnis, daß der Austritt aus dem Religionsunterricht zu jeder Zeit und mit sofortiger Wirkung gemeldet werden kann. Sollten die Lehrer noch weiterhin Schwierigkeiten machen, so werden wir die Kinder eben so aus dem Religionsunterricht fernhalten.

Sangerhausen. Was die Nazis verzapfen... Unter Aufwand großzügiger Agitation und Propaganda hatte die Ortsgruppe der Nationalsozialisten zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Appelliert wurde insbesondere an die Arbeiter, die es jedoch vorgezogen hatten, derartigen Schreiern, die nur und reichlich von Kampf schwätzen, nicht zu folgen. Die Tagesordnung „Wohnungsnot und Wirtschaftselend" hat der deutsche Mann wohl gestreift, aber nicht behandelt. Nachdem der Genosse Fessel von der KPD. in der Diskussion darauf hinwies und den Referenten auf die Verdrehung des Marxismus (Eigentum ist Diebstahl, wie es nach Ansicht der Nazis verurteilt wird), stellte unser Genosse fest, daß der Arbeiter außer seiner Arbeitskraft kein Eigentum besitzt. Richtig jedoch und Tatsache ist, daß wer über Eigentum von Millionen Kapital oder 100 000 von Morgen Ländereien sein eigen nennt, gestohlen ist. Ueber Wirtschaftselend hat der Referent das als Neuigkeit gebracht, was die Arbeiterschaft am eigenen Leibe verspürt. Zur Frage Wohnungsnot entwickelte der Referent ein Programm, das dem Reichstag vorgelegen hat und das auch angenommen worden ist, das vom Genossen Fessel als Utopie bezeichnet wurde und von einem Stahlhelmer ebenfalls als nicht durchführbar erklärt wurde. Die Führer der Kommunisten wurden alle als Juden betrachtet und so verlor sich der Referent in seinem Schlußwort in eine wüste Juden- und Kommunistenhetze, die nur von Kampf und immer wieder Kampf triefte. Die Frage der Konsumgenossenschaften und das von den Nazis aufgestellte Bauprogramm hat der Redner, obwohl sich unser Genosse Fessel in der Diskussion ausgiebig damit beschäftigt hat, unbeantwortet gelassen. Warum? Nun, die Zusammensetzung der Mitgliedschaft erlaubt es eben nicht, weil die Mitglieder meistens kleine Geschäftsleute sind und der Arbeiter sich besinnen könnte, an diesen Geschäften vorbeizugehen. Klar und eindeutig brachte unser Genosse Fessel es jedoch zum Ausdruck, daß die Wohnungsnot und das Wirtschaftselend nur beseitigt werden können durch schärfsten proletarischen Klassenkampf.

Der Rückstrahler obligatorisch eingeführt

Wichtig für Rad- und Motorradfahrer:

Die im Reich bestehenden gesetzlichen Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit auf den Landstraßen erfahren mit Wirkung vom 1. Juli 1929 in allen Ländern eine einheitliche und bedeutungsvolle Erweiterung. Mit Rücksicht darauf, daß die zahlreichen Verkehrsunfälle vielfach durch Besitzer von Kleinfahrzeugen und Radfahrern verursacht werden, hat das Reichsverkehrsministerium mit Zustimmung des Reichsrates eine neue Verordnung erlassen, wonach alle zweirädrigen Kraft- und Kleinkrafträder sowie alle Fahrräder mit einem hinteren Leuchtzeichen, dem sogenannten Rückstrahler, ausgerüstet sein müssen.

Die Verordnung besagt im wesentlichen, daß jedes Rad bei Dunkelheit und starkem Nebel mit einem hinteren Leuchtzeichen von gelbroter Farbe versehen sein muß. Dieses Leuchtzeichen, dessen Entfernung vom 150 Metern Kraftfahrer auf sie aufmerksam macht und durch rechtzeitiges Stoppen einem Unglück vorbeugen hilft.

Jeder Fahrer ist für die Folge gesetzmäßig dafür verantwortlich, daß sich das hintere Leuchtzeichen in vorschriftsmäßigem Zustand befindet. Zu Untersuchungszwecken muß der Rückstrahler auf Verlangen auch den Polizeibehörden ausgehändigt werden.

Die vorgeschriebenen Prüfzeichen sind für die einzelnen Länder folgendermaßen bestimmt worden: Für Preußen das Zeichen P, für Bayern By., Sachsen S, Württemberg W, Baden Ba.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung haben Bestrafung zur Folge. Auch jeder Radfahrer, der ab 1. Juli d. J. keinen Rückstrahler angebracht hat, setzt sich einer Bestrafung aus. Die Ueberwachung der neuen Vorschriften geschieht durch alle Sicherheitsorgane. Auch die in der Pfalz mit der Ueberwachung des örtlichen Straßenverkehrs betrauten Verkehrspolizisten werden bei der Rückstrahler ständig Kontrolle üben.

Alle Kleinkraftradfahrer und Radfahrer werden daher eindringlich auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die zweirädrigen Fahrzeuge ohne Ausnahme bis 1. Juli 1929 mit dem Rückstrahler versehen.

Neue Arbeiter-Literatur

Weltbund der Jugend gegen den Krieg

Eine kommunistische Stimme zur pazifistischen Jugendbewegung von Rudolf Lindau. 64 Seiten. 50 Pfennig. Verlag der Jugendinternationale, Berlin.

Immer mehr häuft sich der Zündstoff zu einem neuen Krieg. Die Unterdrückung der Kolonialvölker, die friedgerischen Auseinandersetzungen zwischen den Staaten, hinter denen große und gewaltige Kriege drohen, das blinde rasende Tempo der Rüstungen und der täglich drohende Verlust aller Abrüstungskonferenzen, die Kriegsgefahr breiten Bevölkerungsschichten zum Bewußtsein gebracht, wirkt aber besonders unter großen Teilen der Jugend, wächst der Wille zum Kampf gegen den Krieg.

Gleichzeitig aber wird das Treiben der Pazifisten aller Schattierungen, angefangen vom offiziellen Regierungspazifisten — bewußten Lügnern und Fälschern der Sozialdemokratien bis zum sozialreaktionären Friedensapostel — Trotzkis, immer intensiver — immer regen. Sie werben besonders um die Jugend.

Die Auseinandersetzung mit dem Pazifismus, der die Feindseligkeiten der Jugend gegen Militarismus und Krieg ausnutzend, durch seine Verbreitung der Illusionen, durch Völkerbund und Friedenspakte die Massen ideologisch ablenkt und die kämpfenden Regierungen am Messer liefert, ist eine dringende Notwendigkeit.

Die vorliegende Broschüre erfüllt diese Aufgaben. Kurz, der Teilgerinn ist auf dem Weltfriedenskongreß, vielleicht hier die Entschleierung des Pazifismus, Nationalismus, oder er auf dem Weltfriedenskongreß vertreten war, zeigt dann mit Charakter an ihrer Stellung zu den konkreten Vorschlägen der KPD. zum Kampf gegen den Krieg auf. Er zeigt die drohenden Kriegsgefahren, ihre wirklichen Ursachen, entreißt das Kampfprogramm der Kommunisten gegen den Krieg.

Ein besonderes Kapitel widmet er dem Kampf der Kolonialvölker und der wachsenden Jugendbewegung der Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung, deren Bedeutung als revolutionäre Kampforganisation gegen den Imperialismus wächst. Im Hinblick auf diese Tagung gewinnt die Broschüre besondere Aktualität.

Darüber hinaus sollten sie die Partei- und Jugendversammlungen eifrig studieren und ihre Beziehung unter den sozialdemokratischen Arbeitern und unter den parteilosen Jugendorganisationen lebhaftesten Sorge tragen.

Vom weissen Kreuz zum roten Fahnl

VON MAX HOELZ

40 — Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin

Wenn ein Entlassener sich weigert, die von den Fürsorgeorganen in betreff der Verwendung des Geschenkes getroffenen Anordnungen anzuerkennen oder wenn er sich der Fürsorge entzieht oder eine strafbare Handlung begeht, so ist unter Mitteilung der Tatsachen der noch vorhandene Rest des Geschenkes der Ortspolizeibehörde zu überlenden, welche dann geeignete Verwendung eintreten läßt.

Weigert sich aber ein Strafentlassener, die von der Polizeibehörde über die Verwendung des Geschenks getroffenen Anordnungen anzuerkennen, so wird der Rest des Geschenkes, soweit derselbe nicht für die Familie des Entlassenen Verwendung findet, mit einer Abrechnung der Anstaltsverwaltung zurückgeschickt.

*

Der Gefangene, der zu der Einsicht gekommen ist, daß die Strafe nicht den Zweck hat, ihn aus der bürgerlichen Gesellschaft auszustoßen, sondern ihn zu einem nützlichen Gliede derselben zu machen, wird willig die von der Kirche oder besonderen Vereinen geübte, die Rückkehr zu einem geordneten, ehrbaren Leben anbahnende Fürsorge annehmen.

Münster i. W., den 18. Juni 1903.

Der Strafanstalts-Direktor.
J. A.
Fliegenschmidt.

Genehmigt.
Münster i. W., den 29. Juni 1903.

Der Regierungs-Präsident.
v. Gescher,

J.-Nr. 4789. J. B. 10.

Mit der Kette am Bein zum letztenmal durch Wald und Flur

Was das Wort „lebenslängliches Zuchthaus", was dieser Begriff zu bedeuten hat, welche Wirkung allein das gedruckte und gesprochene Wort auf mich ausübte, sollte ich erst später erfahren. Vorläufig nahm ich den Urteilsspruch nicht tragisch. Ich war felsenfest davon überzeugt, den Justizirrtum nachweisen zu können. Ich wußte, daß ich mit der Erschießung des Heß nichts zu tun hatte. Ich wußte auch, daß eine ganze Reihe der anderen gegen mich erhobenen Beschuldigungen hinfällig waren. Deshalb wußte es mir gelingen, das Urteil auf lebenslängliches Zuchthaus in eine zeitlich begrenzte Haft umzuwandeln. Ich war fest gespannt, ob man mich im Untersuchungsgefängnis Moabit lassen oder in ein Zuchthaus überführen werde.

Günstiger für mich lagen die Dinge, wenn ich bis zur Wiederaufrollung des Prozesses in Berlin bleiben konnte. Hier hatte ich eher als irgend woanders die Möglichkeit, mit meinen Verteidigern zu konferieren.

Der erste Tag nach der Urteilsverkündung bewies mir, daß ich von jetzt an auch die einfachsten Menschenrechte nicht mehr für mich beanspruchen durfte. Justizrat Brod, der mich als erster besuchte, durfte nur in Gegenwart eines Aufsichtsbeamten mit mir sprechen, während ich vorher mit ihm unbeaufsichtigt hatte sprechen dürfen. Am selben Tage kam der Polizeiinspektor des Untersuchungsgefängnisses in meine Zelle, ebenso der sogenannte Arbeitsinspektor; beide erklärten mir, daß ich von jetzt an weder Zeitungen noch Bücher bekomme und daß ich für die Anstalt arbeiten müsse. Nun war ich dazu verdammt, Tüten zu kleben.

Ich nahm, nachdem mir alle Bücher und Zeitungen genommen waren, die Arbeit in meine Zelle, um die Zeit hinzubringen. Täglich zehn Stunden klebte ich Tüten. Klebte, klebte, klebte und verklebte mit diesem Kleben mein ganzes Denken, bis ich herausfand, daß das den Anfang vom Ende meines geistigen Seins bedeutete.

Was es heißt, zehn Stunden am Tag Tüten zu kleben, sonst nichts zu tun als zu kleben, mit keinem Menschen zu sprechen, kein Buch, keine Zeitung zu lesen, nur dreimal am Tag unterbrochen von den sogenannten „Mahlzeiten", dreimal täglich ein paar Löffel immer gleichschmeckender Suppe, das kann nur ein Mensch ermessen, der es selbst erlebt hat. Als ich dann noch hörte, daß es dem willkürlichen Ermessen der Anstaltsleitung überlassen ist, diese zehn Stunden der Arbeit zu entlohnen, und daß es im allergünstigsten Fall nur einen Tagesverdienst von acht Pfennigen gibt, von denen wiederum nur die Hälfte, also vier Pfennige, für den Gefangenen verwendet werden dürfen, war es mit meiner Arbeitslust vorbei. Ich warf dem Arbeitsinspektor den ganzen Tisch mitsamt den Tüten und dem Kleistertopf vor die Füße und verweigerte einfach diese Art der Arbeit.

Die Folge war, daß die „Hausstrafen" gegen mich zur Anwendung gebracht wurden: Entziehung des Nachtlagers und des täglichen Spazierganges im Hof.

Bis zum 13. Juli blieb ich in Moabit. In der Nacht vom 13. zum 14. Juli wurde es plötzlich lebendig in meiner Zelle. Etwa zehn bis zwölf Menschen standen mitten in der Nacht, es war ein Uhr, vor meiner Holzpritsche:

„Machen Sie sich fertig, Hoelz, Sie werden ins Zuchthaus transportiert." Auf meine Frage, in welches Zuchthaus, wurde geantwortet, das dürfe mir nicht gesagt werden.

Ich kleidete mich an und verließ, noch halb im Schlaf, umringt von diesem Dutzend Menschen, die Zelle. Unter diesen etwa zwölf ausgesucht abstoßenden Gesichtern war ein menschliches, das meines Verteidigers Justizrat Brod. Er hatte es durchgesetzt, bei meiner Ueberführung ins Zuchthaus zugegen zu sein, um zu verhindern, daß ich bei dieser Gelegenheit wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogiches, Eslt, Paulsche und viele andere „auf der Flucht" ermordet werde. Im Hof standen drei Automobile. Ich sah Zivilpersonen, die leicht als Kriminalbeamte zu erkennen waren. Die Beamten beförderten mich in eines der Automobile, und noch ehe ich mich recht versah, war an meinem Bein eine fast drei Meter lange und etwa dreißig Pfund schwere eiserne Kette angebracht. Meine Proteste halfen nichts, ich war überrumpelt worden, die Kette war fest ans Bein geschlossen, und die drei Automobile waren bereits in voller Fahrt, nach einem mir unbekannten Ziel.

In dem Auto, in dem ich saß, befanden sich außer mir und meinem Verteidiger noch ein Kriminalkommissar und der Staatsanwalt Dr. Jäger, der die Todesstrafe beantragt hatte. Dieser famose Menschenfreund hatte kurz vor der Urteilsfällung zu meiner Mutter, die um Besuchserlaubnis eingekommen war, gesagt, er sei überzeugt, daß ich den Heß nicht erschossen habe. Nun versuchte er, sich bei mir anzubiedern. Durch seine raffinierten Fragen wollte er von mir herausbringen, welche Rolle einzelne führende Parteigenossen in der Märzaktion gespielt hatten. Um mich gesprächig zu machen, opferte er aus seinem Weinkeller eine Pulle Rotwein, die er auf der Fahrt ins Zuchthaus mir, seinem lebendig begrabenen Opfer, anbot. Er ließ alle sentimentalen Register los, um mich zum Reden zu bewegen.

Nachdem die Weinlockung nicht zog, begann er von seiner Familie zu erzählen, zeigte mir die Bilder seiner zwei kleinen Kinder, als auch das nicht wirkte, versuchte er zu beweisen, daß er eigentlich mein Lebensretter sei, denn an ihm habe es doch gelegen, mich aufs Schaffott zu bringen. Und nun schilderte er stundenlang Hinrichtungen, denen er in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt beigewohnt hatte. Man mußte es ihm lassen, er hatte manches erlebt.

Er hatte Steinchen auf Steinchen zusammengetragen, um so viel armen Sündern den Strick um den Hals zu legen, dann Schlinge zugezogen und hierauf den Delinquenten dem Scharfrichter überantwortet.

Es war schauerlich, wie dieser sachverständige, gesetzliche Mörder in sadistischer Ausführlichkeit die letzten Stunden der vielen Menschen schilderte, die er zum Tode befördert hatte.

Während er seine widerlichen Erinnerungen preisgab, waren wir im Autos aus Berlin herausgekommen, waren weitergerollt durch Magdeburg Brandenburg in eine Gegend, die ich nicht kannte, bis ich von meinem Verteidiger hörte, daß wir uns in der Nähe von Magdeburg befanden.

Vor Magdeburg erwartete uns ein viertes Auto, mit Schutzpolizei in Zivil besetzt, das unsere drei Autos um Magdeburg herumleitete, damit wir ja nicht das Innere der Stadt berührten. Ich erfuhr jetzt auch, daß bereits am Tage vorher ein Kraftwagen von Berlin aus die ganze Strecke bis zum Zuchthaus Brandenburg war, um den Weg genau festzulegen und Benzinstationen zu errichten. Die Fahrt ging mit einer rasenden Schnelligkeit weiter, von früh zwei bis abends neun Uhr, mit einer ganz kurzen Unterbrechung. Erst in Hamm in Westfalen sagte man mir, unser Ziel sei das Zuchthaus Münster. Der Staatsanwalt behauptete, dort seien wir am sichersten untergebracht, weil in Münster nur fromme Katholiken wohnen, aber keine Kommunisten. Es war ein Glück, daß wir bei dieser rasenden Fahrt nicht Menschen überfahren haben. Totgefahren wurden eine Gans, ein Hahn, eine Henne und ein Hund.

Sehr niedergeschlagen war ich, als ich sah, wie wir an einem Wagen, der inmitten der mit Kriminalbeamten gespickten Autos fuhr, ein kleiner schwarzer Hund die Straße kreuzte und unter die Räder geriet. Ich schaute durch das Fenster hinaus und bemerkte, daß der Hund getötet war. Ein kleiner Kinder dem überfahrenen ähnelte, sprang aus einem Gehöft heraus, stand hilflos und traurig vor dem Kadaver seines Spielgefährten.

Im Flug sausten die an der Straße liegenden Dörfer, Felder, Wiesen und Felder vorüber. Meine Augen, die vier Monate die öde Gefängnismauer gesehen hatten, tranken begierig das entbehrte Stück Natur.

Ich grüßte an diesem Tage die Freiheit und nahm doch zugleich wieder Abschied von ihr. Wie lange sollte ich sie entbehren müssen? Ich hoffte bestimmt, in spätestens eineinhalb Jahren eine Revision meines Schicksals erkämpft zu haben. Aber es kam alles anders. Und wenn mich während dieser Fahrt jemand danach gefragt hätte, daß ich fast acht Jahre im Zuchthaus verbringen müssen, — ich hätte es sicherlich nicht lebendig betreten.

Bei Einbruch der Dunkelheit erreichten wir Münster. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0010

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Der Arbeiterkorrespondent

Er schreibt nicht im Solde der Bourgeoisie,
Ueberhaupt nicht für seine Entlohnung,
Er liebt nicht die gekünstelte Phraseologie,
Er kennt keine ängstliche Schonung.

Darum meldet er frei, wo der Schuh ihn drückt,
Ueber Mißstände, wo er sie findet.
Natürlich sind selten die „Herren" entzückt
Ueber das, was von ihnen verkündet.

Besonders den Bonzen der SPD.
Geht ein offenes Wort an die Nieren.
Sie fürchten, die Reste von Renommee
Bei den Arbeitern noch zu verlieren.

Sie wollen ihr Bild in dem Spiegel nicht sehn,
Weil stets sie Enthüllungen wittern;
Wenn sie in der Werktätigen Presse stehn,
Ist allzu begreiflich ihr Zittern.

Das hindert den Korrespondenten doch nicht,
Die Taten der Erzdemagogen
Den Arbeitern zu rücken ins richtige Licht,
Zu zeigen, wie sehr sie belogen!

Arbeiterzüge werden von der Reichseisenbahn Dorpmüllers nicht berücksichtigt

Infolgedessen der Ermangelung von Arbeit im Torgauer Kreis ist ein großer Teil von Arbeitern, namentlich Bauarbeiter, gezwungen, täglich zu arbeiten, um dahin zu fahren. Wer nun glaubte, die Reichsbahn Arbeiterinteressen berücksichtigen würde, hat sich gewaltig getäuscht. Der jahrelange Wunsch der Arbeiter geht dahin, daß man auf der Torgauer Strecke früh um 5 Uhr einen Zug einlegt und den Leipziger Zug 17.24 Uhr durchlaufen lässt bis Falkenberg. Die Reichsbahnbehörden haben es noch nicht für nötig befunden, die Eingaben der Arbeiter zu beachten, geschweige zu beantworten. Die Arbeiterschaft fordert die Einlegung der Züge aus finanziellen und sozialen Gründen.

Viele Arbeiter, der täglich die Bahn benutzt, ist gezwungen, morgens um 3 Uhr die Betten zu verlassen, um sich erst abends nach 9 Uhr wieder niederlegen zu können.

Solchen Eisenbahnbeamten können sich nicht in die Lage dieser Arbeiter versetzen, die täglich 18 Stunden unterwegs sind. Die würden gern mit ihnen tauschen bei ihrer Arbeitszeit und dem Gehalt. Der andere Teil der Arbeiter ist gezwungen, in Leipzig einzulogieren. Was da noch von ihrem Lohn übrig bleibt, bei der Führung von doppeltem Haushalt, kann sich wohl jeder vernünftige Mensch denken. Ihr Lohn, der noch übrig bleibt, reicht nicht aus das Stempelgeld eines Arbeitslosen.

Es ist großes Interesse hat die Reichsbahn an dem Besuche der Theater. Dort legt sie Extra- oder Sonderzüge ein, während sie für Arbeiterinteressen jedes soziale Verständnis ablehnt. Wir fordern von der Reichseisenbahn, daß sie den Zug am Sonntagen 5.20 Uhr fährt, mindestens eine halbe Stunde früher fährt und daß für den nötigen Anschluß abends gesorgt wird.

Reaktionärer Rummel in Liebenwerda

Liebenwerda ist ein kleinbürgerliches Spießernest. Eine Unmasse Vereine gibt es, die in ihren Vereinsabenden „alte Zeiten" treiben. An den Pfingstfeiertagen konnte die Einwohnerschaft wieder einmal einen nationalen Rummel in den Straßen Liebenwerdas sehen. Das diesjährige Schützenfest fand am Sonntagabend wurde bisselle eingeleitet. An der Spitze konterrevolutionären Elemente marschierte die Kapelle „Marga". Dieses Gebilde zeigt deutlich, welche tollen Blüten die gelben Werkvereine treiben. Proleten werden in die Reihen der nationalen Propaganda gestellt. Selbstverständlich waren an den üblichen schwarzweißroten Flaggen nicht.

Liebenwerder Bürgerkinder machten aus ihrer Gesinnung kein Hehl. Bei Beschlußfassen sah man den Lappen der Monarchie hängen. Einer Zeit hatten sie wieder das Schilderhaus für die Wache des Gasthauses „Zum goldenen Stern" aufgestellt. Die Wacht-zog auf dem Marktplatz auf und ein paar nationale „Helden" kamen dann die Parade ab. Daran schloß sich ein Frühschoppen, bei dem eine große Zecherei gehalten wurde und reichlich Phrasen drosch. Der Bürgermeister durfte selbstverständlich nicht fehlen. Auch er hielt eine Rede, in der er den Schutzwillen der Bürgerschaft und der Schützengilde wünschte. Es läßt deutlich erkennen, was Geistestkind dieses Ueberbleibsel der Stadt ist. Nach diesem militärischen Aufzug fand auf dem Sportplatz das „fröhliche Treiben" der Spießer statt. Sonst klagen die Herren nationalen Geschäftsleute immer über ihre schlechte Wirtschaftslage. Doch in solchen Fällen kann es nicht fehlen. Da kommt es sogar vor, daß mancher über seine Verhältnisse lebt und nachdem auf nicht reelle Art und Weise verschiedene Schulden zu liquidieren.

Es steht fest, daß trotz dieses Rummels die Arbeiterschaft und den bürgerlichen Parteien nicht einfangen läßt. Die Aufklärung der werktätigen Bevölkerung im Bockwitzer Ländchen geht immer weiter vorwärts. Zur gegebenen Zeit wird die Werktätigkeit diesem nationalistischen Spuk ein Ende bereiten.

Radefeld. Alle Einwohner werden auf eine öffentliche **Volksversammlung, die am Sonnabend, dem 18. Mai, im Gasthof Freiroda stattfindet, aufmerksam gemacht. Meyer, Berlin, wird über das Thema: „Abtreibung § 218" sprechen. Besonders die Frauen müssen zu** dem Vortrag **erscheinen, da sie das Problem speziell angeht. Das** Erscheinen wird **hiermit die Mitglieder aller dem Kartell** angeschlossenen Vereine, zu dieser Versammlung **zu erscheinen.**

Das Ortskartell der Arbeiterschaft hatte in seiner letzten Sitzung in diesem Jahre ein Kinderfest, am 7. Juli, zu veranstalten. Die Beteiligung der Kinder bis zum 8. Juni bei folgenden Genossen angemeldet werden: Deparade, Albin Meißner, Franz Kreißler, Oswald Sack und Otto Bock in Ennemitz. Für jedes Kind beträgt der Mindestbeitrag 75 Pfennig, jedes fünfte ist frei. Die Anmeldungen Gielsen machen wir darauf aufmerksam, den bürgerlichen Kommerl, der in der nächsten Zeit stattfindet, zu meiden. Es ist ein Spiel des Ortskartells muß restlos von jeder Arbeiterschaft gemieden werden, damit die Geschlossenheit der werktätigen Bevölkerung den Spießern gezeigt wird.

Schwerer Motorradunfall. Am ersten Pfingstfeiertage ereignete sich hier ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Motorrad mit zwei Personen besetzt, kam angefahren. Als dem Sozius der Wind der Hut vom Kopf flog, drehte sich auch der Kopf. Dabei fuhr das Rad zunächst gegen einen Preßstein und dann gegen einen Zaun. Beide Personen wurden erheblich verletzt. Eine erlitt eine Stirnwunde, die im Krankenhaus genäht wurde, die andere einen Schlüsselbeinbruch und eine Gehirnerschütterung.

Besoffene Autofahrer. Am Mittwochmorgen wurde ein etwa 16 Jahre alter Radfahrer von einem Opel-Wagen überfahren und erheblich verletzt. Der junge Mann wurde dem Delitzscher Krankenhaus zugeführt, wo man Verletzungen feststellte. Die Autofahrer, die offenbar angetrunken und die Herrschaft über den Wagen verloren hatten, kümmerten sich rücksichtslosterweise nicht um den Verletzten und fuhren von dannen. Die Polizei ist ihnen jedoch auf den Fersen.

Storkwitz. Gegen einen Baum. In der Nacht vom Montag zum Dienstag fuhr eine hallische Kraftdroschke gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Die beiden Insassen kamen mit erheblichen Verletzungen davon.

Torgau. Tollwütiger Hund. Am Pfingstsonntag trieb sich in der Gegend des Stadtparkes ein Schäferhund herum, der eine hiesige Einwohnerin ansiel, ihr Mantel und Kleid zerriß und sie in den Arm biß. Die Frau mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Infolge der Aufregung erlitt sie einen Nervenschock. Ein Polizeibeamter wollte dieses bissige Tier fangen, was ihm aber nicht gelang. Später wurde der Schäferhund an dem Lokomotivschuppen gesehen. Er ging sofort auf einen Eisenbahner los, der ihn fangen wollte. Um weiteren Schaden zu vermeiden, stieß man den zuständigen Jagdpächter kommen, der den Hund erschoß. Eine weitere Untersuchung wird noch ergeben, ob das Tier tollwütig war.

Torgau. Feuer durch Brandstiftung? Am Montag morgen gegen 5 Uhr entstand ein Feuer im Hause des Kaufmanns L. in der Wittenberger Straße. Der Brand wurde zuerst von der Ehefrau in einer Ecke des Lagerraums bemerkt, wo Lappe und Papier aufgehäuft war. Um ½6 Uhr wurde nach erfolgter Meldung die Alarmpfeife getätigt. Mit Hilfe von Minimax-Apparaten konnte das Feuer gelöscht werden. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, wird auf einige hundert Reichsmark geschätzt. Da sich in den Aussagen der Vernommenen Widersprüche ergaben, erfolgte die Festnahme von L. und Sohn wegen Verdunkelungsgefahr.

Torgau. Verkehrsunfall. Am ersten Feiertag, abends gegen 8 Uhr, stießen in der Kurve beim Parkrestaurant „Sanssouci" ein Radfahrer und ein Motorradfahrer zusammen. Das Fahrrad wurde vollkommen zertrümmert, während Personen glücklicherweise nicht zu Schaden kamen. Die Schuld am Zusammenstoße ist noch nicht festgestellt.

Falkenberg. In den Gebührensätzen für die Wasserentnahme aus der Leitung sind die Hausgärten für je angefangene 300 Quadratmeter mit 25 Pf. je Monat besteuert. Die Besteuerung auch für die Monate, in denen Wasser für Hausgärten überhaupt nicht gebraucht wird, erregt vielsch Befremden. Gärten, für die Wassergeld zu zahlen ist, sind bis zum 25. d. M. zu melden.

Mühlberg. Leichenfundung. Zwischen Altbelgern und Stehla war eine männliche Leiche in der Elbe angetrieben worden, deren gerichtliche Aufnahme am Sonnabend erfolgte. Der Tote wurde als der 31jährige Gastwirt Kurt Reichel aus Oschätzchen festgestellt. R. war noch am Sonntagabend in einer hiesigen Restauration gesehen worden. Es ist anzunehmen, daß er noch in derselben Nacht den Tod in der Elbe suchte.

Mühlberg. Ein Kind abgestürzt. Der etwa 9 Jahre alte Herbert Simon in der Boragker Straße kletterte auf einen Telegraphenmast. Er war scheinbar zu schwach, um sich zu halten oder ruhig wieder herunterkommen, und stürzte auf einen Stacheldrahtzaun. Er zog sich dabei empfindliche Verletzungen zu.

Liebenwerda. Bei der Einmündung der Bahnhofstraße in den Roßmarkt hat am Dienstagmittag ein hiesiges Auto einen Motorradfahrer mit einer Frau auf dem Sozius umgefahren. Die Frau hat außer einigen Hautabschürfungen keinen Schaden erlitten, ebenso gut ist der Fahrer davongekommen. Das Motorrad wurde dagegen stark beschädigt.

An die Ortsgruppenleitungen

Ortsgruppen, die den Monat April noch nicht abgerechnet haben, müssen dies sofort tun. Ebenfalls sind noch weiter zurückliegende Monate mit abzurechnen.

Alles veraltete Kassenmaterial (Sammelliste und Extramarken) muß abgerechnet werden. Für den restlosen Umsatz der Parteitagsmarken ist Sorge zu tragen. Parteitagsmarken sind bis spätestens den 31. Mai 1929 mit der Bezirksleitung abzurechnen.

Bezirksleitung KPD., Abtlg. Kasse.

Ostelbien in Zschortau

Schon im September v. J. berichteten wir über einen Wohnungsskandal in Zschortau, wo der Großagrarier und Amtsvorsteher Liebener ein treffendes Bild vom „nationalen Gemeinschaftsgedanken" gab, indem er eine achtköpfige Arbeiterfamilie aus ihrer Werkswohnung herauswerfen ließ. Die Familie mußte in einem alten Eisenbahnwagen den langen, strengen Winter hindurch hausen. Die Frau war damals in guter Hoffnung und das neugeborene Kind mußte, um nicht zu erfrieren, direkt neben dem eingebauten Herde Tag und Nacht in einem Korbe gebettet liegen. Die Rückwirkungen auf die Kinder in gesundheitlicher Beziehung, die in diesem Raume wohnen müssen, kann sich jeder Laie selbst ausdenken. Bürgerliche Personen, die zufällig diese „Villa" gesehen haben, gaben nach Ansehen dieser Elendsbude über diese Riesenschande ihrer Empörung lebhaft Ausdruck. Vielleicht werden dieses Jahr wieder Reichsgesundheitsschwindelwochen abgehalten, dann kann der Medizinalrat Dr. Laschke in Delitzsch sein Gutachten über diese Grotte abgeben, das sich vollkommen mit unserer Auffassung deckt. Aber das war auch alles, denn so weit sind wir noch nicht, daß Aerzte aus sanitären und Menschlichkeitsgründen scharf durchdrücken, sonst könnten ja diese Aerzte bei den bürgerlichen Machthabern in der Republik ancken. In welch niederträchtiger Weise man über diesen Skandal einfach zur Tagesordnung hinweggehen will, um der Familie nicht eine menschenwürdige Wohnung beschaffen zu brauchen und um die Schuld von sich abzuwälzen, müssen wir hier anprangern.

Dem Arbeiter Hanke wurden zwei kleine Räume angeboten, und zwar widerruflich nur auf sechs Wochen!

Natürlich mußte dieses Angebot unbedingt abgelehnt werden, denn erstens waren die Räume genau so ungeeignet und weitens, was wurde dann aus der Familie nach sechs Wochen? Dann ging es wohl zurück zur Dorpmüller-Villa, wenn das Probestück nicht anschlug? Selbst der Landrat, der erst versprach, sich dieser Sache anzunehmen — für diesen Wohnung, wie der Etat ausweist, sehr gut dem Witterungswechsel Rechnung getragen wird — sagt heute:

„Der Arbeiter Hanke lehnt eine Wohnung ab, da ist für uns die Sache erledigt."

Nun, für uns Arbeiter ist die Sache noch lange nicht erledigt. Ob Arbeitskollegen zeitweise moralisch auf Abwege geraten durch dieses von der Bourgeoisie verursachte Elend, ob Proletarierkinder abmagern, während die Frau durch Sorgen und Ueberarbeitung frühzeitig altert, wir Kommunisten helfen immer den Unterdrückten. Man kann auch wohl anders, Herr Landrat! Da baut man zum Beispiel in Zschortau jetzt ein Zweifamilienhaus. Die Baukosten betragen im Voranschlag 27 000 Mark, es wird aber anscheinend noch teurer. Da zieht dann der hier stationierte Wachtmeister hinein, und außerdem kommt noch ein neuer Wachtmeister nach hier, der die andere Wohnung bekommt. Bis jetzt hat Zschortau stets nur einen Beamten gehabt, zeitweilig sogar gar keinen. Ist nun die Zschortauer Bevölkerung schlechter geworden, daß mehr „Schutz" her muß oder sind die Finanzen des Kreises so hervorragend bei der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot?

Hier kommen wir zum Kernpunkt, nämlich zur Politik. Die Verbote und Verfolgungen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft werden immer schlimmer, das Wohnungselend und der Lebensstandard der breiten Masse immer schlechter; folglich immer mehr der Kurs der Staatsbeamten unter sozialdemokratischer Führung im Verein mit der bürgerlichen Reaktion, widerspruchsvoller die Existenz des kapitalistischen Raubsystems und darum der Ausbau der Staatsmacht mit allen Mitteln. Die Toren auf den Regierungsbänken glauben durch Verbote, Haussuchungen und sonstige Schikanen das Rad der Geschichte zu lenken. Sie werden sich gewaltig täuschen. Die Revolutionierung der Massen schreitet dadurch erst recht vorwärts.

Das dumpfe Grollen der Arbeiterschaft wird durch die eiserne Disziplin der revolutionären Partei schon in die Bahnen geleitet, um am Tage der Generalabrechnung nicht nur solchen Hauspaschas, sondern allen Feinden des Proletariats den Standpunkt der Menschlichkeit beizubringen. Wir verlangen in dieser Wohnungsangelegenheit eine sofortige Aenderung, sonst wird sich der Preußische Landtag damit beschäftigen.

Bitterfeld-Wittenberg

Die Krankenkasse muß zahlen

Eine sozialpolitische Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts

Eine sozialpolitische Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das Sächsische Oberverwaltungsgericht gefällt. Bei der Fehlgeburt einer Versicherten hatte der Kassenarzt zu seiner Unterstützung eine Hebamme mit herangezogen, die für ihre Bemühungen den in der Gebührenordnung für Hebammen festgesetzten Pauschalbetrag forderte. Die zuständige Ortskrankenkasse verweigerte Zahlung und machte geltend, daß der Kassenarzt für seine Tätigkeit ein Pauschalhonorar beziehe und ohne Genehmigung der Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, dritte Personen nicht heranziehen dürfe, wenigstens nicht auf Kosten der Kasse. Außerdem sei eine Fehlgeburt nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts keine Geburt im Sinne der Reichsversicherungsordnung und begründe deshalb auch keinen Anspruch auf Leistungen der Mutterschaftsfürsorge. Nachdem bereits die Kreishauptmannschaft die Kasse antragsgemäß verurteilt hatte, hat jetzt das Oberverwaltungsgericht die Berufung der Kasse zurückgewiesen. Der Senat hat zunächst die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte bejaht und hinzugefügt, daß die Versicherte nach der Reichsversicherungsordnung, wenn der Arzt bei einer Fehlgeburt die Hebamme zu seiner Hilfe heranziehe, Anspruch darauf habe, daß die Kasse ihr diese Hilfe auf eigene Kosten gewährt und daß sie nicht wegen dieser Kosten selbst in Anspruch genommen wird. Die Versicherte habe also inlowelt einen Sachleistungsanspruch und sei davor geschützt, an die Hebamme zahlen zu müssen. Dieser Grundsatz werde in den einschlägigen sächsischen Verordnungen noch besonders herausgestellt. Aus dem Sachleistungsanspruche gegenüber der Kasse ergebe sich aber der unmittelbare Gebührenanspruch der Hebamme an die Kasse. Zur Begründung desselben bedürfe es keines Vertragsverhältnisses zwischen Kasse und Hebamme. Der Senat hat auch den Standpunkt der Kasse, daß es sich nicht um Wöchnerinnenbesuch im Sinne des Hebammentarifs handele, zurückgewiesen. Der landesrechtliche Tarif fasse den Begriff Wöchnerin weiter als die Reichsversicherungsordnung, so daß auch Frauen, die eine Fehlgeburt haben, darunterfallen. Auch in der Dienstanweisung für Hebammen werde die Fehlgeburt einer regelrechten Geburt gleichgestellt.

Bitterfeld. Achtung, Arbeiter des Griesheim-Konzerns! Morgen 4.30 Uhr findet im „Volkshaus" Bitterfeld eine Belegschaftsversammlung statt. Das Thema lautet „Der Stand der Lohnverhandlungen und Betriebsangelegenheiten". Alle Kollegen und Kolleginnen müssen erscheinen.

Sandersdorf. Vom Zug bald überfahren. Eine Gruppe Kinder spielten am Dienstagnachmittag am Bahnkörper herum. Der gegen 5.30 Uhr hier eintreffende Personenzug erfaßte ein Kind, das noch im letzten Augenblick die Schienen überqueren wollte. Die Verletzungen sind entsetzlicherweise nicht ernster Natur. Der Fall zeigt aber, daß die Eltern ihre Kinder auf die Gefahren aufmerksam machen sollen, die sich bei der Spielerei an den Schienensträngen der Bahn ergeben. Leider können sich die Arbeiterelternn nicht, wie es notwendig wäre, um die Erziehung ihrer Kinder kümmern, da sie von frühmorgens bis spät abends arbeiten müssen.

Gräfenhainichen. Aufgespießt. Am Bahnhof ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Der bei dem Gaswerk beschäftigte Arbeiter Kleinwechter war, um eine Lampe nachzusehen, auf die Bahnhofseinfriedigung gestiegen. Hierbei war ein Holzbein, auf dem er stand, gebrochen und K. stürzte so unglücklich, daß er mit dem Gesäß auf die Spitzen der Einfriedigung fiel. Er zog sich bei dem Sturz einen Beckenbruch zu und wurde nach Wittenberg in das Paul-Gerhardt-Stift gebracht.

Bennsdorf. Gasmotor gegen „Hafermotor". In den späten Abendstunden fuhr auf der Leipziger Chaussee unweit der Benngrfer Kurve ein Motorradfahrer aus Niemegk direkt in ein ihm entgegenkommendes Kutschgespann. Beim Zusammenstoß flog der Kutscher im hohen Bogen vom Bock und landete mit erheblichen Verletzungen auf dem Erdboden. Der Motorradfahrer und die auf dem Sozius sitzende Fahrerin kamen glücklicherweise mit etwas geringeren Verletzungen davon. Dafür wurde aber das erst neue Motorrad buchstäblich in Bruch gefahren.

Pittitz bei Landsberg. Verunglückte Motorradfahrerin. Die Ehefrau des Steinsetzers Schmidt verunglückte am 2. Pfingstfeiertag bei einer Motorradfahrt. Sie mußte nach dem Knappschaftskrankenhause Carlsfeld gebracht werden. Die Frau fuhr mit dem Motorrad, und als ihr die Fahrt zu langsam ging, schaltete sie einen anderen Gang ein. Durch das plötzliche Vorwärtsschnellen des Rades kam sie einem Baume zu nahe und stürzte. Außer einer Brustquetschung erlitt sie noch andere Verletzungen.

Mühlbeck. Autozusammenstoß. Am Sonnabendnachmittag ereignete sich auf der Berliner Chaussee zwischen Muldenbrücke und Mühlbeck ein Autounglück. Doch es verlief noch glimpflich. Ein Personenkraftwagen kam in Richtung Berlin—Bitterfeld. Vor ihm her fuhren nach Auskage des Chauffeurs vier weitere Personenkraftwagen, die plötzlich abstoppten. Aus diesem Grunde sei er, um nicht auf den letzten Wagen aufzufahren, gezwungen gewesen, scharf nach links auszuweichen. Im selben Augenblick kam aber von der entgegengesetzten Richtung, von Bitterfeld her, ein Reichswehrlastauto und echte den überholenden Personenkraftwagen an. Dabei wurde dessen rechtes Vorderrad, die Schutzstange sowie das linke Trittbrett beschädigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0011

MENSCH UND ENERGIE

TECHNISCHE BEILAGE DER KOMMUNISTISCHEN TAGESPRESSE

3. Jahrgang Nummer [illegible]

Bearbeitet von der Sozialistischen Studentengruppe der Techn. Hochschule Hannover

Nachdruck sämtl. Artikel verboten

Die Entwicklung der russischen Naphta-Industrie

Anläßlich der kürzlich zwischen dem Naphthasyndikat der UdSSR. und den großen Erdölkonzernen auf dem englischen Markt abgeschlossenen Vereinbarungen, die einen großen politischen und wirtschaftlichen Erfolg der russischen Oelpolitik darstellen, entnehmen wir der Halbmonatsschrift der deutschen Handelsvertretung der UdSSR. („Die Volkswirtschaft"):

Die Naphthaindustrie der UdSSR. hatte bereits im Wirtschaftsjahr 1926/27 die Leistungen des Jahres 1913 überschritten und hat auch im folgenden Wirtschaftsjahre 1927/28 auf allen Gebieten— Förderung, Verarbeitung, Ausfuhr — einen weiteren Aufschwung genommen. Diese Fortsetzung der Entwicklung, diese Wachstumstendenz, die auch den Programmen des nächsten Jahrfünfts innewohnt, muß um so mehr hervorgehoben werden, als die Erdölindustrie Rußlands in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege stagnierte, nicht vorwärts kam. Mit dem Jahre 1905 hatte das überwiegend ausländische) Finanzkapital aufgehört, in der russischen Erdölindustrie eine progressive Rolle im Sinne einer Aufschließung und Entwicklung der Produktivkräfte zu spielen; es wandte anderen Erdölgebieten sein Hauptinteresse zu, so daß die russische Naphthaförderung, die in den Jahren 1898 bis 1900 als erste in der Welt vor den Vereinigten Staaten rangierte, bald in ihrem Entwicklungstempo zurückblieb. Besonders charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Tatsache, daß der Naphthaexport Rußlands nach einem Rückschlag im Jahre 1905 (Brand in Baku) sich nur sehr langsam wieder hob und bis 1913 kaum die Hälfte der Ziffer von 1904 wiedererreichte; dies zu gleicher Zeit, wo Produktion und Ausfuhr anderer Erdölgebiete rasch zunahm! Einer Ausfuhr von 1837000 Tonnen im Jahre 1904 stand im Jahre 1913 eine solche von 948 000 Tonnen gegenüber. Diese offensichtliche Tendenz zur Stagnation in der russischen Erdölindustrie, die gewiß nicht bloßer Zufall war, sondern wahrscheinlich in der wirtschaftspolitischen Gesamtlinie beteiligter ausländischer Finanzgruppen gelegen hat, muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Leistungen der Sowjetnaphthawirtschaft, die eben diese Tendenz überwunden hat, richtig beurteilen will.

Noch auf eins sei hingewiesen. Der rasche Wiederaufbau der Naphthaindustrie der UdSSR. ist für das internationale Erdölkapital eine Ueberraschung gewesen und hat die ursprünglichen Erwartungen der Sowjetwirtschaftler selbst übertroffen. Die bedeutenden Kapitalinvestierungen in der Naphthaindustrie der UdSSR. während der letzten Jahre haben ihre Leistungsmöglichkeit bedeutend erweitert und zu Modernisierung und Rationalisierung geführt. Ein bedeutendes Symptom dieser Modernisierung ist der Ausbau des Röhrenleitungsnetzes. Anfang des neuen Wirtschaftsjahres wurde die Röhrenleitung Grosny—Tuapse und ein großer Teil einer zweiten Röhrenleitung Baku—Batum neu eröffnet.

Mit der Entwicklung der Produktion Hand in Hand geht die Ausdehnung des Exports, und zwar trotz aller Widerstände, die sich auf dem Weltmarkte zeigten. Der Durchbruch des Sowjetöls auf dem Weltmarkte wurde durch die ausgezeichneten Qualitäten der kaukasischen Oele, durch die frachtliche Lage und durch die konsequente Politik des Naphthasyndikats der UdSSR. begünstigt. Die Erdölausfuhr der UdSSR. zeigt folgender Wachstum:

1913	948 000
1923/24	723 800
1924/25	1 337 300
1925/26	1 474 000
1926/27	2 038 600
1927/28	2 728 000

Auch die Ziffer des Rekordjahres 1904 war bereits 1926/27 bedeutend übertroffen. Das Wirtschaftsjahr 1927/28 brachte eine weitere erhebliche Ausdehnung der Ausfuhr trotz der ungünstigen Konjunktur des Weltmarktes und trotz der ungeklärten Lage im Verhältnis zu einem Teil der internationalen Erdölmächte.

Gasfernversorgung

Das Problem der Gasfernversorgung und besonders die damit verbundenen kommunalwirtschaftlichen Fragen beschäftigt in steigendem Maße die Oeffentlichkeit. Der Anlaß dazu wurde gegeben durch einen Vorstoß der Ruhrkohle-A.-G., welche verschiedenen Städten die Lieferung von Gas anbot und auch — z. B. mit der Stadt Hannover — schon diesbezügliche Verträge abgeschlossen hat.

Das zu liefernde Gas wird in den Kokereien des Ruhrgebietes in so großen Mengen als Nebenprodukt gewonnen, daß es dort nur schwer absetzbar ist. Umgekehrt ist bei den städtischen Gaswerken das Gas als Hauptprodukt, der dabei gewonnene Gaskoks als Nebenprodukt zu betrachten. Die geplante Gasfernversorgung vereinigt die Erzeugung von Gas und Koks in den Kokereien und macht dadurch die städtische Gasproduktion überflüssig.

Der Bau der großen Rohrleitungen, durch welche das Gas vom Industriegebiet nach den zu versorgenden Städten befördert werden soll, ist mit nicht unerheblichen technischen Schwierigkeiten verbunden. Das Gas muß auf einem sehr hohen Druck (etwa 25 Atmosphären) verdichtet werden. Dadurch ist es möglich, dem Gas eine hohe Geschwindigkeit zu geben. Dies ist wünschenswert, da der erforderliche Leitungsquerschnitt natürlich um so kleiner wird, je größer die Gasgeschwindigkeit gewählt wird. Durch die Verdichtung des Gases auf 25 Atmosphären wird außerdem der Rauminhalt des Gases geringer: eine bestimmte Gasmenge, welche bei dem Druck von 1 Atmosphäre 1000 Liter Rauminhalt hat, füllt bei 25 Atmosphären nur 40 Liter. Das bedeutet eine weitere, ganz erhebliche Verminderung des notwendigen Leitungsquerschnitts. Der Durchmesser der Leitung nach Hannover dürfte z. B. nur 60 bis 70 Zentimeter betragen. Infolge der großen Länge der Leitung (etwa 300 Kilometer) werden für ihren Bau trotzdem über 100 000 Tonnen Leitungsrohr notwendig sein.

Mit Gasleitungen über so große Entfernungen und mit dem erwähnten Druck sind bis jetzt noch keine Erfahrungen gemacht worden. Es fehlen z. B. Anhaltspunkte über die zu erwartenden Undichtigkeitsverluste sowie über die Betriebssicherheit der Leitung. Immerhin werden die technischen Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein.

Die Kosten für diese Fernleitung sind natürlich außerordentlich hoch. Allein die Abschreibung des zu ihrem Bau notwendigen Kapitals dürfte eine nennenswerte Belastung des Gaspreises darstellen. Dazu kommt die Dividende, die bei Betrieb für dieses Kapital herausspringen muß. Ein weiterer Aufschlag auf den Gaspreis erfolgt durch die Kommunen. Sie haben bisher am Betrieb der Gaswerke prächtig verdient und wollen natürlich durch die Neuordnung der Dinge keinen Schaden erleiden. Sie behalten sich daher die Verteilung des Gases vor und erheben dabei einen Preisaufschlag, welcher praktisch eine indirekte Besteuerung des Gaskonsumenten darstellt. Das alles bewirkt, daß eine erhebliche Senkung des Gaspreises kaum zu erwarten ist, so daß von den Vorteilen für die Allgemeinheit, die man — volkswirtschaftlich gesehen — von der Gasfernversorgung durchaus erwarten könnte, nicht viel übrig bleibt.

Demgegenüber steht die Tatsache, daß öffentliche Interessen dem Kapital ausgeliefert werden. Ein weiterer Ausbau der Gasfernversorgung — etwa über ganz West- und Mitteldeutschland — würde eine ganz außerordentliche Stärkung der wirtschaftlichen Macht des Unternehmertums bedeuten. Hier liegt wohl der Hauptgrund für das Vorgehen der Ruhrkohle-A.-G. Wie das Kapital seine ökonomische Macht zur Geltung bringt, spiegelt sich in der ganzen Politik des Staates wider. Die bürgerliche Demokratie ist nur die Kulisse, hinter der sich die wirtschaftlichen Kräfte durchsetzen. Der Staat ist der feste Verbündete des vertrusteten Kapitals.

Chilesalpeter gegen Luftstickstoff

Vor dem Kriege nahm die chilenische Salpeterindustrie als Düngerlieferant der ganzen Welt eine bedeutende Stellung ein. Die natürlichen Salpeterlager Chiles verliehen ihr fast das Monopol. Das Aufkommen der Kunstdüngerindustrie schuf hier eine grundlegende Veränderung. Der Luftstickstoff der chemischen Industrie verdrängte den natürlichen Salpeter, die Einfuhr von Chilesalpeter ging in allen Ländern in katastrophaler Weise zurück. In den letzten Jahren dagegen hat hier ein Umschwung eingesetzt. Die chilenische Salpeterindustrie ist zum Angriff übergegangen, und man wendet dem Chilesalpeter wieder erhöhtes Interesse zu. Verschiedene Gründe haben diese Entwicklung herbeigeführt. Es ist notwendig, daß auch die Arbeiterschaft den Düngemittelkampf, der für die Ernährungswirtschaft von großer Wichtigkeit ist, mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal des natürlichen und des künstlichen Salpeters bildet der Jodgehalt. Der Chilesalpeter enthält im Gegensatz zum Kunstdünger noch Beimengungen von Jod. Er bildet auch eine der wichtigsten Quellen für die Gewinnung des Jods. Ungefähr 80 Prozent der internationalen Jodproduktion wird von Chile bestritten. Trotzdem sind die Möglichkeiten der Jodproduktion bei weitem nicht restlos erschöpft. Die Jodgewinnungsanlagen werden auch nicht annähernd ausgenützt, weil der Bedarf nicht so groß ist. Die jüngsten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung haben jedoch zu einer neuartigen Auffassung von der Bedeutung des Jods geführt, durch die der Bedarf gesteigert werden kann.

Schon seit langem war bekannt, daß Jod in der Schilddrüse enthalten ist und daß ein Mangel an Jod die Kropfkrankheit verursacht. Neu dagegen ist die Auffassung, daß Jod einen unentbehrlichen Bestandteil der menschlichen Nahrung darstellt, daß also ein nicht jodhaltiges Düngemittel als nicht vollwertig anzusehen ist. Ja, es ist sogar schon festgestellt, daß man durch Joddüngung eine beträchtliche Steigerung des Ernteertrages erreicht und daß die Zufuhr von Jod in der Nahrung eine außerordentlich fördernde Wirkung auf das Gedeihen des Viehbestandes und auf die Milchproduktion ausübt. In Amerika und Ungarn angestellte Versuche haben ergeben, daß durch Joddüngung der Wiesen und Weiden sowie durch Beigabe winziger Mengen Jod zum Futter die enorme Sterblichkeit bei Ferkeln fast völlig herabgedrückt wird. Ferner besteht ein noch nicht ganz geklärter Zusammenhang zwischen Schilddrüse und Geschlechtstätigkeit. So wiesen Kühe, denen man Jod zugeführt hatte, vergrößerte Deckfähigkeit und weniger Fehlgeburten auf. Es steht also fest, daß diese Verwendung des Jods zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führen würde. Aber es ist noch ungeklärt, unter welchen Bedingungen das Jod diesen günstigen Einfluß ausübt. Die Wirkung des Jods ist nämlich von der Bodenart abhängig, da die Bindungsverhältnisse des Jods an die verschiedenen Böden immer andere sind. Ferner weiß man noch nicht, bei welchen Mengen das Jod die beste Wirkung hat. Beim Ueberschreiten einer bestimmten Grenze kann es auch schädigend wirken.

Die Untersuchungen über die Bedeutung des Jods sind zwar noch nicht abgeschlossen. Aber man muß sich die Frage vorlegen, ob sich überhaupt eine einheitliche Meinung über die Joddüngung bilden kann: Nicht umsonst beherrscht die I.G. Farben in Deutschland zu einem ausschlaggebenden Teil den Apparat der wissenschaftlichen Forschung. Der Chemietrust hat also die Möglichkeit, alle anderen Untersuchungsergebnisse auf Grund der Arbeiten in seinen eigenen Laboratorien zu bezweifeln oder zu „widerlegen". Denn was würde geschehen, wenn die Kunstdüngerproduzenten das Jod als unentbehrlichen Ergänzungsstoff für Kunstdünger anerkennen würden? Zunächst würden sie durch den — dann zu einer Notwendigkeit werdenden — Jodbezug aus Chile ihre Produktionsunabhängigkeit bis zu einem gewissen Grade einbüßen. Dann würden sie dem Chilesalpeter schon im Voraus natürliche Ueberlegenheit über den Luftstickstoff zugestehen. Und schließlich würden sie die Konkurrenzbedingungen Salpeterkampf selbst zugunsten Chiles verbessern. Denn wenn sich die Jodproduktion in Chile, deren Wert heute bei 6 Prozent der Salpeterproduktion ausmacht, durch eine Steigerung des Jodabsatzes erhöhen würde, dann könnten die chilenischen Industriellen auch ihre Salpeterpreise erheblich senken.

Für den Augenblick hat die Jodfrage also noch keine praktische Bedeutung für den Salpeterkampf. Der kräftige Aufschwung der chilenischen Salpeterindustrie im vergangenen Jahre ist auf andere Ursachen zurückzuführen. Zunächst hat die chilenische Regierung der Salpeterindustrie ihre weitgehende Unterstützung geliehen (Fracht- und Zollerleichterungen, Subventionen). Aber erst nach dem Eindringen der Guggenheim-Gruppe in die Salpeterindustrie konnte dieser Kampf mit der synthetischen Stickstoffindustrie in verschärfter Form auf einer erfolgversprechenden Grundlage aufnehmen. Die Einführung einer Reihe von Betriebsverbesserungen durch den Guggenheim-Konzern hat die Entwicklung der chilenischen Salpeterindustrie stark gefördert. Die Guggenheim-Patente erstatten nicht nur einen bedeutend rationelleren Abbau der Rohsalpeters, sondern auch eine viel günstigere Gewinnung des Reinsalpeters aus der Salpetererde (Caliche). Früher konnte man nur 55 Prozent Reinstickstoff gewinnen (allein 35 Prozent Verlust bei der Aufbereitung), heute erhält man über 80 Prozent des Stickstoffs. Dazu kommt, daß die Kosten durch die erheblich verbesserten Produktion auf die Hälfte herabgesetzt sind. Während sich früher der Abbau geringwertiger Lager überhaupt nicht lohnte, ist auch das heute in rentabler Weise möglich. Schließlich soll durch das neue Produktionsverfahren noch eine Qualitätssteigerung des Salpeters erzielt worden sein.

Demnach erscheinen die Zukunftsaussichten der chilenischen Salpeterindustrie als durchaus beachtenswert. Die letzten Kampfmaßnahmen lassen eine weitere Zuspitzung des Gegensatzes zur Luftstickstoffindustrie erkennen. Die Stickstoffvertretung der chilenischen Industrie, das Komitee für Chilesalpeter, bestreitet in einer eben erschienenen Broschüre der Luftstickstoffindustrie das Recht, den „Leunasalpeter" und „Montansalpeter" als „Salpeter" zu bezeichnen. Sie wirft ihr unlauteren Wettbewerb, bewußte oder fahrlässige Täuschung der Verbraucherschaft vor, denn die Erzeugnisse der Stickstoffindustrie enthalten im wesentlichen nicht Salpeter, sondern Ammonsalze. Aus der Gegendenkschrift des Stickstoffsyndikats geht hervor, daß der Leunasalpeter einen Stickstoffgehalt von 26 Prozent hat, wovon nur 4 bis 6 Prozent Salpeterstickstoff, der große Rest auf Ammoniakstickstoff entfallen. In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß gerade die Vereinigung von Ammoniak- und Salpeterstickstoff eine besonders günstige Wirkung habe und daß die deutsche Landwirte auch genau von der Zusammensetzung der Leunasalpeters unterrichtet seien.

In einer planvollen Bedarfswirtschaft ließe sich hier eine einheitliche, tatsächlich den Interessen der Allgemeinheit dienende Regelung eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und somit der ganzen Ernährungswirtschaft erreichen. Stattdessen sehen wir, wie heute die Profitwirtschaft konkurrierender Unternehmer die volle Ausnutzung der Natur und Technik gebotenen Möglichkeiten verhindert, wie alle Energien in einem Konkurrenzkampf verschwendet, nur der Erraffung des größtmöglichen Profits dient und die Riesenkosten auf die Werktätigen abgewälzt werden.

Chem.

Ernährung durch Pillen

Vor einigen Jahren brachte irgendeine Zeitung als Aprilscherz die Nachricht, daß es gelungen sei, alle lebenswichtigen Stoffe in Pillen zu vereinigen, daß man also in Zukunft die gesamte Nahrung in Form einiger Pillen pro Tag zu sich nehmen könne.

Tatsächlich gibt es ja schon erstaunlich viel an Trockenpräparaten: die seit dem Kriege so überaus beliebten Kloßpulver und Dörrgemüse, Trockenmilch, Trockeneigelb usw.

Jetzt hat nun ein dänischer Ingenieur namens Nyrop gepulvertes Obst hergestellt, das durch Trocknen und Spezialverkleinerung aus Fallobst gewonnen wird. Haltbar, immer bereit, wundervolles natürliches Fruchtaroma, schäumt und bräunt wie echte Naturbutter, springt nicht aus der Pfanne. Ach nein, eben ist mir die Margarinereklame dazwischen gekommen.

Wann endlich wird nun Wasser als Trockenpulver hergestellt und in den Handel gebracht? Das wäre doch erst praktisch.

Stinkbombe.

WEISST DU SCHON

Daß mit dem Mülwert'schen Hochfrequenzapparat [illegible] Fälle von chronischer (= dauernder) Schwerhörigkeit bessern bzw. heilen können? Der Apparat erzeugt [illegible] von zirka 35 000 bis über 130 000 Doppelschwingungen [illegible] Sekunde, die also außerhalb unserer Hörbarkeitsgrenze [illegible] Denn das menschliche Ohr nimmt nur Schallwellen von [illegible] zirka 25 000 Schwingungen pro Sekunde auf (435 pro Sekunde ist der bekannte „Kammerton a", auf den die Instrumente eingestimmt werden). Wie man sich die heilende Wirkung der hochfrequenten Wellen auf die Gehörorgane vorstellen hat, ist noch unklar, aber schließlich nicht so wichtig. Schlimmer ist, daß der Apparat noch so teuer ist, daß er [illegible] läufig nicht von den Krankenkassen angewendet werden dürfte.

Daß nicht selten auch an mit Schranken versehene Eisenbahnübergängen Autounfälle vorkommen — die Autos [illegible] Schranke durchfahren usw.? In USA. sorgt man vor [illegible] in dieser Richtung vor durch Bau federnder Bahnschranken, die ein mit 50-km-Stundengeschwindigkeit gegen eine Schranke anfahrendes 2-Tonnen-Auto auf gut eine [illegible] zum Stehen bringen. Ohne besondere Beschädigung der Schranke oder Auto!

Daß amerikanische Wissenschaftler und Techniker einen [illegible] lichen Kehlkopf konstruiert haben, der bei Verhust oder [illegible] licher Beschädigung der Stimmbänder das Sprechen [illegible] möglicht?

Daß in den Empfangsräumen der Opel-Werke, die bekanntlich eben in die Hände der amerikanischen General Motors übergegangen sind, noch vor kurzem ein schwarzweiß-[illegible] schmücktes Schild mit der Aufschrift gehangen hat, [illegible] die in ausländischen Wagen kommen, werden nicht [illegible] gen!? Ob die Leute der General Motors Co. im [illegible] deutschen Opel-Wagen vorgefahren sind? [illegible] wieder ein lehrreiches Beispiel dafür, daß die Industrie [illegible] solange „national" ist, wie sie dabei tüchtig verdient.

Daß die Amerikaner sich rühmen, als erste den Gifttrieb [illegible] Hochschulfach eingeführt zu haben? Der Abteilung [illegible] wandte Chemie des Massachusetts Instituts of Technology [illegible] als neues Fach der chemische Krieg angegliedert wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290523-17/fragment/page=0012